RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

Interview mit dem RGO-Vorsitzenden T. Scheffer — Seite 5

1 H 3752 CX

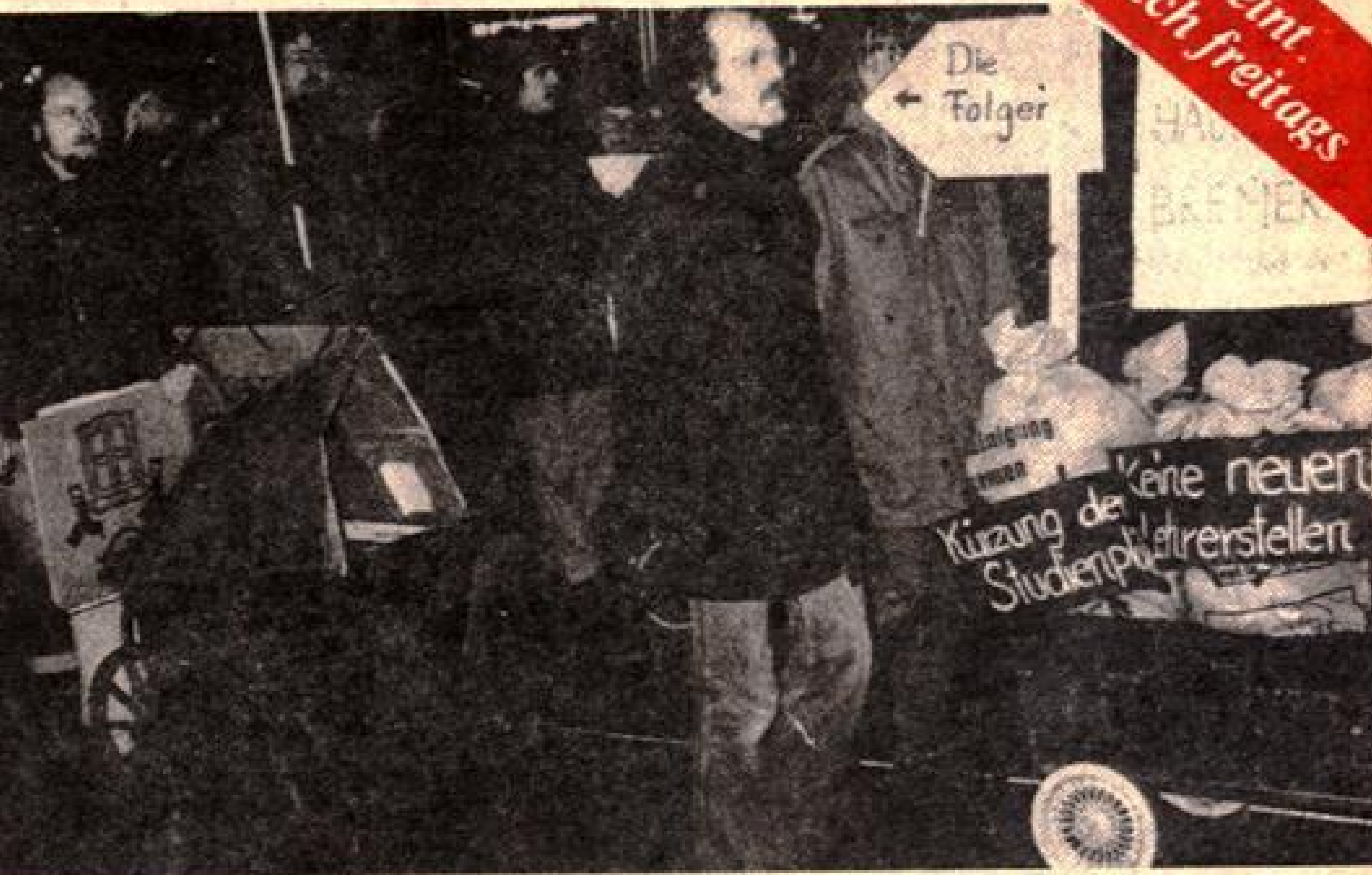
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 51/52 vom 19. Dezember 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



15 000 demonstrierten gegen die reaktionäre Sparpolitik der Bundesregierung. Gegenwärtig erlebt die Bundesrepublik eine Serie von Kampfaktionen, mit denen Lehrlinge, Schüler, Studenten und Lehrer gegen die von der neuen Bundesregierung geplanten Kürzungen der Bildungsausgaben protestieren (siehe auch Seite 3). Am Donnerstag gingen in Bremen (unser Bild) 7 000 und in Hannover 8 000 Menschen auf die Straße, um gegen die geplanten Sparmaßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu demonstrieren. In beiden Städten wurde dabei auch gegen die immer weiter ansteigenden Rüstungsausgaben protestiert.

Erdal Eren ermordet!

Nieder mit der türkischen Militärjunta!

KPD ruft zur Demonstration am 20. Dezember in Köln auf

KÖLN. — Die Meldung kam Samstag, den 13. Dezember, im Westdeutschen Rundfunk: Im Gefängnis von Ankara sei ein Todesurteil gegen einen Jugendlichen vollstreckt worden, der unter Anklage stand, im Februar einen Soldaten erschossen zu haben. Das Opfer dieses Mordes der türkischen Militärjustiz war unser Genosse Erdal Eren.

Über den Widerstand und die Empörung Zehntausender in ganz Westeuropa hinweg ist Erdal Eren hingerichtet worden, für eine Tat, die er nicht begangen hat, was auch im ersten Verfahren deutlich geworden war.

Er wurde ermordet, weil er Revolutionär war, weil er gegen den Terror des Kriegsrechtes in der Türkei gekämpft hatte. Dies sei, so hieß es banal, die dritte offizielle Hinrichtung seit dem Putsch der faschistischen Militärs um Kenan Evren. Tatsache ist, daß längst bekannt wurde, daß in den Gefängnissen der Junta Menschen zu Tode gefoltert werden — in einem Fall sogar öffentlich eingestanden.

Dermaßen offen ist die Brutalität der faschistischen Militärs, daß ihre Untaten selbst in den Spalten westdeutscher Zeitungen nicht mehr ganz verschwiegen werden können. In der Türkei werden einfache Menschen eingesperrt, gefoltert und sterben, weil sie für Demokratie waren, Arbeit wollten, bessere Löhne. Es sterben kurdische Menschen, weil sie ihre Nation nicht aufgeben wollen.

Und die Staaten Westeuropas und die NATO klatschen dazu Beifall. Am lautesten die Regierung in Bonn. Trotz allen Sparprogrammen, aller sozialen Demontage im Inland: zur finanziellen Unterstützung der faschistischen türkischen Junta ist immer wieder neues Geld da. Türkeihilfe wird das zynisch genannt, ist es doch Geld, das zum Mord, das zum Totschlag in der Türkei verwandt wird.

Dieser Putsch war der erste, hinter dem eine Bundesregierung als Hauptdrahtzieher, als Hauptgeldgeber stand: im Auftrag der USA, die die Türkei als Aufmarschposten für den arabischen Raum und Südosteuropa brauchen, die das Land mit ihren unzähligen Militärstützpunkten überzogen haben.

Nieder mit der faschistischen Junta!
Weg mit der Türkeihilfe für die Militärjunta!

Erdal Eren bei seinem Prozeß

„Heute können Sie die Revolutionäre, und mich, als einen von ihnen, verurteilen und mit dem Tode bestrafen. Aber das währt nicht für alle Zeiten. Mit Sicherheit kommt ein Tag, an dem unser Volk Ihren Platz einnehmen wird. Dann wird es Sie und das von Ihnen begründete Regime verurteilen, und das Volk wird das richtige Urteil für Sie finden." (April 1980)



**Demonstration am 20. Dezember in Köln
Abmarsch: Köln-Ebertplatz, 10.30 Uhr.**

Lohnrunde '81

Stoppt den Reallohn-Abbau!

IGM-Führung schwenkt auf Unternehmerkurs ein

FRANKFURT. — Mit der Aufstellung der Lohnforderungen in verschiedenen Tarifbezirken der IG Metall wurde die Lohnrunde '81 eröffnet. Seit Monaten haben die Unternehmerverbände im Bund mit der Regierung und den bürgerlichen Massenmedien massiv Propaganda für den Abbau der Reallöhne gemacht. Jetzt zeichnet sich ab, daß Loderer, Janßen und Konsorten diesen Angriff auf die Arbeiterklasse unterstützen.

Bei unserem Redaktionsschluß waren Beschlüsse von IGM-Tarifkommissionen noch nicht bekannt. Aber Hans Janßen, der „Tarifexperte" im Hauptvorstand der IG Metall, erklärte wenige Tage vor den ersten Sitzungen der Tarifkommissionen, die IG Metall sei bereit, unter bestimmten Bedingungen auf die sogenannte „Lohnformel" der Unternehmerverbände einzuschwenken. Die „Bedingungen" — Janßen nannte zum Beispiel eine eventuelle Preisgleitklausel — sind jedoch nichts anderes als ein Feigenblatt für das Abrücken der IGM-Führung von ihren bisherigen Verlautbarungen, daß zumindest eine Sicherung der Realeinkommen erreicht werden müsse.

Daß die IGM-Führung es mit diesen Verlautbarungen niemals ehrlich meinte, ist schon daran ersichtlich, daß sie wider besseres Wissen so tut, als sei die amtliche Preissteigerungsrate, die gegenwärtig mit 5,3 Prozent angegeben wird, identisch mit der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten für Werktätige. In Wahrheit würde eine Tariferhöhung in Höhe von 5,3 Prozent bereits eine massive Senkung der Reallöhne bedeuten. Nicht umsonst sind in einer Reihe von Betrieben von den Arbeitern Lohnforderungen aufgestellt worden, die bei 15 Prozent und höher liegen.

Grünes Licht für AKW in Brokdorf!

In der letzten Woche gab Bonn die Signale auf „Start frei" für den Bau eines Atomkraftwerks in Brokdorf. Brokdorf — einer der Namen, die die westdeutsche Bewegung gegen Atomkraftwerke kennzeichnen — soll also endgültig und offiziell gebaut werden. Dagegen wird zu einer Protestdemonstration aufgerufen. Solch eine Demonstration ist um so notwendiger, als die Bonner Parteien offensichtlich davon ausgehen, daß die Bewegung gegen AKWs in der Bundesrepublik im Abflauen begriffen ist und sich in letzter Zeit verstärkt daran machen, ihr Atomprogramm durchzuziehen. Dieses Programm aber liegt einzig und allein im Interesse des westdeutschen Kapitals

- **Kein AKW in Brokdorf!**

Demonstration: 21. Dezember, 13 Uhr, Bauplatz Brokdorf

Polen — Lage spitzt sich zu

Moskau verschärft Druck

Massive Einmischung der NATO

WARSCHAU. — Die Situation in Polen ist nach wie vor äußerst kritisch. Das Kania-Regime mußte eingestehen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit den grundlegendsten Nahrungsmitteln nicht gesichert ist. Den polnischen Werktätigen droht ein Winter voller Entbehrungen.

Gleichzeitig verschärfen die sowjetischen Sozialimperialisten in unerträglicher Weise ihren Druck auf Polen. Immer unverhohlener wird mit einem militärischen Einmarsch für den Fall gedroht, daß die Werktätigen ihre Kampfaktionen fortsetzen und das Warschauer Regime noch weiter geschwächt wird. Offenbar sind inzwischen alle Vorbereitungen dazu getroffen worden, daß eine Invasion Polens in kürzester Zeit durchgeführt werden kann.

Die westlichen Imperialisten haben auf der NATO-Tagung in Brüssel die Sowjetunion vor einem Einmarsch gewarnt und für diesen Fall ernste Konsequenzen angedroht. Dabei hat die britische Regierungschefin Thatcher, ausdrücklich militärische Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Den westlichen Imperialisten geht es jedoch nicht um eine Verteidigung der Interessen des polnischen Volkes und der Positionen, die sich die Arbeiterklasse im Sommer erkämpft hat. Sie verteidigen ausschließlich ihr „Recht", sich selbst in Polen einzumischen, ihren — jetzt schon erheblichen — Einfluß dort weiter auszubauen. Sie betreiben in der polnischen Frage ein ebenso gefährliches Spiel mit dem Feuer wie die Führer in Moskau, die bereit sind, ihre Kontrolle über Polen notfalls auch mit Panzern zu sichern.



Sowjetische Panzer: Die Drohungen werden fortgesetzt.

2. RGO-Kongress

Große Abschlußveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle II

Mit Liederecke, Kabarett, Folklore, Volkstanz, Filmecke, Info-Stände, Erfahrungsaustausch, Information, Diskussion und, und...

Motto der Veranstaltung:
Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit!
Gegen Bosse und Bonzen!

**Sonntag, 18. Januar 1981
Eintritt: 5 DM
Einlaß ab 13 Uhr**

Liebe Leser!

Von Beginn dieser Ausgabe an wird der „Rote Morgen" zweisprachig erscheinen — mit 13 deutschen und drei türkischen Seiten.

Was hat uns zu diesem Schritt bewogen? Wir meinen, daß er sich folgerichtig aus den Aufgaben ergibt, die wir unserer Zeitung gestellt haben. Als Zentralorgan der KPD wendet sich der „Rote Morgen" in erster Linie an klassenbewußte Arbeiter. Wir bemühen uns nicht nur, ihnen eine Orientierung zu geben, indem wir die verschiedenen Fragen der Tagespolitik vom proletarischen Standpunkt aus beleuchten. Wir wollen unsere Leser natürlich auch mit der grundsätzlichen Linie und mit den Kampfforderungen unserer Partei vertraut machen, um ihnen die Perspektive des Klassenkampfes aufzuzeigen und ihre revolutionäre Organisierung voranzutreiben.

„Roter Morgen" zweisprachig

Nun ist es aber eine Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse in unserem Land aus ausländischen Kollegen besteht. Ja, in vielen Industriebetrieben machen sie sogar die Mehrheit der Belegschaft aus. Unter diesen Kollegen stellen die Werktätigen aus der Türkei mit großem Abstand das Hauptkontingent — 569300 sind es nach den neuesten Zählungen, wobei die nicht arbeitenden Familienmitglieder noch nicht einmal mitgerechnet sind.

Die Arbeiter aus der Türkei sind aber nicht nur zahlenmäßig der wichtigste Block unter den ausländischen Arbeitsemigranten. Sie stellen zweifellos auch deren kämpferischsten und bewußtesten Teil dar. Das wird sicher jeder Genosse aus eigener Erfahrung bestätigen können. Ob es um die — unabhängigen oder gewerkschaftlich organisierten — Streikkämpfe der 70er Jahre oder um den Kampf gegen den Faschismus (besonders gegen die „Grauen Wölfe") ging — immer standen Kollegen aus der Türkei in den ersten Reihen. Und bezeichnenderweise machen sie ja beispielsweise auch einen gewichtigen Teil der RGO-Mitgliedschaft aus.

Wir haben also in vielen Kämpfen gemeinsam mit unseren Klassenbrüdern aus der Türkei gestanden. Mit der Propaganda unserer Partei jedoch konnten wir sie nur schwer erreichen. Ganz einfach deshalb, weil es für die Kollegen nur schwer oder gar nicht möglich ist, deutschsprachige Texte zu lesen. Und diesem Mangel wollen wir jetzt durch die türkischen Seiten des „Roten Morgen" abhelfen.

Dabei sollen diese Seiten natürlich kein Ersatz für Publikationen unserer türkischen Bruderpartei TDKP sein. Gewiß werden wir ständig über die aktuelle Lage in der Türkei berichten. Den Schwerpunkt aber sollen Informationen und Analysen über den Klassenkampf in Westdeutschland bilden. Denn hier sind die türkischen Kollegen ja nahezu ausschließlich auf die reaktionäre Berichterstattung der in der BRD erscheinenden bürgerlichen türkischen Zeitungen angewiesen. Konkret wird es also so sein, daß der überwiegende Teil dieser drei RM-Seiten aus Übersetzungen besteht, die auch im deutschsprachigen Teil veröffentlicht sind. Dabei werden wir uns bemühen, immer mehr auch auf die besonderen Probleme einzugehen, die sich aus der Lage unserer Kollegen aus der Türkei als ausländische Werktätige in diesem Land ergeben.

Wir meinen, daß die zweisprachige Herausgabe des „Roten Morgen" sicher dazu beitragen wird, die Kampfeinheit zwischen den deutschen Arbeitern und den Arbeitern aus der Türkei zu fördern. An unsere deutschen Leser richten wir deshalb die Bitte, den „Roten Morgen" unter ihren türkischen Arbeitskollegen und Freunden bekannt zu machen. Zur Erleichterung der Werbung mit dem RM haben wir unter jeden türkischen Artikel die Übersetzung des Titels auf deutsch gesetzt. So können türkische Kollegen gezielt auf bestimmte Artikel hin angesprochen werden.

An unsere neuen Leser aus der Türkei richten wir die Bitte, uns mit Leserbriefen zu unterstützen. Stellungnahmen zu unseren Artikeln wie auch alle Formen von Berichten sind uns jederzeit willkommen.

Wir hoffen, daß die neue zweisprachige Form des „Roten Morgen" bei allen Lesern auf Zustimmung stößt und wir werden unseren Teil dazu beitragen, den „Roten Morgen" ständig weiter zu verbessern.

Redaktion „Roter Morgen"

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Personelle Konsequenzen" — aber nicht für Apel

Wirbel um „Tornado"

Zahlen müssen die Werktätigen

In der Affäre um das Mehrzweck-Kampfflugzeug „Tornado" kündigte Minister Apel endgültig „personelle Konsequenzen" auf der Hardthöhe an. Auf der Sitzung mit den Verteidigungs- und Haushaltsexperten der Regierungskoalition eröffnete er, es stehe „ein riesiger Finanzskandal" ins Haus.

Das kann man wohl sagen! Es ist schon ein Skandal, daß sich hier plötzlich eine Finanzierungslücke von 1,33 Milliarden Mark auftut, die letztendlich — welche „Lösung" man auch findet, um sie auszufüllen — von unseren Steuergeldern bezahlt werden müssen.

Das Projekt des „MRCA-Tornado" hat eine lange Geschichte. Es wurde in Planung genommen noch unter Gerhard Schröder im Jahre 1968.

Die an dieses Flugzeug gestellten Erwartungen kann es heute bereits gar nicht mehr erfüllen. Denn inzwischen setzt die Bundesluftwaffe für Teilbereiche, die der „Tornado" als Nachfolger des berüchtigten „Starfighters" abdecken sollte, bereits andere Flugzeuge ein: die US-„Phantoms" als Kampfbomber und Aufklärer, den deutsch-französischen „Alpha-Jet" zur Erdkampfunterstützung.

Deshalb wird Westdeutschland auch nicht wie geplant 600, sondern nur 322 „Tornados" abnehmen. Dafür werden die Kosten bei Abnahme der letzten Maschinen, die aufgrund der angestrebten Maßnahmen — die im folgenden noch geschildert werden — etwa 1991 erfolgen dürfte, nicht 12 Millionen Mark pro System (= Stückpreis und Entwicklung, Ersatzteile, Wartung) betragen, sondern etwa 100 Millionen Mark!

Heute teilen sich neben der Bundesrepublik Italien und Großbritannien in das „Milliardending".

Die Koordinierungsstelle der NATO für das „Tornado"-Projekt, die Münchner Management-Agentur der NATO, NAMMA, lieferte ein Musterbeispiel dafür, wie sorglos die Militärs mit unseren Steuergeldern umzugehen gewohnt sind. Bis vor etwa einem Jahr hatte die NAMMA nicht einmal eine Finanzabteilung!

Hohe Beamte der BRD haben dort ihre Finger im Spiel, so die Ministerialdirektoren der Rüstungsabteilung im Bonner Verteidigungsministerium, Werner Eichhorn (Abteilung „Rüstungswirtschaft") und Hans Ambos („Systembeauftragter MRCA"). Sie haben „auch keinen Überblick gehabt". Deshalb erwägt Apel, sie zu feuern.

Neben der NAMMA-Schlamperei, mit der „rund eine Viertelmilliarde" des Finanzlochs erkärt wird (sie hat sich „verschätzt") werden als weitere Faktoren angegeben: Man habe die Inflationsentwicklung ab 1978 nicht eingeplant — macht 160 Millionen Mark. Der Rest wird zurückgeführt auf Umgestaltungen bei der Mehrwertsteuergesetzgebung in der EG sowie auf Kürzungen, die die Haushaltsabteilung des Ministeriums kurzsichtigerweise an den Ansätzen der Rüstungsabteilung vorgenommen hatte, nachdem im vergangenen Jahr 350 Millionen Mark nicht ausgegeben werden konnten, weil die englischen Arbeiter durch ihre Streiks die planmäßige Fertigung verhindert hatten.

Verschiedene SPD-Politiker haben inzwischen dazu aufgerufen, Apel nicht mehr ins Kreuzfeuer der Kritik zu stellen. Manche erklärten einfach, eine Preisentwicklung wie beim „Tornado" sei etwas ganz Normales — jedes Projekt, eine Eisenbahnbrücke oder ein Eigenheim, käme im Endeffekt teurer als bei der anfänglichen Planung.

Hier wird aber eine ganz entscheidende Frage übergangen. Die Grundlage der Kostenexplosion beim „Tornado" sind die allgemeinen Bedingungen, unter denen die Rüstungsproduktion in kapitalistischen Staaten abläuft. Dieser Industriesektor ist die sicherste und größte, ja unerschöpfliche Profitquelle für die Kapitalisten. Denn der Staat vergibt seine Aufträge generell ohne Preisbindung oder feste Preisabsprachen, oft bevor diese Kosten überhaupt absehbar sind, weil sich ein bestimmtes Projekt noch in der Entwicklung befindet. Die Abnahme aber ist staatlich garantiert. Die Rüstungsfirmen können also nach Herzenslust zusätzliche Kosten für Material, Entwicklung, Forschung usw. aufschlagen, ohne befürchten zu müssen, auf ihrem Produkt sitzenzubleiben.

Wie soll es nun weitergehen? Apel versucht, die beiden europäischen Partner zu einer Streckung des Programms zu bewegen — eben von 1988 auf 1991 als Datum für den Abschluß der Lieferung. Er erhofft sich davon Einsparungen von 100 bis 300 Millionen Mark für 1981. An dieser Stelle erwähnt Apel allerdings nicht, daß sich die Kosten pro System aufgrund der Inflation auf die vorne angegebenen etwa 100 Milliarden Mark steigern werden — die derzeit geschätzten Kosten liegen bei 70 Millionen.

Eine sofortige Zahlung der vorfristig fällig gewordenen Summen wäre angesichts der gespannten Haushaltslage, selbst bei Aufnahmen zusätzlicher Kredite, nicht möglich, hieß es vor einigen Tagen — damit würde das Gefüge des gesamten Bundeshaushalts durcheinandergebracht.

Nun aber schlug Apel vor, daß die Firmen, deren Rechnungen jetzt nicht bezahlt werden können, selber Zwischenkredite aufnehmen. Die Zinskosten bis zur Zahlung der offenen Rechnungen soll „der Bund" — also die Steuerzahler — bezahlen. Apels Ministerium spricht von einer bis drei Millionen Mark. Aber auch hier sprechen Expertenschätzungen von „zweistelligen Millionenbeträgen"! Dafür bluten müssen auf jeden Fall die Werktätigen.

Es versteht sich eigentlich schon von selbst, daß von den notwendigen Einsparungen zur „Tornado"-Finanzierung zwar der Personalbereich, nicht aber andere große militärische Vorhaben wie etwa der Kampfpanzer „Leopard II" berührt werden.

Der Wirbel um den „Tornado" zeigt, daß die der Bevölkerung in dieser Zeit abverlangten einschneidenden Opfer hauptsächlich auf Kosten der Aufrüstung gehen. Die Bundesrepublik erweist sich deutlich als aggressive und kriegstreiberische Macht, und Apel, mit seiner unübertroffenen Arroganz und Menschenverachtung, ist für sie ein durchaus passendes Aushängeschild.

NATO-Wintertagung

Erhöhte Alarmbereitschaft

USA richten die „Bündnispartner" aus

BRÜSSEL. — Angesichts der sowjetischen Truppenmassierungen in der DDR an der Grenze zu Polen und der kaum noch verschlüsselten Drohung aus Moskau, wo man an die Erfahrungen der CSSR im Jahre 1968 erinnerte, versuchten die Außenminister der NATO auf einer Geheimsitzung ihre Reaktion auf einen möglichen Einmarsch der russischen Truppen in Polen aufeinander abzustimmen.

Dabei erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums, trotz der Konsultationen gebe es „keinerlei Einigkeit über ein Programm koordinierter Repressalien" gegen Moskau. Washington setze angesichts der Erfahrungen mit den Boykottmaßnahmen nach Afghanistan nicht mehr auf ein gemeinsames Vorgehen des Westens. Er schlug damit einmal mehr den harten Ton an, der von Reagan und seinen Beratern in den letzten Wochen immer wieder zu hören war: die USA sind auf jedem Gebiet, auch auf militärischem, zu Alleingängen bereit. Dabei würden natürlich die westeuropäischen Länder, solange sie der NATO angehören, mit tödlicher Sicherheit in von den USA angezettelte Manöver einbezogen.

Dennoch war am 12. 12. von einem gemeinsamen Plan die Rede, den dpa verbreitete. Er sieht angeblich den Abbruch aller Verhandlungen mit der UdSSR über Abrüstung, Wirtschafts- und Finanzfragen vor; weiter den Abbruch aller „besonderen Beziehungen" der EG zur DDR, den Abbruch aller politischen Kontakte auf hohem Niveau und den Abbruch jeden Kulturaustausches. Die USA sollen auch die Beendigung des Erdgasgeschäfts mit der Sowjetunion gefordert haben. Davon wären Westdeutschland, Frankreich, Belgien und Italien betroffen, nicht aber die USA selbst. Die Existenz dieses „4-Punkte-Plans" wurde tags darauf heftig dementiert. Aber genau diese Punkte werden nun als „mögliche Reaktionen" gehandelt!

Genau festlegen lassen wollte sich angeblich kein Staat. Für den Fall des Einmarsches ist eine sofortige Sondersitzung vorgesehen. Bundesaußenminister Genscher erklärte allerdings eindeutig: „Die Entspannung würde einem weiteren Schlag wie in Afghanistan nicht standhalten." Das wurde so auch im Abschlußkommuniqué festgehalten.

Zur Vorstruktuierung der Sondersitzung soll eine Kommission einen Katalog von „möglichen Maßnahmen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet" erarbeiten — siehe oben. Was die Aggression der Sowjetunion gegen Polen angeht, die ja tatsächlich nicht ausgeschlossen ist, so kann sie auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Dazu zählt ein vorverlegtes Manöver der Truppen des Warschauer Paktes auf polnischem Boden, bei dem dann auch die polnischen Truppen direkt dem sowjetischen Kommando unterstellt wären.

Man sieht aus der Reaktion der NATO, wie sich die Situation in den zwölf Jahren seit dem sozialimperialistischen Überfall auf die CSSR verschärft hat. Damals, als die UdSSR einen neuen Sprung in ihrer reaktionären Entwicklung seit der Machtergreifung Chruschtschows tat, verfuhr man in den USA nach der bekannten Motto: „Laß du mir mein Vietnam, laß ich dir deine Tschechoslowakei." Man steckte seine Einflußbereiche ab. Heute aber hat sich die weltweite Entwicklung zugespitzt. Der „kalte Krieg" zwischen den Militärblöcken erhitzt sich, die beiderseitige Propagandamaschine rotiert, man versucht Risse im jeweils gegnerischen Block zu vertiefen, man verschärft die Spionagetätigkeit usw., gleichzeitig bemüht man sich, den eigenen Block fester zusammenzubinden.

Und das machen in der Tat nicht nur die Kreml-Herren. Auf der Brüsseler Tagung setzten die amerikanischen Beauftragten wie erwartet die europäischen Staaten gewaltig unter Druck, um sie zur Übernahme noch größerer Verpflichtungen zu zwingen, damit die USA die Hände frei haben für ihre Aggressionspläne etwa am Persischen Golf. Die europäischen Kriegsminister bekräftigten ihre Zustimmung zur Erhöhung der Ausgaben um real 3 Prozent. NATO-Generalsekretär Luns hatte die Frechheit, unverhohlen eine Senkung der Sozialausgaben zu fordern, um mehr in die Rüstung stecken zu können. Und er hob ein lobenswertes Beispiel hervor: **„Amerika hat da einen Vorteil. Die Gewerkschaften sind dort konservativ und sehr auf eine gute Verteidigung eingerichtet."**

Die Europäer akzeptierten voll die „Notwendigkeit rechtzeitiger Vorbereitungen für den Fall einer Verlegung von der NATO unterstellten Streitkräften in die Golfregion", zu der sich „die USA und andere Länder zum Schutz lebenswichtiger Interessen" außerhalb der Bündnisgrenzen „gezwungen sehen" könnten!

Gleichzeitig unterstrichen sie, daß das NATO-Atomraketenprogramm „zur Erfüllung der Verteidigungs- und Abschreckungsbedürfnisse des Bündnisses und als Grundlage für die Durchführung ernsthafter Rüstungskontrollmaßnahmen erforderlich" sei. Die Standorte der Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik sollen wie berichtet geheimgehalten werden. Die Herrschenden haben Angst vor dem Massenprotest!

Somit zeigte die Brüsseler NATO-Tagung: Der Frieden ist noch unsicherer geworden. USA und UdSSR bereiten sich intensiv auf den Waffengang vor, und die europäischen Regierungen, die unsere immer voran, spielen in dem verbrecherischen Konzert nach Kräften mit. Mehr denn je sind die Friedenskräfte in unserem Land zum entschlossenen Widerstand gefordert!

Die Kürzung der Bildungsausgaben seit langem vorbereitet

Kurswechsel in der Schulpolitik

Der Druck der CSU mobilisiert die Rechten in der SPD

DÜSSELDORF.— Die Neuigkeiten jagen einander: Nur kurz nachdem die ersten Auswirkungen der staatlichen Streichungspolitik im Schulsektor auf massivsten Widerstand gestoßen sind, wird bekannt, daß die SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen von ihrer bisherigen Politik in bezug auf die Gesamtschule abgeht.



Großdemonstration der hessischen Schüler vor zwei Wochen

So vielfältig die Nachrichten auch sein mögen, sie weisen alle in eine Richtung: den Abbau der Bildungsmöglichkeiten, die weitere Vertiefung der Ungleichheit der Bildungschancen und die immer offenere Unterstützung der sogenannten Elitebildung.

Die Ausgangspositionen sind klar: Trotz aller Versprechungen und allen Propagandarummels ist das Schulwesen in der Bundesrepublik eines der schlechtesten und ungerechtesten in Westeuropa. Im letzten Jahr betrugen beispielsweise die Bildungsausgaben in der Bundesrepublik 5,38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im Vergleich dazu wurden in Dänemark 7,33 Prozent dieses Betrages für Bildung ausgegeben, und noch vier weitere EG-Staaten liegen mit ihrem prozentualen Anteil höher als die Bundesrepublik. Und eben bereits im letzten Jahr plante die Kultusministerkonferenz offiziell den Abbau von 20 000 Lehrerstellen bis 1985, wobei bereits 20 000 Lehrer arbeitslos sind und ebensoviele kurzarbeiten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte demgegenüber bereits zu diesem Zeitpunkt die Erhöhung der Lehrerstellen bis 1985 um rund 150 000 verlangt, um „dänische Zustände" in bezug auf Klassengröße und Arbeitsmöglichkeiten der Lehrer zu schaffen.

Jetzt mit der Sparpolitik der Regierung, die auf Länderebene rigoros fortgesetzt wird, werden diese Bildungssparpläne von den Finanzministerien verschärft, werden diese Kürzungsziele ausgebaut.

Eng im Zusammenhang damit steht auch die inhaltliche Veränderung der westdeutschen Schulpolitik. Die offenen Vorstöße der CSU vor allem, die im Verlauf des Jahres 1980 immer systematischer betrieben und von verschiedenen katholischen Verbänden unterstützt wurden, haben nun auch den Rechten in der SPD zunehmend Oberwasser verschafft.

Bereits seit dem Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen gegen die Kooperative Schule haben sich im Wissenschaftsrat, dem beratenden Gremium der Bundesregierung für Schulpolitik, offene Reaktionäre zu Wort gemeldet. Unter dem Stichwort einer nötigen Elitebildung reden sie jenem Straußschen Konzept direkt zu, das behauptet, Gesamtschulen seien unmenschliche Gleichmacherei. Verschiedene Presseorgane unterstützten diese Kampagne ebenso wie mehrere sozialdemokratische Politiker.

Diese Kräfte haben jetzt in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt zum Erfolg, zur „Gegenreformation" getan. In einem Kabinettsbeschluß der SPD-Alleinregierung von letzter Woche wird der bisherige Kurs in bezug auf die Gesamtschule vollständig geändert.

So wird im neuen Entwurf des Gesamtschulgesetzes davon Abstand genommen, wie bisher neue Gesamtschulen als Ganztagsschulen zu errichten — auf Verlangen von Finanzminister Posser.

Weiter wird in dem neuen Gesetz die sogenannte „Bestandsgarantie" für das traditionelle dreigliedrige Schulsystem eingeführt. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, daß alle Kinder alle Schulformen zumutbar erreichen können — in der Praxis eine totale Absage an Gesamtschulen im ländlichen Bereich.

Schließlich wird der Gesamtschule auch noch ein direkter Riegel vorgesetzt: für die Errichtung von Gymnasien und Realschulen soll bis zur Klasse 10 die Schülerzahl für zwei parallele Züge ausreichen, während für die Gesamtschule mehr Schüler, nämlich drei Züge verlangt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Nordrhein-Westfalen hat bereits gegen diesen „fast vollständigen politischen Kurswechsel" protestiert.

In Nordrhein-Westfalen das Abgehen von der Gesamtschule, in Hessen (siehe letzter „Roter Morgen") die drastischen Kürzungen: Die SPD vollzieht diesen Kurswechsel überall im Eilschritt.

Widerstand gegen Wehrkunde

Der kürzlich von Wehrminister Apel verlangte Beschluß über die Einrichtung der sogenannten „Friedenserziehung" an den Schulen stößt bereits auf Widerstand. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik wurden bereits Aktionen vorbereitet. Die Rote Garde Bielefeld reagierte dabei besonders schnell und verbreitete ein Flugblatt an verschiedenen Schulen der Stadt, mit dem zu einer Versammlung aufgerufen wird.

Aufrüstung im Klassenzimmer

„Schritte hallen durch den Gang. Die Tür wird aufgerissen. Wie eine Eins springt die Klasse 9 b des Hans-Appell-Gymnasiums auf: „Guten Morgen, Herr Studienrat von Zitzewitz!" „Setzen! — hier habt Ihr die letzte Klassenarbeit zurück. Karl, Du hast mal wieder den Vogel abgeschossen. Aufgabe zwei gar nicht gelöst — die zweite Strophe des Horst-Wessel-Liedes. Das hast Du wohl noch nie gehört. Und was soll denn der Quatsch von der atomaren Abrüstung. Wir haben doch wohl oft genug durchgesprochen, daß Neutronen- und Atombomben die einzige Rettung des Friedens sind. Ich werde wohl mal Deine Eltern sprechen müssen..."

Dies ist nicht, wie manch einer von Euch denken mag, ein Teil aus dem Drehbuch zu dem Film „Spiel mir das Lied von der Bundeswehr" und es wird auch hoffentlich nie Wirklichkeit werden. Trotzdem:

Unser Bundesverteidigungsminister, der sich durch militärischen Ordensklimbim und öffentliche Rekrutenvereidigungen und Truppenaufmärsche bereits hervorgetan hat, will jetzt auch noch Wehrkundeunterricht in den Schulen einführen — „wie zu Kaisers und Hitlers Zeiten", schreibt der „Stern" dazu.

Am Freitag letzter Woche nämlich legte er der Kultusministerkonferenz einen Erlaß vor, der die Einführung des Unterrichtsstoffes „Friedenssicherung in Europa" vorsieht. Was seine 57 Reisekader — auch Jugendoffiziere genannt — nicht geschafft haben, nämlich Schüler von der Notwendigkeit der Bundeswehr zu überzeugen, soll nun regelmäßig im Unterricht an den Mann gebracht werden. Der Anlaß hierfür ist nicht zu übersehen.

- steigende Zahlen von Kriegsdienstverweigerern
- Proteste gegen öffentliche Vereidigungen und Truppenaufmärsche
- wachsender Unmut unter den W-15ern

Das Bewußtsein für den Frieden und die Ablehnung des Krieges wächst ständig unter der Jugend. Beweis hierfür sind nicht zuletzt die starken Proteste gegen die öffentlichen Vereidigungen, die zahlreichen Friedensdemonstrationen.

Es wird für die Politiker immer schwieriger, glaubhaft zu machen, „daß Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst ist". Ihre letzte Rettung scheint es nun zu sein, bereits im Unterricht geballte Propagandaarbeit zu machen. Mit der „Friedenssicherung" von den Bonner Politikern haben wir schon genügend Erfahrungen gemacht

- Stationierung von Atomwaffen
- Militärhilfe an die Türkei nach dem faschistischen Putsch
- Diskussion um Eingreifen deutscher Truppen am Persischen Golf
- Diskussion um Verlängerung der Wehrpflicht
- Diskussion um Einführung der Wehrpflicht für Frauen und Ausländer

und und und

Schon allein diese wenige Tatsachen sprechen für sich.

Diskussions-veranstaltung

am 19.12.1980 um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Unter den Linden", Brackwede, Hauptstraße. Wir wollen auf diesem Treffen darüber diskutieren, was man gemeinsam gegen den Wehrkundeunterricht unternehmen kann.

Ausbildung im Sozialismus

Aus dem Parteiprogramm der KPD

Die Jugend, besonders die Kinder der Arbeiterklasse, haben im Kapitalismus nur die Perspektive, wie ihre Väter und Mütter das Los der Lohnsklaverei zu übernehmen. Der Sozialismus wird die im Kapitalismus bestehende Ungleichheit der Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeiter- und Bauernkinder beseitigen und sie entsprechend ihrer Fähigkeiten besonders fördern und entwickeln. Er wird die Trennung von Schule und Produktion aufheben und im polytechnischen Unterricht die Jugendlichen auf das Berufsleben vorbereiten. Der Lehrkörper wird von der Arbeiterklasse kontrolliert und sich an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft orientieren. Die Lehrzeit in der im Kapitalismus bestehenden Form wird abgeschafft, jeder Jugendliche wird eine sinnvolle, gründliche Ausbildung erhalten. Der Sozialismus eröffnet der Jugend die einzigartige Perspektive, Erbauer der Welt von morgen, des Kommunismus zu sein.



Jugendliche im Kampf um Ausbildungsplätze

Ein weiteres reaktionäres Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Ausbildungsförderungsgesetz für nichtig erklärt!

KARLSRUHE.— Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe hat der bayrischen Klage gegen das Ausbildungsförderungsgesetz stattgegeben und dieses Gesetz für nichtig erklärt. Der Streit um dieses Gesetz geht nicht auf dessen praktische Bedeutung zurück, sondern entstand aus der grundsätzlichen Bedeutung eines solchen Gesetzes.

Das Ausbildungsförderungsgesetz war entstanden aus der Bewegung der Jugend für mehr Ausbildungsplätze. Mit einem Gesetz sollten die Unternehmer dazu gezwungen werden, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.

Dabei war die entscheidende Gegenmaßnahme die Lehrstellenabgabe, die die Betriebe bezahlen sollten, wenn die Zahl der angebotenen Lehrstellen ein bestimmtes Minimum unterschritten.

In der Praxis aber war dieses Gesetz weitgehend bedeutungslos. Von der sozialliberalen Koalition im wesentlichen als Zugeständnis an die Jugend verabschiedet, weigerten sich dieselben Parteien, die es beschlossen hatten stets, seine Bestimmungen auch anzuwenden. In der gesamten Geltungsdauer des Gesetzes wurde die genannte Abgabe nicht ein einziges Mal erhoben, obwohl die Voraussetzungen dafür ständig bestanden.

So stand denn hinter der Klage der CSU-Regierung Bayerns, die auf Wunsch und Verlangen der Unternehmerverbände zustandekam, auch nicht die Abwehr von konkreten Maßnahmen, sondern die Ablehnung des Prinzips.

Abgelehnt, bekämpft und jetzt für nichtig erklärt wurde die grundsätzliche Möglichkeit, die Unternehmer mit einem Gesetz, mit einer politischen Maßnahme also, zu etwas zu zwingen.

Nicht nur die CSU und die Unternehmerverbände frohlokken über das reaktionäre BVG-Urteil, auch der SPD-Führung kommt dieses Urteil gelegen. Denn sie bekam jedes Jahr den Unmut über die Nichtanwendung des Gesetzes zu spüren. Die Werktätigen müssen die Konsequenz daraus ziehen, und den Kampf für Gesetze zu ihren Gunsten verstärken.

Meldungen



Sondergerichte befürwortet

hat Mitte November der niedersächsische Justizminister Schwind (CDU). Er sprach sich für eine strafrechtliche Aburteilung von Bundeswehrsoldaten durch truppeneigene Gerichte aus. Um die Einschränkungen des Grundgesetzes zu umgehen, könnten bei normalen Gerichten auch Sonderkammern für Dienststrafsachen geschaffen werden.

...

Sonderprogramm soll gestrichen werden

Zum 30. April 1981 will der nordrhein-westfälische Sozialminister Farthmann (SPD) das größte NRW-Sonderprogramm zur Betreuung arbeitsloser Jugendlicher einstellen. Dabei sollen 130 Sozialarbeiter, die in verschiedenen Beratungsstellen tätig waren, entlassen werden. Die Begründung: Geldmangel.

...

Bayrische Schulbilanz

Die CSU Bayern steht bundesweit an der Spitze der reaktionären Bewegung gegen eine Schulreform in Richtung Erhöhung der Chancengleichheit. Solche Reformvorhaben werden von ihr in der Regel nicht nur als „kollektivistisch" abgetan, sondern sie werden auch abqualifiziert, mit der Behauptung, im herkömmlichen System sei eine bessere Ausbildung gewährleistet. Der DGB Bayern hat vor kurzem diesen Behauptungen gegenüber Bilanz gezogen. Nach Feststellung der Schulverwaltung haben 10 Prozent der Schüler überhaupt keinen Abschluß, 50 Prozent der Hauptschüler keinen qualifizierten Abschluß, 25 Prozent der Realschüler keinen Realschulabschluß und mehr als die Hälfte der Gymnasiumsanfänger erreichen das Abitur nicht. Jeder zweite Realschüler und jeder zwei von drei Gymnasiasten müssen mindestens ein Jahr wiederholen. Eine traurige Bilanz der CSU-Schule!

...

Evangelische Jugend verstärkt Friedensarbeit

Im Zusammenhang mit der diesjährigen Tagung der EKD-Synode Anfang November in Osnabrück wurden auch die Haltungen der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend zu ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit breit debattiert, vor allem im Vorfeld und in der Nachbereitung dieser Veranstaltung. Dabei betonten die AEJ in verschiedenen Fragen, daß ihre Verbände in den achtziger Jahren vor allem die dringende Notwendigkeit der verstärkten Friedensarbeit sehen.

In diesem Zusammenhang wurde nicht nur eine echte Abrüstung gefordert, sondern auch an die Evangelische Kirche die Forderung gestellt, ihre bisherige Losung „Friedensdienst mit und ohne Waffen", womit die Bundeswehr verteidigt wird, zu überdenken.

Nach der Dortmunder Großdemonstration

Den Kampf für ein „Stahlwerk jetzt" verstärken

Ein richtiges Ziel im Angesicht der Pläne der Kapitalisten

Dortmund war der Schauplatz einer der größten Demonstrationen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte: 70 000 Menschen forderten dabei von dem Aufsichtsrat des Estel-Konzerns den sofortigen Bau eines neuen Blasstahlwerks in Dortmund. Diese Forderung wurde und wird auch von der KPD unterstützt. Aber es gibt auch innerhalb der revolutionären und oppositionellen Bewegung unseres Landes erstzunehmende Organisationen, die sich gegen diese Forderung ausgesprochen haben, die diesen Kampf als illusionär, den Kapitalisten nutzend bezeichnen und dagegen antreten.

Anläßlich der Dortmunder Demonstration waren dies vor allem der KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands) und die Dortmunder Grünen. Beide stellen sich gegen die Forderung nach dem sofortigen Bau des neuen Stahlwerks und stellen andere Forderungen auf, die sie anstelle dieses Verlangens als Ziel der Bewegung der Hoesch-Arbeiter, der Hoesch-Stadt vertreten.

Die Genossen des KABD bezeichnen den Kampf für ein neues Stahlwerk als eine Sackgasse, in die die Bewegung von verschiedenen Parteien, darunter nennen sie auch die KPD, bewußt geführt werde, sie nennen diesen Kampf eine Unterstützung der Kapitalisten, die die SPD und die IG Metall organisieren.

Als Ziel, für das die Stahlarbeiter kämpfen müßten, um ihre Lage zu verbessern, vertritt der KABD den Kampf für die 35-Stunden-Woche, die Herstellung der Gewerkschaftseinheit im Kampf und den Kampf für den Sozialismus. (Das sind die Aussagen ihrer Broschüre „Ein Stahlkonzern schlägt zu — wie schlagen wir zurück?", auf den entsprechenden Seiten 18 bis 24).

Auch die Grünen bezeichnen die Forderung nach dem Stahlwerk als Illusion, da die Stahlindustrie in der Krise sei, bleibe dies ein ewiger Zuschußbetrieb. Als Ziel geben sie den Stahlarbeitern an, dafür zu kämpfen, daß andere als Stahlarbeitsplätze nach Dortmund kommen, die Monostruktur der Stadt überwunden wird und ebenfalls die 35-Stunden-Woche.

Nun ist es natürlich so, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine richtige, eine notwendige Forderung ist. Unsere Partei ist für diese Forderung vor, während und seit dem Stahlarbeiterstreik stets eingetreten, und tut dies auch heute. Denn diese Forderung ist auch aktuell dazu geeignet, dem Vernichtungsfeldzug der Stahlbosse gegen die Arbeitsplätze entgegenzuwirken.

Wenn diese Organisationen auf den Belegschaftsversammlungen der Hoesch-Arbeiter anwesend waren, so wissen sie denn auch, daß es die Betriebsräte der von unserer Partei — leider muß man sagen — allein unterstützen RGO waren, die dort für die 35-Stunden-Woche eingetreten sind, die dort für weitere Kampfmaßnahmen eingetreten sind.

Darüber geht die Debatte denn auch gar nicht. Solch eine Debatte müßten lediglich die Genossen des KABD einmal führen, die in ihrer Broschüre doch ein paar mal zu viel für sich in Anspruch nehmen, sie seien die einzigen gewesen, die dies und jenes getan hätten, obwohl sie gut wissen müßten, daß diese Behauptungen nicht stimmen.

Die Frage, die zur Debatte steht, ist vielmehr die, ob es stimmt, daß, wer die Forderung „Stahlwerk jetzt" vertritt, die Hoesch-Arbeiter bewußt in eine Sackgasse drängen will. Oder ob nicht viel mehr, gerade andersherum, diejenigen, die gegen diese Forderung antreten, sich dem Kampf der Hoesch-Arbeiter entgegenstellen, eine reaktionäre Rolle an der Seite der Rohwedder und Konsorten einnehmen, wobei wir ihnen kein bewußtes Vorgehen unterstellen wollen.

Die Frage ganz konkret geht doch darum, daß die Estel-Bosse den Plan haben, in Dortmund zukünftig keinen Stahl mehr herzustellen. Deshalb haben sie zum zweiten Mal ihre eigenen Versprechungen als Lüge überführt, sie würden ein Stahlwerk bauen. Sie wollen es nicht, weil sie der Logik des Maximalprofits folgen, nicht irgendeines Profits, sondern des größtmöglichen. Ihnen ist keineswegs das eine oder andere recht, sondern sie wollen kein Stahlwerk. Das ist die erste Tatsache, die man unwiderlegbar feststellen kann.



Die Dortmunder Großdemonstration für ein Stahlwerk jetzt

Die zweite Tatsache, die deutlich auf der Hand liegt ist, daß demgegenüber die Hoesch-Arbeiter, Werktätigen Dortmunds und ihre Familien, selbst die kleinen Gewerbetreibenden und so weiter dieses Stahlwerk wollen, weil sie Arbeitsplätze brauchen, weil sie existieren müssen, weil sie aus ihrer Stadt keine Geisterstadt gemacht haben wollen, wie man sie aus dem Wildwest kennt. **Denn die Vernichtung der Stahlerzeugung in Dortmund bedeutet einen dermaßen breiten Einbruch in die Arbeitsmöglichkeiten, daß auch die 35-Stunden-Woche allein, ohne Stahlwerk, nicht ausreicht, die Lage zu sichern? Ganz abgesehen davon, wofür die Arbeiter gegenwärtig kämpfen wollen, was KABD und Grüne nicht interessiert.**

Deshalb waren es die Belegschaften der Hoesch-Werke, die bei jeder Gelegenheit, wo diese Forderung auftauchte, in Massen auf die Straße gingen, um sie zu vertreten, weil es ihre Forderung ist.

Da nützen auch die alternativen Arbeitsplätze, die die Grünen fordern nichts — von wem will man sie wie erzwingen? Die Estel-Bosse kann man treffen, die lassen hier arbeiten, und solange hier Stahl erzeugt wird, wollen sie jede mögliche Tonne haben.

Man wolle, so sagen die Genossen des KABD, mit der Forderung nach dem Stahlwerk sich in das Geschäft der Kapitalisten einmischen, die sich sowieso nicht dreinreden lassen, und außerdem würde dies alles von SPD betrieben, die ja mitverantwortlich für die Entwicklung sei.

Was die Rolle der SPD und der IG-Metall-Führung betrifft, so liegt diese für Eingeweihte auf der Hand. Natürlich hat die Dortmunder SPD-Führung die Pläne Estels seit langem gekannt, sitzt sie doch im Aufsichtsrat. Und sie hat geschwiegen so lange es ging, gerade um den Kampf um ein Stahlwerk zu verhindern. Dasselbe gilt auch für die Führung der IG Metall. Über ihre Sozialplanpolitik hat sie Zugeständnis um Zugeständnis gemacht, haben die Kapitalisten Scheibe um Scheibe der Salami abgeschnitten. Jetzt kommt sie in Bedrängnis, da ihr bisheriges Notargument, Zugeständnisse müßten sein, um ein neues Stahlwerk zu ermöglichen von der Wirklichkeit widerlegt wird.

Es ist nicht die Frage, wer alles eine bestimmte Forderung vertritt, die darüber entscheidet, ob diese Forderung richtig ist, sondern allein ihr Inhalt und der Zeitpunkt zu dem sie aufgestellt wird. Wer behauptet, SPD und IG-Metall-Führung trieben den Kampf in die Sackgasse, übersieht, muß oder will übersehen, daß ihre Hauptanstrengung darauf ausgerichtet ist, gar keinen wirklichen Kampf aufkommen zu lassen.

Große Kundgebungen sind gut und wichtig, um Entschlossenheit zu demonstrieren. Diese Entschlossenheit soll aber nur demonstriert werden, wenn es nach den Dietrichs und Samtlebes geht und ja nur nicht auch wirklich werden. Die RGO ist es, die sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzt, einen wirklichen Kampf zu organisieren, was von unserer Partei unterstützt wird. Diese Haltung der IGM-Führung ist auch dem KABD bekannt, ebenso wie die der SPD, zitiert doch der KABD den SPD-Oberbürgermeister und leitenden Hoesch-Angestellten Samtlebe mit dessen Forderung nur ja keine „hysterischen Demonstrationen" zu machen. Sie haben Angst vor den Geistern, die sie riefen. Die sie rufen mußten, um nicht offen auf der anderen Seite zu stehen.

Seine eigene Position davon abhängig zu machen, was SPD oder IG-Metall-Führung tun, das heißt doch in aller Einfachheit gesagt, sich aus dem bestehenden Kampf herauszuhalten, auf bessere Zeiten zu warten und auf die Zukunft zu vertrösten. Und genau das tun beide, KABD wie die Grünen, aus unterschiedlichen Gründen, aber gemeinsam.

Beim KABD kommt diese Ursache für seine in der Praxis reaktionäre Haltung deutlich zum Vorschein, wenn gesagt wird, die Kapitalisten ließen sich sowieso nicht dreinreden in ihr Geschäft.

Dazu muß man feststellen: Erstens war es noch nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Haltung der Kommunisten, sich aus den gesamten Fragen der Industrieansiedlung, Arbeitsplatzbeschaffung und so weiter herauszuhalten. Dies zu tun ist ein schwerer Fehler, weil einem nur noch übrig bleibt, die Arbeiter auf die Zukunft zu vertrösten. Unsere Partei hat früher Fehler in dieser Richtung gemacht — für den KABD eigentlich kein Grund, dies jetzt weiter zu machen.

Zweitens muß man die Genossen des KABD schon fragen, ob sie das denn wirklich ernst meinen. Die Arbeitsplätze gehen doch die Kollegen genau so viel an wie der Lohn — sollen sie sich da etwa auch raushalten, weil das ja auch was ist, was auf die Investitionen der Unternehmer Einfluß hat? Das Vertrösten auf die Zukunft, wenn der KABD einmal eine Partei sein wird, wenn der Sozialismus da sein wird (dann erst kann man nach der Broschüre des KABD ein Stahlwerk verlangen) hilft den Kollegen keinen Deut und bringt den KABD in die Rolle einer Sekte, die für eine bessere Welt predigt.

Unter der Behauptung, man könne sich nicht in das einmischen, was im Kapitalismus läuft, hält man sich hier also aus der Bewegung raus, ja stellt sich ihr sogar entgegen. Und weil man sich nicht einmischen kann, beschränkt man sich darauf, einige zentrale — durchaus richtige — Forderungen immer und immer wieder zu erheben und darauf zu hoffen, daß den Arbeitern endlich irgendwie bewußt werde, daß sie dafür kämpfen müssen, so wie der KABD auch darauf hofft, die Arbeiter würden endlich das sozialistische Bewußtsein entwickeln, das not tut, um dies alles endgültig zu lösen. Was die Genossen des KABD offensichtlich nicht begriffen haben, ist, daß sich dieses Bewußtsein gerade aus den Kämpfen, die wirklich stattfinden, heraus entwickelt. Natürlich ist auch unsere Partei, ist gerade die KPD der Meinung, daß es unbedingt nötig ist, daß die Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein entwickelt, daß sie die sozialistische Revolution durchführt. Das aber wird sie um so eher tun, je mehr sie sich in alles „einmischt", was in diesem Land passiert, und je mehr die Kommunisten dabei ihre organisierende Arbeit und ihre Aufklärungstätigkeit entfalten. Das wird sie nicht tun, wenn man es dadurch verhindert, daß man einige Forderungen zu den zentralen erhebt und versucht, sie der Bewegung aufzudiktieren, auch wenn diese Forderungen richtig sind. Die Praxis unserer Partei demgegenüber ist, alle solche Bewegungen zu unterstützen, alle gerechtfertigten Forderungen zu unterstützen und dabei für die sozialistische Revolution einzutreten.

Wie sektiererisch diese Haltung ist, hatte sich schon an den Versuchen des KABD gezeigt, die Bewegung für ein Verbot der Aussperrung zu sabotieren, indem man die richtige Forderung nach einem vollen Streikrecht entgegensetzte. Oder an der „breiten" Nachschlagbewegung, die der KABD in diesem Jahr aus dem Grund erfand, weil sie es im letzten Jahr gegeben hatte, und er ihre Erneuerung prophezeit hatte.

Das ist, auch wenn es gerade in den Ohren der Genossen des KABD besonders bitter klingen mag, genau die Position jener Intellektuellen, jener Dogmatiker, für die eigentlich ansonsten die katholische Kirche am deutlichsten repräsentativ ist, die es jedoch auch in der Arbeiterbewegung gibt: „Das Leben muß sich dem Dogma anpassen". Auf Fragen wie: „Gibt es nun mit einem neuen Stahlwerk mehr Arbeitsplätze oder nicht? braucht man bei einer solchen Haltung bequemerweise nicht mehr eingehen. In diesem Sektierertum liegt denn auch die Ursache für die Position des KABD gegen die Bewegung für ein neues Stahlwerk.

Bei den Grünen bleibt dies alles ungenauer, da sie sich weitgehend darauf beschränken gegen das Stahlwerk zu sein und ansonsten Fragen zu stellen: Die Haltung einer ernstzunehmenden Partei ist das nicht. Es drängt sich einem der Verdacht auf, daß auch hier jene Positionen auftauchen, die für einen Teil der Grünen charakteristisch sind: nämlich gegen jede Großindustrie zu sein. Ob sie unter ihren alternativen Arbeitsplätzen verstehen, die Stadtgärtnerei auf 10 000 Mann auszubauen, um es einmal polemisch zu sagen, wissen wir nicht.

Nur ist es auch hier eine Haltung, wo man sich gegen eine Bewegung stellt, um seine eigene Position durchzubringen, koste es, was es wolle.

Im Gegensatz dazu ist es dringend notwendig, diese Bewegung, diesen Kampf zu verstärken, alles zu tun, um hier weitere und echte Kampfmaßnahmen einzuleiten, was mit Sicherheit zunehmend auf den Widerstand von SPD- und IG-Metall-Führung stoßen wird.

Helmut Weiss

Im Angesicht der weltweiten Krise werden neue Rationalisierungsmöglichkeiten gesucht

VW-Zusammenarbeit mit Nissan und Renault

WOLFSBURG.— Kurz hintereinander wurden jetzt in Wolfsburg zwei internationale Projekte der Zusammenarbeit bekannt, die der Vorstand der bisher in dieser Beziehung sehr zurückhaltenden VW-Werke beschlossen hat.

So zum einen mit dem französischen Renault-Konzern die Produktion neuer automatischer Kupplungen, in die auch der andere französische Automammut Peugeot verflochten ist. Von der Renault wurde dies als ein Anfang der Zusammenarbeit der europäischen Autoindustrie gegen die japanische Herausforderung genannt.

Was davon zu halten ist, wurde nur wenige Tage später klar, als die sensationell aufgemachte Nachricht eines gemeinsamen Plans von VW und Nissan für die Autoproduktion in Japan bekannt wurde. Die Einzelheiten eines hier beschlossenen Rahmenabkommens sollen bis Mitte 1981 geregelt werden.

Dabei sollen von Nissan in Japan VW-Modelle in Lizenz hergestellt werden, während andererseits Nissan VW „seine fortgeschrittenere Produktionserfahrung" zur Verfügung stellen soll.

Jeder, der sich in der Autoindustrie einigermaßen auskennt, weiß, was das bedeutet. Man kennt die Roboterfabriken der japanischen Monopole, in denen bis auf ein paar Dutzend alle Arbeiter wegrationalisiert sind.

VW will also von Nissan lernen, wie man noch besser rationalisiert. Schon im letzten Jahr hatte die Konzernleitung ein großes Investitionsprogramm für die achtziger Jahre angekündigt, nun wird allmählich bekanntgemacht, worin dieses Programm bestehen soll.

Die japanische Konkurrenz rückt vor, die amerikansichen Autogiganten bereiten ihren Gegenschlag mit einer ungeheuren Massen Dollars vor, da müssen die VW-Bosse sich vorbereiten, wenn sie die Profite halten wollen. Nicht umsonst waren sie die ersten in der Bundesrepublik, die Versuche mit Robotern gemacht haben. Jetzt will man dies beschleunigen, deshalb die Kooperation mit Nissan, die die Arbeitsplätze der Belegschaft insgesamt bedroht. Die Zusammenarbeit mit Renault ist da eine Nummer kleiner, trifft sie doch „nur" jene, die in der Fertigung von automatischen Kupplungen arbeiten. Denn: Langfristig will man hier, so Renault, zu einer gemeinsamen Produktion kommen.

Für die Arbeiter der Automobilindustrie in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß sie auf weitere große Angriffe zukommen, gegen die sie rechtzeitig Front machen müssen.

Gespräch mit Thomas Scheffer über den 2. Kongreß der RGO

„Die RGO hat sich in jeder Hinsicht gefestigt und entwickelt"

Im Januar 1981 findet der 2. ordentliche Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) statt. Wir haben den RGO-Vorsitzenden Thomas Scheffer aus diesem Anlaß um ein Interview gebeten. Im folgenden geben wir das Gespräch im Wortlaut wieder.

RM: In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat die RGO an vielen gewerkschaftlichen Kämpfen teilgenommen, hat sie oft mit eigenen Initiativen die Interessen der Arbeiterklasse zur Geltung gebracht. Sie hat dies gerade auch an den Punkten getan, wo reaktionäre Gewerkschaftsbonzen den Kampf der Kollegen sabotiert und deren berechtigte Forderungen hintertrieben haben. Könntest Du unter diesem Aspekt rückblickend etwas zur Entwicklung der RGO und zu ihrem heutigen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung sagen?

T. Scheffer: Die Frage finde ich gut, weil sie gleich das wesentliche unserer Politik und Arbeit anspricht. Die RGO hat aktiv in die Kämpfe eingegriffen. Sie wurde eben nicht am grünen Tisch gegründet. Ihrer Gründung im November 1978 gingen einerseits gewerkschaftliche Kämpfe gegen die Unternehmer und andererseits eine verschärfte Konfrontation der Mitgliederbasis in den Gewerkschaften mit den arbeiterfeindlichen Bonzen voraus. Auch in den verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien verschärften sich die Auseinandersetzungen. Durch die Aktivitäten revolutionärer Kollegen bildeten sich in diesem Zusammenhang an die 50 Betriebsgruppen der RGO heraus. Dabei spielten die Betriebsratswahlen im Frühjahr '78 eine sehr wichtige Rolle. Sie erlaubten es uns, eine entscheidende Basis für den Aufbau der RGO zu schaffen. Bei diesen Betriebsratswahlen trat die RGO erstmalig als organisierte Kraft vor die Kollegen. Und zwar mit einer klaren Kampfansage gegen die reaktionären Bonzen in den Betriebsräten, mit einer echten Alternative zu ihrer sozialpartnerschaftlichen Mauschelpolitik. Wir stellten eigene, oppositionelle Listen bzw. direkte RGO-Listen auf. Das war eine offene Auseinandersetzung auf betrieblicher Ebene. Und die Kollegen sahen in der Politik und den Forderungen der RGO-Gruppen ihre tagtäglichen Probleme aufgegriffen, ihre Interessen und Forderungen. Und sie konnten dabei einen Zusammenhang zu den wichtigen Gewerkschaftspolitischen Fragen herstellen, zu allgemeinen Problemen, die der Klassenkampf gegenwärtig hierzulande stellt.

RM: Und wie reagierten die Bosse und Bonzen?

T. Scheffer: Sie versuchten mit allen Mitteln unsere Listen kaputtzumachen. Dagegen hilft uns nur eines: die Kollegen breit zu mobilisieren. Und wir schafften das trotz aller Hetze und Repressalien, weil die Arbeiter in unserem Vorgehen ihren eigenen Kampf sahen: Sie konnten ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen und ihrem Willen nach einer Änderung der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit.

RM: Heißt das, daß die Kollegen den Grundgedanken der RGO spontan verstanden und unterstützt haben?

T. Scheffer: Genau das! Die RGO stellte sich in den jeweiligen Betrieben als lebendiger Kampfverband an die Spitze der Kollegen, als eine Kraft, die eine konsequente Gewerkschaftspolitik will und sie im einzelnen auch praktisch durchsetzt. Damit errang sie sich schnell Ansehen und Vertrauen bei den Kollegen. Der Erfolg zeigt das: Weit mehr als 100 Betriebsratssitze wurden errungen. In fast allen Betrieben, wo unsere Listen zur Wahl standen, bekamen wir erhebliche Stimmanteile. Jetzt stehen die nächsten Betriebsratswahlen bevor. Auf Grund der jetzigen Bedingungen werden wir verstärkt den Kampf für Einheitslisten auf der Grundlage echter Persönlichkeitswahl führen. Aber die Bonzen sollen nicht glauben, wir wären so naiv, uns vertrösten zu lassen. Jedes undemokratische und spalterische Manöver werden wir entsprechend beantworten. Wir werden darauf vorbereitet sein, rechtzeitig eigene oppositionelle Listen aufzustellen.

RM: Ich nehme an, daß die RGO heute für den Kampf um einiges besser gerüstet ist, als bei der Betriebsratswahl '78?

T. Scheffer: Zweifellos. Die meisten unserer Mitglieder hatten vor drei Jahren noch ziemlich wenig Erfahrung in gewerkschaftlicher Arbeit. Dann hatten wir damals noch kaum feste Betriebsgruppen. Als bundesweit organisierte Opposition gab es die RGO damals auch noch nicht. Naturgemäß gab es also damals noch eine ganze Reihe von Schwächen und Fehlern, vor allem Fehler in taktischen Fragen, die wir inzwischen ganz oder teilweise überwunden haben. In zwei, drei Jahren Kampf kann man schon eine Menge lernen. Was unsere Mitgliederstärke betrifft, so konnten wir den Mitgliederstand seit dem Gründungskongreß vervierfachen. Mittlerweile haben wir viele gewerkschaftlichen Funktionäre und Betriebsräte in unseren Reihen. Durch eine beharrliche Gewerkschaftsarbeit konnten wir viele Verbindungen innerhalb der verschiedenen Gewerkschaftskreise herstellen und festigen.



Auf Einladung des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens nahm der RGO-Vorsitzende Thomas Scheffer in diesem Jahr an den Feierlichkeiten zum 1. Mai in der albanischen Hauptstadt Tirana teil. Unser Foto zeigt ein Zusammentreffen des RGO-Vorsitzenden (im Vordergrund) mit albanischen Arbeitern.

Man kann sagen, daß die RGO sich und ihre Politik in jeder Hinsicht gefestigt und weiterentwickelt hat. Das wird auch unser Kongreß bestätigen.

RM: Die Bonzen wollen die RGO als isolierte Außenseitergruppe hinstellen, die mit den Gewerkschaften nichts zu tun hat. Was sagst Du dazu?

T. Scheffer: Sie versuchen das und manche glauben ihnen heute noch. Aber wir stehen keineswegs isoliert da, wie sie es gerne hätten. Unter den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern sowieso nicht. Aber auch in den gewerkschaftlichen Funktionskörpern konnten wir unseren Einfluß verbessern und Vorurteile abbauen. Die Unsicherheit der Bonzen wird deshalb immer größer. Sie sehen, daß unser Einfluß gerade auch unter aktiven, fortschrittlichen Gewerkschaftern zunimmt. Deshalb sind die Bonzen sich oft nicht mehr sicher, wer sich nun eigentlich schon zur RGO rechnet und wer nicht und wie weit unser Einfluß bereits heute reicht. Das macht den Herren Kopfschmerzen. Schließlich haben sie einiges zu verlieren.

RM: Welche Bedeutung meßt ihr der Ausweitung eures Einflusses im Funktionärskörper der DGB-Gewerkschaften bei?

T. Scheffer: Ich habe am Anfang unseres Gesprächs ganz bewußt unseren Kampf bei den Betriebsratswahlen '78 in den Mittelpunkt gestellt. Damit wollte ich beispielhaft den Charakter der RGO verdeutlichen. Und das halte ich im Hinblick auf unseren II. Kongreß für wichtig. Vielen oppositionellen Gewerkschaftern ist noch nicht klar, daß ihr Kampf, den sie in den Gewerkschaften gegen die Bonzen und den Kurs des sozialpartnerschaftlichen Paktierens mit dem Kapital führen, nur zum Ziele führt, wenn er auf einer breiten Mobilisierung der Basis beruht. Genau da liegt der Hase im Pfeffer. Die RGO zeichnet sich gerade deshalb als konsequenteste Kraft der Opposition im DGB aus, weil sie von diesem Grundsatz ausgeht. Natürlich ist es wichtig, gewerkschaftliche Funktionen zu erringen. Aber sie müssen die Kampfpositionen der Belegschaft und der Gewerkschaftsbewegung spürbar stärken. Sie müssen für die Durchsetzung von Forderungen, für die Organisierung von Aktionen konsequent ausgenutzt werden. Wenn sie nicht diesem Zweck dienen, dann ist da was faul. Auf keinen Fall dürfen wir auf Funktionärspöstchen schielen und uns dabei schön ruhig verhalten nach dem Motto: In der Gewerkschaft nicht auffallen um vielleicht noch eine Stufe höher zu rücken. Genau das ist **nicht** die Politik der RGO!

RM: Man darf also den offenen Kampf, die Konfrontation mit den Bonzen nicht scheuen?

T. Scheffer: Im Gegenteil! Sicher müssen taktische Rücksichten genommen werden, damit man nicht gleich aus der Gewerkschaft rausfliegt. Aber nichtsdestoweniger ist der offene Kampf und die Konfrontation mit den Bonzen unumgänglich. Wir suchen diese Konfrontation sogar. Wie kann man denn sonst die Interessen der Gewerkschaftsbasis gegenüber den Bossen und Bonzen verteidigen? Wie kann man dagegen angehen, daß unsere Lohnforderungen verraten werden, und daß die Gewerkschaft Rationalisierungen und Massenentlassungen zustimmt? Wer keine Konfrontation will, braucht gar nicht davon zu reden, daß er den Kurs der DGB-Gewerkschaften im Sinne einer klassenkämpferischen Politik ändern will. Wir aber wollen das! Wir wollen die Gewerkschaft in diesem Sinne erobern. Deshalb handeln wir auch entsprechend! Es muß eine breite, kämpferische Einheit an der Basis gegen Bosse und Bonzen geschmiedet werden. Die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen werden sich erheblich verschärfen. Es geht um die Frage: revolutionärer Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft. Das ist kein Streit um des Kaisers Bart. Und daß sich in den letzten Monaten die Polarisierung zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften im DGB verschärft hat, das hat nichts mit persönlicher Feindschaft, Rechthaberei oder karrieristischen Rivalitäten zu tun. Das kommt daher, daß die kapitalistische Krise sich jetzt immer mehr verschärft und folglich auch der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischer Ausbeuterklasse. Wir müssen diese innergewerkschaftliche Auseinandersetzung als Teil des Klassenkampfes begreifen.

RM: Der RGO-Kongreß wird sicher dazu beitragen, diese Einsicht unter allen oppositionellen Kollegen weiter zu verbreiten bzw. zu vertiefen?

T. Scheffer: Ich denke schon. Der Kongreß muß sich mit dieser Frage gründlich auseinandersetzen. Der Kongreß soll überhaupt auch einen Beitrag dazu leisten, die Opposition in den DGB-Gewerkschaften weiter zu stärken und zusammenzuschließen. Aber dazu gehört natürlich auch, daß der Kongreß korrekt die brennendsten Kampfaufgaben bestimmt, die heute vor der Gewerkschaftsbewegung stehen und die der Klassenkampf stellt. Deshalb muß sich der Kongreß beispielsweise mit dem Thema Rationalisierung ausführlich beschäftigen. Denn auf der Basis der Sozialpartnerschaft verfolgt die DGB-Führung den Kurs, die Vernichtung Tausender, ja Zehntausender von Arbeitsplätzen kampflos hinzunehmen. Sie stimmt dem Rationalisierungsterror grundsätzlich zu und gesteht das sogar ganz offen ein, weil sie den Arbeitern weismachen will, sie säßen mit den Unternehmern im gleichen Boot. Hier müssen wir von der RGO geeignete Programme und Vorschläge für eine gewerkschaftliche Gegenstrategie entwickeln. Da muß der Kongreß konkrete Aussagen treffen, die auf die ganze Gewerkschaftsbewegung ausstrahlen. Im übrigen hat unser Kongreß natürlich noch einige andere wichtige Aufgaben. Etwa die Verbesserung unserer Arbeit in verschiedener Hinsicht, die Überwindung von Fehlern usw. Dazu müssen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Es muß satzungsgemäß ein neuer Vorstand gewählt werden. Und natürlich wird auch die Neuwahl des RGO-Vorsitzenden durchgeführt.

RM: Wir von der Redaktion wünschen dem Kongreß einen erfolgreichen Verlauf. Zum Schluß noch eine Frage: Wann werden die Ergebnisse des Kongresses öffentlich bekanntgemacht?

T. Scheffer: Dies wird zum ersten Mal brandaktuell auf unserer Großveranstaltung am 18. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle geschehen. Diese Veranstaltung bildet den öffentlichen Abschluß des Kongresses. Da gibt es ein großes Programm, das für jeden interessant und ansprechend sein dürfte, auch für solche Kollegen, die die RGO bis jetzt noch nicht so genau kennen. In Wortbeiträgen aber auch in Form von künstlerischen und informativen Darbietungen und Vorführungen wird das Leben und die Arbeit der RGO aufgezeigt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch und besonders die Kollegen von der KPD herzlich zu dieser ersten Großveranstaltung der RGO einladen.

RM: Herzlichen Dank für diese Einladung und für dieses interessante Gespräch.

Demokratische Arbeitervereine aus der Türkei

DIDF gegründet

KÖLN. — 75 Delegierte von Arbeitervereinen, in denen Kollegen aus der Türkei zusammengeschlossen sind, gründeten am 6. Dezember in Köln die „Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in Deutschland" (DIDF). Die Delegierten vertraten 19 Arbeitervereine und fünf Komitees für den Aufbau solcher Vereine aus dem ganzen Bundesgebiet.

Die DIDF ist eine Organisation, die sich der besonderen Probleme annimmt, mit denen die Kollegen aus der Türkei als Gastarbeiter in diesem Land konfrontiert sind. Angesichts der zunehmenden Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie gerade auf diesen Teil der Arbeiterklasse ist die DIDF-Gründung ein notwendiger Schritt, um dem Kampf der Kollegen aus der Türkei für ihre Rechte und Interessen mehr Nachdruck zu verleihen.

Der Gründungskongreß machte jedoch auch deutlich, daß die Arbeitervereine diesen Kampf nicht nur als ihre Sache ansehen. Vielmehr soll gerade durch die Bildung der Föderation die Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen den Arbeitern aus der Türkei, den deutschen Kollegen und den Arbeitern anderer Nationalität verstärkt werden. Als eine weitere wichtige Aufgabe sieht die DIDF die Unterstützung des demokratischen Kampfes in der Türkei an.

Mit seinen Überlegungen, im Laufe der 80er Jahre auch Frauen zum Bund zu holen, hat sich der oberste Chef der Bundeswehr, Minister Apel, nicht gerade beliebt gemacht. Am wenigsten bei den Betroffenen, den Frauen selbst. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wurde bisher gegen die Heranziehung von Frauen zum Bund protestiert. Auf den jüngsten Gewerkschaftstagen wurden entsprechende Anträge verabschiedet.

Was hat Apel vor?

Seit einiger Zeit verbreiten Bundesminister Apel und die Bundeswehrführung immer neue „Schreckensmeldungen" über eine angeblich bevorstehende personelle Schwäche der Bundeswehr. Das Stichwort heißt „Pillenknick". Um die Sache plausibel zu machen, werden Zahlen präsentiert. Einige Politiker sprechen von 54 000 Soldaten, die angeblich Mitte der 80er Jahre fehlen sollen. Der Deutsche Bundeswehrverband malt gar das „Schreckgespenst" von 100 000 fehlenden Wehrpflichtigen ab 1990 an die Wand.

Das Ganze bildet den Hintergrund für verschiedene Pläne zur verstärkten Rekrutierung von Soldaten. Apels wiederholt geäußertes Konzept heißt: Einziehung von mehr Wehrpflichtigen; Verlängerung des Wehrdienstes; Anwerbung von mehr Zeit- und Berufssoldaten; eventuelle Einziehung von ausländischen Jugendlichen — und eben die Anwerbung von weiblichen Freiwilligen zum Bund. (Wobei diese Soldatinnen dann — etwa nach dem Vorbild der US-Army — im Sanitäts- und Nachrichtenwesen eingesetzt werden sollen, damit so mehr männliche Soldaten für den Dienst in den Kampfverbänden freiwerden.)

Den größten Protest hat zweifellos Apels Plan, nun auch Frauen zum Bund zu holen, ausgelöst. Zu Recht. Denn die Heranziehung von Frauen zur Bundeswehr bedeutet die offene Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Und das hat — zumindest in Friedenszeiten — vor Herrn Apel in Deutschland noch niemand versucht. Diese „Reform" zu planen, blieb dem Sozialdemokraten Apel vorbehalten!

Nachwuchsmangel, Gleichberechtigung oder Kriegsvorbereitung?

„Ob Frauen in der Bundeswehr Dienst tun sollen, das sei für die Frauen selbst weniger eine Frage der Nachwuchsknappheit als eine Frage der Gleichberechtigung." So zitierte die „Berliner Morgenpost" Herrn Apel im Frühjahr dieses Jahres.

Für Herrn Apel also eine Frage des „Nachwuchsknappheit", des „Pillenknicks" und für die Frauen eine Frage der Gleichberechtigung? Weder das eine noch das andere stimmt.

Man darf sich von den Zahlen, die Apel oder der Bundeswehrverband zum Beweis für die angeblich drohende personelle Schwäche der Bundeswehr auftischen, nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sie sind in Wirklichkeit völlig willkürlich aus der Luft gegriffen. Denn wieviel Soldaten die Bundeswehr in zehn Jahren hat, hängt doch nicht nur mit den Geburtenzahlen zusammen, sondern mit verschiedenen anderen Faktoren: mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, mit der Handhabung der Tauglichkeitsprüfungen, mit der Zahl der Kriegsdienstverweigerer u.a.m.



Frauen als Soldaten: Auch hier soll die NATO das unrühmliche Beispiel der USA nachvollziehen.

Gegen Apels Militarisierungspläne

Keine Frauen zum Bund!

Tatsächlich ist die Behauptung von der „personellen Schwäche" der Bundeswehr eine propagandistische Zwecklüge. Nicht zufällig traten Apel und die Bundeswehrführung mit dieser Behauptung besonders massiv an die Öffentlichkeit, nachdem die Sowjetunion Afghanistan überfallen hatte. Zu einer Zeit also, als die Spannungen zwischen den beiden Supermächten Amerika und Sowjetunion einen neuen Höhepunkt erreichten, als die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß faßte und deutsche Politiker darüber nachdachten, ob nicht auch deutsche Soldaten am Persischen Golf die Interessen des „freien Westens" verteidigen sollten.

Mit dieser Zwecklüge soll aktuell erreicht werden, daß sich die Bevölkerung um den Bestand „ihrer" Bundeswehr sorgt und einen Geist der Opferbereitschaft entwickelt. Denn mit einem Volk, das keine „vaterländische Opferbereitschaft" zeigt, können die Imperialisten auch keinen Krieg führen.

Die von Apel geforderte Opferbereitschaft der Frauen für den Bund hält sich aber, gelinde gesagt, in Grenzen. Das ist sehr gut so. (Wobei Illusionen über die Durchführbarkeit von Apels Plan allerdings trotzdem fehl am Platz wären. Völlig zu Recht haben vor allem die Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr die Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung der Frauen ausnutzen wird, um sie als Freiwillige für den Bund zu werben.) Unsere Aufgabe ist es, die Frauen in dieser spontanen Ablehnung von Apels Plänen zu bestärken.

Denn die Bundeswehr ist nicht „unsere Armee", genauso wenig wie ein möglicher Krieg zwischen den beiden Supermächten „unser" Krieg wäre. Die Bundeswehr ist eine aggressive imperialistische Armee, die ausschließlich für die Interessen der herrschenden Klasse in den Kampf geschickt wird. Deshalb bekämpfen wir aus prinzipiellen Gründen alles, was auf eine Stärkung der Bundeswehr und ihrer Position in der Gesellschaft hinausläuft: Die Pläne Apels, Frauen in die Bundeswehr zu holen, genauso wie eine Verlängerung der Wehrdienstzeit, genauso wie die öffentlichen Rekrutenvereidigungen oder den neuerdings wieder geplanten Wehrkundeunterricht in den Schulen.

Apels Versuch, den Frauen die Bundeswehr als „Schule der Gleichberechtigung" anzubieten, macht die Sache nicht besser. Dieses Stichwort „Gleichberechtigung" war offenbar dazu gedacht, in der linken, feministisch geprägten Frauenbewegung Verwirrung zu stiften. Man muß zugeben, daß das in einem gewissen Maße gelungen ist. Zumal Alice Schwarzer in diese Gleichberechtigungsdebatte von einem abstrakten feministischen Standpunkt eingestiegen ist, die Bundeswehr vor allem als Gewaltmonopol der Männer sieht (das die Frauen „bis in die Spitzen der Hierarchie hinein"(!) erobern sollen) und deshalb **übersieht**, daß die Forderung nach weiblichen Soldaten hier und heute eine Unterstützung der Bonner Militaristen und ihrer Kriegsvorbereitungen bedeutet.

Aber zurück zu Herrn Apel. Er macht als frischgebackener Anwalt der Gleichberechtigung eine, gelinde gesagt, ziemlich lächerliche Figur. (Das übrigens schon allein deshalb, weil er den Frauen etwas als Gleichberechtigung verkaufen will, was in Wirklichkeit doch nur das alte Lückenbüßertum ist. Denn „echte" Soldatinnen sollen die Frauen nach Apels Vorstellungen ja gar nicht werden.) Außerdem: Welche Frau wird nicht mißtrauisch, wenn ihr plötzlich, noch dazu unaufgefordert, im militärischen Bereich die „Gleichberechtigung" geradezu aufgezwungen wird, während sie sich sonst auch das kleinste Zugeständnis in Sachen Gleichberechtigung hartnäckig erkämpfen muß?

Wir sind als Kommunisten Anhänger und Kämpfer für die Gleichberechtigung der Frau. Aber das heißt doch nicht, daß wir immer und überall für die bürgerliche Gleichstellung von Mann und Frau kämpfen. Warum sollten wir beispielsweise weibliche Kapitalisten, Puffs für Frauen, Frauen in der GSG 9 oder einen weiblichen Papst für erstrebenswert halten? Wir kämpfen dort für die Gleichheit von Mann und Frau, wo sie der breiten Masse der Frauen mehr Rechte und Vorteile bringt, dem Fortschritt, der Erhaltung des Friedens, dem Kampf gegen die Reaktion und dem Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt nützt.

So steht das Problem bei der Frage „Frauen zum Bund?" aber offensichtlich nicht. Hier geht es nicht um mehr Rechte für die Frauen, hier geht es um die Unterstützung und die Stärkung der Bundeswehr. Deshalb muß die Heranziehung von Frauen zum Bund bekämpft werden. Wer heute ja sagt zu weiblichen Bundeswehrsoldaten, der sagt ja zum Militarismus, zur NATO und zu ihren Kriegsvorbereitungen!

Dabei spielt es auch keine Rolle, daß Apel die Frauen nicht per Wehrpflicht in die Bundeswehr zwingen will, sondern ihnen den Zugang zur Bundeswehr sozusagen „freistellt". Beides ist abzulehnen. Erstens ist es mit der „Freiwilligkeit" nicht weit her, wenn wirtschaftliche Not und politischer Druck groß sind. Und zweitens sind wir überhaupt gegen einen wachsenden Anteil von Freiwilligen bei der Bundeswehr oder gar eine nur aus Freiwilligen bestehende Armee. Denn die Erfahrung zeigt, daß solche Armeen wesentlich reaktionärer sind, wesentlich besser im Sinne der Herrschenden funktionieren und sehr viel schwerer von innen zu zersetzen und für die Zwecke der Imperialisten unbrauchbar zu machen sind.

Kampf gegen das Gewehr oder Kampf für den Frieden?

Die Bewegung „Keine Frauen zum Bund" ist politisch nicht einheitlich, sondern eine sehr gefächerte Bewegung. Längst nicht allen, die keine Frauen beim Bund sehen wollen, geht es dabei um den ehrlichen Kampf für den Frieden. Gemeint sind vor allem die Vertreter aller drei Bonner Parteien, die heute lautstark verkünden, sie seien aus „moralischen und ethischen Motiven" gegen jeden Dienst von Frauen an der Waffe, ansonsten aber gegen eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die verstärkten Kriegsvorbereitungen der NATO nichts einzuwenden haben. Denn — mal ganz abgesehen davon, daß der Dienst von Frauen an der Waffe ernsthaft gar nicht zur Debatte steht — was nützt es den Frauen denn, wenn sie „Zivilistinnen" bleiben und trotzdem in einen neuen Weltkrieg getrieben werden? Wenn die Männer als Kanonenfutter an der Front sterben und sie im Bombenhagel in den Städten? Zwei Weltkriege haben hinreichend bewiesen, daß der zutiefst zynische und heuchlerische Versuch, den Frauen einzureden, Krieg sei „Männersache" nur den einen Zweck verfolgte, die Frauen vom aktiven Kampf gegen den Ausbruch eines neuen Krieges abzuhalten.



7 Prozent der Soldaten in den USA sind Frauen, sie werden in allen Bereichen der aggressiven US-Army eingesetzt.

Überhaupt ist es den Interessen der Frauen nicht dienlich, dem Kampf gegen die Heranziehung von Frauen zum Bund die Stoßrichtung „Keine Frau ans Gewehr" zu geben. Wir sind doch nicht deshalb gegen weibliche Bundeswehrsoldatinnen, weil wir prinzipielle Gegner der Bewaffnung der Arbeiterinnen, der fortschrittlichen Frauen sind. Im Gegenteil. Der Kampf der Frauen der Kommune, der Kampf der Partisanninen im zweiten Weltkrieg oder auch der Kampf der Vietnamesinnen gegen die US-Aggressoren ist ein Vorbild auch für den Kampf der deutschen Frauen für Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus.

Es bringt der Sache deshalb auch keinen Nutzen, wenn die Bewegung auf den Kampf gegen eine Wehrpflicht für Frauen orientiert wird (obwohl sie konkret nicht zur Debatte steht), wenn bei dem Kampf gegen die Einführung weiblicher Freiwilliger die Aufmerksamkeit der Frauen hauptsächlich darauf gelenkt wird, ob sie im Sanitäts- oder Nachrichtenwesen nicht doch in irgendeiner Form mit den Waffen der Bundeswehr in Berührung kommen. Denn erstens ist der Einsatz von Frauen in den Kampfverbänden der Bundeswehr absolut unwahrscheinlich. Stattdessen will man die Frauen benutzen, um mehr Männer für den direkten Waffendienst einsetzen zu können. Wer die Frauen auf ersteres orientiert, lenkt vom Kampf gegen die Durchsetzung der tatsächlich bestehenden Pläne ab. Und zweitens kommt es darauf an, die Aufmerksamkeit der Frauen auf die wesentlichen Fragen zu lenken. Darauf, für welche Zwecke die Waffen der Bundeswehr und die Bundeswehr selbst da sind; darauf, daß die Mobilisierung der Frauen für den Bund in einer Reihe steht mit anderen Maßnahmen der Regierung, die die Kriegsgefahr verschärfen; darauf, wie dieser Kriegsgefahr zu begegnen ist.

Wer hier Illusionen schürt wie Alice Schwarzer, die sich einen neuen Krieg nur als „Verteidigungskrieg vorstellen" kann; wie die DKP-nahe Initiative „Frauen zur Bundeswehr — wir sagen NEIN", die die bestehende Kriegsgefahr für Europa leugnet, den Frauen die Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Blöcken als Mittel zur Erhaltung des Friedens anpreist, nur die Aufrüstung im Westen angreift und die im Osten verschweigt usw. führt die Bewegung der Frauen in die Irre.

Die Frauen stellen ein wichtiges Potential im Kampf für die Erhaltung des Friedens dar. Ohne die aktive Beteiligung der Frauen kann der Kampf gegen den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges nicht erfolgreich sein. Die Bewegung „Keine Frauen zum Bund" ist deshalb wichtig. Es ist unsere Aufgabe, diese Bewegung zu unterstützen **und** sie für den Kampf um die Durchsetzung weitergehenderer antimilitaristischer Forderungen zu gewinnen. Für die Forderung nach dem Austritt der NATO, für die Forderung nach einer neutralen Bundesrepublik, für den Kampf gegen die Bundeswehr und alle Aufrüstungs- und Militarisierungsmaßnahmen der Bundesregierung.

Bundesverwaltungsgericht:

Ziele der NPD sind verfassungswidrig

WESTBERLIN.— Die Ziele der NPD sind zumindest teilweise „mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar". Das erklärte vor einigen Tagen das Bundesverwaltungsgericht (BVG). Es bestätigte die Entlassung des der NPD angehörenden Physiklehrers Rolf Kosiek durch den baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof.

In einer anderen Entscheidung verwies es den Fall des NPD-Lehrers Tilman Leidig an den Verwaltungsgerichtshof in Mannheim zurück. Hier hatte dieses Gericht argumentiert, Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers könnten aus der Mitgliedschaft in der NPD nur hergeleitet werden, wenn die Partei die Verbotsvoraussetzungen nach dem Grundgesetz erfülle.

Zwei Faschisten nicht als Lehrer zugelassen — ist das nicht ein Grund zur Freude? Zweifellos. Faschisten haben bei uns nichts zu suchen, schon gar nicht als Lehrer, als Verhetzer der Jugend unseres Volkes im Geiste Adolf Hitlers. In dieser Hinsicht bietet die Berliner Entscheidung einen juristischen Ansatzpunkt zum Kampf gegen die NPD.

Aber Vorsicht! Das BVG kann nicht plötzlich für sich beanspruchen, „im Namen des Volkes" zu sprechen. Die Sache hat einen entscheidenden Haken: Im Rahmen seiner Entscheidung billigte das Gericht eine rigorose Anwendung der Berufsverbots-Praxis gegen Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten. Das machen zwei Aussagen des Gerichts deutlich.

Zum einen schränkte es die Möglichkeit ein, gegen eine Entscheidung der Einstellungsbehörde durch Klage vor Gericht vorzugehen. Der Vorsitzende des BVG-Senats, Franz Niedermeier, erklärte, die Gerichte könnten nicht einfach ihre Beurteilung der Bewerber an die Stelle der Beurteilung durch die Einstellungsbehörden setzen. Gerichtlich nachprüfbar sei nur die Geltung von Verfahrensvorschriften, die richtige Anwendung von Rechtsbegriffen, die Richtigkeit und Vollständigkeit des von den Behörden zugrundegelegten Sachverhalts und die „Einhaltung allgemein gültiger Wertmaßstäbe".

Deshalb verwies das BVG auch die Fälle der als „Linksextremisten" bezeichneten demokratischen Lehramtsbewerber Marita Beck und Volker Veeser an den bayrischen Verwaltungsgerichtshof zurück, der ihre Ablehnung durch die Einstellungsbehörden aufgehoben hatte.

Das Gericht bekräftigte eine Auffassung, mit der schon viele Berufsverbote durchgedrückt worden sind: Unabhängig vom Verbot einer Partei, sogar ohne daß diese Partei durch „planvolle und mit aktiv kämpferischer Tendenz betriebene Verfolgung gegen die Verfassungsordnung gerichteter Ziele" überhaupt die Verbotsvoraussetzungen erfülle, sollen ihre Mitglieder vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden können, wenn die Behörden der betreffenden Partei verfassungsfeindliche Ziele unterstellen. (Schon ganz zu schweigen von denen, die die reaktionären Grundlagen unserer Verfassung tatsächlich ablehnen.)

Das ist eine Verschärfung der Berufsverbote durch das oberste Verwaltungsgericht in dieser an Liberalisierungs-Phrasen so reichen Zeit.

Die NPDler, die vom Lehramt ausgeschlossen wurden, stellen eine verschwindende Minderheit dar. Viele Faschisten treiben sich heute mit staatlicher Unterstützung an unseren Schulen herum. Es kommt sogar zu Fällen, in denen Menschen vom Berufsverbot betroffen sind, weil sie gerade dagegen protestiert haben!

Wir Kommunisten und alle Demokraten fordern die Abschaffung der Berufsverbote. Sollen damit auch die Faschisten eingestellt werden?

Nein! Das sind zwei paar Schuhe. Es ist blanker Zynismus, Antifaschisten und Faschisten mit einer Elle messen zu wollen. Ein Zynismus, der aufgrund der reaktionären Gesetze und der reaktionären Politik der Regierung zum Tragen kommen kann, die den Neo-Nazis in Westdeutschland das öffentliche Auftreten ermöglichen. Dieses Auftreten ist aber mit einer wirklich demokratischen Staatsordnung unvereinbar.

Neo-Nazis aus dem Schuldienst fernzuhalten, ist kein Berufsverbot. Ihr Auftreten darf vielmehr in keinem einzigen gesellschaftlichen Bereich geduldet werden.

Deshalb müssen endlich alle Nazi-Organisationen, alle faschistischen Presseorgane und jegliche faschistische Betätigung verboten werden! „Was muß noch passieren?" — millionenfach wurde diese Frage nach dem Münchener Attentat im In- und Ausland gestellt.

Sorgen wir gemeinsam dafür, daß der Wille des Volkes im kommenden Jahr endlich zum Tragen kommt. Dieses Jahr muß einen Aufschwung bringen für unseren Kampf: für das Verbot der Neo-Nazis! Für die Aufhebung der Berufsverbote!

Der ohnehin schon schäbige Mantel des „demokratischen Rechtsstaats" hat ein neues Loch bekommen. Mit einer Reihe von Grundsatzentscheidungen schuf der Bundesgerichtshof (BGH) die juristische Grundlage für Urteile in Prozessen, die den Angeklagten und seine Verteidiger von der Zeugenvernehmung ausschließen.

Wenn es die „Sicherheit des Zeugen" verlangt, darf „eine kommissarische Vernehmung des Zeugen notfalls auch unter Ausschluß des Angeklagten und des Verteidigers stattfinden".

Prozesse dieser Art können nicht mehr einen Hauch von „Rechtsstaatlichkeit" für sich beanspruchen. Hier wird ein grundlegender Bestandteil auch der bundesdeutschen Strafprozeßordnung preisgegeben: das Fragerecht aller Prozeßbeteiligten. Jeder Prozeß beweist, daß die Vernehmung eines Belastungszeugens durch Verteidiger und Angeklagten ein wesentlicher Beitrag zur Wahrheitsfindung sind. Niemand schützt einen Angeklagten vor Manipulationen, wenn er den Menschen, der ihn belastet, nicht einmal zu Gesicht bekommt, geschweige denn befragen darf! Zur Anwendung kommen wird diese Rechtsbeugung vor allen Dingen in politischen Strafprozessen.

„Geisterzeugen"

Nun ist es nicht einmal neu, daß Prozesse ohne Anwesenheit von Belastungszeugen stattfinden. Vor allem in den sogenannten Terroristenprozessen fehlten häufig Überläufer und Verfassungsschützer, die ihre Behörde nicht enttarnen wollte, im Gerichtssaal. Das alles geschah bisher ohne juristische Rechtfertigung. Die hat der BGH jetzt nachgeliefert.

Die Folgen dieser Urteilsfindung liegen auf der Hand. Gefördert wird damit das verbrecherische „Kronzeugen"-System. Es ermöglicht eben den „Überläufern" — das können einfache Verräter, von der Polizei erpreßte Menschen oder vom Verfassungsschutz in eine Organisation eingeschleuste Provokateure sein — sich mit einer umfassenden Belastung anderer von Strafe weitgehend freizukaufen. Wie die Tatsachen beweisen, kommt es in solchen Prozessen reihenweise zu erfundenen Anklagen, mit denen der Kronzeuge seine Haut retten bzw. — wenn es ein Agent ist — sich als besonders erfolgreich hinstellen will. Mit der neuen höchstrichterlichen Entscheidung wird die Zahl solcher Prozesse, die Verfolgung und Verurteilung unschuldiger Menschen in Westdeutschland mit Sicherheit noch zunehmen.

Wie rücksichtslos die Bedeutung eines Gerichtes durch den BGH mißachtet wird, zeigt eine Bemerkung hinsichtlich der Prozesse, in die Beamte der Geheimdienste verwickelt sind. Hier kann die Vernehmung notfalls „auch nur durch einen beauftragten Richter — **etwa im Dienstgebäude des Landesamtes für Verfassungsschutz** — durchgeführt werden." **Jetzt bestellen also die Geheimdienste die „unabhängigen" Richter schon zu sich Büro, um ihnen ihre Prozeßinstruktionen zu geben!**

Dabei geht es nicht einmal „nur" um die Erschwernis der Wahrheitsfindung durch das Gericht. Diese ist in jedem Falle gegeben, weil kein noch so gutwilliger Richter all die Aspekte kennen kann, die der Angeklagte in die Befragung einbringen könnte. Aber es ist noch darüberhinaus so, daß in den allermeisten politischen Prozessen — und hier geht es beileibe nicht um „Terroristenprozesse" — sich die Angeklagten nicht nur gegen den offiziellen Ankläger und die von ihm aufgefahrenen Zeugen, sondern auch gegen einen oder mehrere durchaus voreingenommene und parteiliche Richter zur Wehr setzen mußten? Viele Kollegen und speziell Hunderte Genossen unserer Partei und anderer fortschrittlicher Organisationen können das bezeugen. Wieviele Verurteilungen zum Beispiel von Antifaschisten, die von Neonazis auf die Anklagebank gebracht wurden, konnten nur dadurch abgewendet bzw. auf ein niedriges Strafmaß beschränkt werden, weil diese die oft kriminellen Zeugen durch ihre Fragen und Beweisanträge gänzlich auseinandergenommen haben! **„Das Auge der Justiz sitzt im Angesicht der herrschenden Klasse" — dieser Satz Bert Brechts kennzeichnet noch heute die Realität in unserem Staat.** Mit der Prozeßpraxis, der hier der Weg gebahnt wird, wird einer unkontrollierbaren Zusammenarbeit des Gerichts mit falschen Zeugen und staatlichen Stellen Tür und Tor geöffnet. Eine „Gefährdung" für einen Zeugen läßt sich leicht konstruieren.

An diesen skandalösen Machenschaften ändert auch die am 8.12. nachgeschobene — und von der Presse groß herausgestellte — Entscheidung nichts, wonach ein Gericht einen wichtigen, aber gefährdeten Zeugen auch dann zur Vernehmung vorladen muß, wenn es annimmt, daß die Behörde (Verfassungsschutz, Kriminalamt ...) werde dessen Identität geheimhalten. Hier geht es nur darum, daß das Gericht von vornherein auf eine persönliche Vernehmung verzichten darf, wie das bisher oft der Fall war. Diese Vernehmung aber läuft dann wie oben beschrieben.

Man hat schon viel Unrecht in unserem Staat und seiner Justiz erlebt, das nachträglich per Richterspruch zu Recht gemacht wurde. Man hat Prozesse ohne Verteidiger erlebt, die ausgeschlossen wurden, weil sie aufgrund ihres Einsatzes für ihre Mandanten das beabsichtigte politische Urteil gefährdeten. Man wird nun verstärkt Prozesse erleben, wo die Zeugenbank leer bleibt und das Gericht die Zeugenaussagen selbst vorbringt. Und man wird, solange dieses System besteht, noch ganz andere Sachen erleben. Deutsche Richter haben sich in dieser Hinsicht noch nie schwer getan.

Wenn aber, wie die Politiker besorgt feststellen, viele Menschen diesem Staat gleichgültig oder ablehnend gegenüberstehen, kann man sie darin nur bestärken. Den Rechtsstaat, den es zu verteidigen lohnt, den müssen wir uns erst noch selber schaffen!

Dietrich Lohse

Meldungen

Schweigen über Stammheim

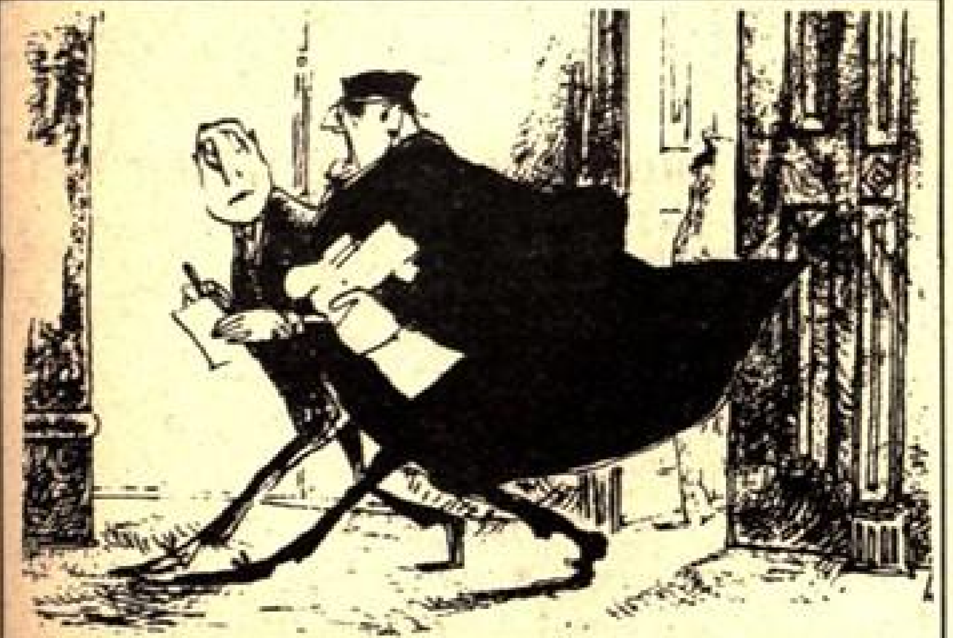
Die Bonner Regierung weigert sich, die Vorfälle im Stammheimer Gefängnis, die 1977 zum Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe geführt hatten, erneut untersuchen zu lassen. Obwohl der „Stern" eindeutig nachgewiesen hatte, daß wesentliche Anhaltspunkte gar nicht untersucht und Spuren vernichtet wurden, erklärte der Staatssekretär de With, es bestehe „kein vernünftiger Anlaß", an der Richtigkeit der Befunde und Erkenntnisse der gerichtsmedizinischen Sachverständigen zu zweifeln. Im übrigen liege es allein in der Zuständigkeit der baden-württembergischen Behörden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Diese werden sich allerdings mit Sicherheit auf die Behauptungen der Bundesregierung berufen.

Nazi-Richter angezeigt

Gegen zwölf ehemalige Richter und Staatsanwälte des faschistischen Volksgerichtshofes hat die VVN Strafanzeige wegen Mord gestellt. Zehn der ehemaligen Richter, die insgesamt mindestens 136 Todesurteile vollstrecken ließen, fanden nach dem Krieg in der Bundesrepublik ein neues Betätigungsfeld. Der damalige „1. Staatsanwalt", Walter Römer, sogar als Abteilungsleiter im Justizministerium.

Strauß gegen IGM

„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen" — wer kennt nicht diesen Satz des gewesenen Kanzlerkandidaten Strauß? In einem Urteil des Zivilsenats beim Oberlandesgericht München gegen die IG Metall wurde dieser untersagt, dieses Zitat aus der Sonthofener Rede ohne Zusätze zu drucken, weil es aus dem Zusammenhang gerissen sei. Damit wurde ein Urteil der Vorinstanz bestätigt. Das Gericht mußte allerdings zugestehen, daß die Redeaufzeichnungen, ob sie nun vom Sprecher autorisiert sind oder nicht, zitiert werden dürfen.



„Gewiß, ich war bei der NSDAP, aber bitteschön, ich bin es nicht mehr!"

Antifaschistische Plakate



OSNABRÜCK.— In den letzten Wochen führte die VOLKSFRONT in Osnabrück eine Veranstaltungsreihe über antifaschistischen Widerstand durch. Die Themen waren: Der proletarische Widerstand und der Widerstand der KPD — Gespräch mit Widerstandskämpfern aus Osnabrück und Münster — Zur Geschichte der Volksfront-Idee — Kunst im antifaschistischen Widerstand. Als neuen Beitrag zu dieser Kunst fertigte ein VOLKSFRONT-Mitglied handgezeichnete Plakate, deren Verkaufserlös der Ortsgruppenarbeit zugute kommen wird. Eines davon ist hier abgebildet. Es ist zu bestellen bei Alexander Buhmann, Meppener Str. 24, 4500 Osnabrück.

DGB gegen Tandler

Wegen der willkürlichen Änderung der Demonstrationsroute bei der Demonstration vom 22.11. in Augsburg, die sich gegen den NPD-Parteitag richtete, und die von der Polizei angefertigten Fotos, Film- und Videoaufnahmen vom Demonstrationszug hat der DGB Bayern schärfsten Protest beim Innenministerium eingelegt. Bis heute hat Tandlers Behörde nicht einmal darauf geantwortet.

Drei Stunden vor Demonstrationsbeginn stellte die Polizei die Behauptung auf, es lägen Erkenntnisse über die Beteiligung von „bis zu 2000 Extremisten" vor, und deshalb dürfe der Zug nicht am Tagungsgebäude der Faschistenpartei vorbeigehen. Beweise dafür sind niemals vorgelegt worden, es gibt ja auch keine.

Als empörend bezeichnete Jakob Deffner die Tatsache, daß das Mitführen von Anti-Strauß-Plakaten als „Straftatbestand" gewertet und Fotos darüber „zu den Akten genommen" wurden.

In den Filmaufnahmen sieht der DGB den Versuch, Demokraten einzuschüchtern und das Demonstrationsrecht einzuschränken. Er fordert die sofortige Vernichtung der Filme.

Wieder einmal erweist sich der Staat als Beschützer der Faschisten und zeigt uns so, daß wir beim Kampf gegen die offenen Nazis nicht stehenbleiben dürfen.

Wir machen Dampf!

Gegen Unternehmermacht — für Solidarität

Korrespondenz aus Karlsruhe

Das waren die Losungen an diesem Samstag in Karlsruhe.

Das erste Mal seit acht Jahren fand ein Gewerkschaftsjugendtreffen im Landesbezirk Baden-Württemberg statt, inszeniert von der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bezirk Stuttgart in Zusammenarbeit mit DGB-Gewerkschaften.

Um 14 Uhr wurde das Programm im großen Saal der Schwarzwaldhalle mit der griechischen Folklore-Gruppe Orpheo-Greco eingeleitet. Gleichzeitig begann auf der Bühne im Bierkeller mit den „Rotstiften", einer DGB-Jugendkulturgruppe aus Karlsruhe, ein reichhaltiges

Das Stück, das die Machenschaften eines Multikonzerns aufzeigt und zur Solidarität im Kampf gegen die Unternehmer aufruft, paßte durch die Aktualität der bevorstehenden Schließungen der Werke Schmalbach und Grundig. Ein italienischer Kollege von Schmalbach ergriff die Gelegenheit, um in Gedichtform zur Schließung des Werkes seine Gefühle auszudrücken. Beeindruckend war sein Gedicht: Dialog mit einer Maschine, die ihn zwei Finger gekostet hatte. Nun stand dieser Kollege vor dem Nichts.

Weiter ging das Programm mit der Esslinger DGB-Songgruppe.

Die DGB-Jugend Ludwigshafen stellte uns das Kabarett „Probebühne" vor, das hervorragend Texte, Szenen und Lieder von Tucholsky brachte.

Locker gings weiter mit der HBV-Kulturgruppe Freiburg, die die Forderung der HBV-Kollegen „Hände weg vom Ladenschluß" eingepackt in eingehende Rhythmen, brachte.

Zum Abschluß im Bierkeller kam der Liedermacher „Schlauch" aus Mannheim, der dem Publikum noch einmal tüchtig einheizte und es zum Mitsingen mitriß, wenn es bei einem Lied zur Jugendarbeitslosigkeit und zu den Nazi-Auftritten in verschiedenen Städten ging. Der Saal brüllte laut mit bei dem Refrain „Nazis raus aus unsrer Stadt..."

Inzwischen war auf der Bühne der Schwarzwaldhalle die Rede von Fritz Steinkühler, IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart.

Er ging auf die Arbeiterbewegung der letzten zehn Jahre ein. Er sprach die Jugend auf die Notwendigkeit einer Organisierung in der Gewerkschaft an und sagte, daß die Jugend dafür sorgen muß, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nicht nur leere Worte bleiben, sondern gerade jetzt in den nächsten Jahren offensiver durchgesetzt werden müssen. Mit großem Beifall bedacht wurde seine Verurteilung der immer zahlreicher werdenden öffentlichen Rekrutenvereidigungen und die Aussage, daß die Abrüstungsforderungen stärker als bisher in der Gewerkschaftspolitik hervorgehoben werden müssen.

Dann ging's weiter mit der IG-Metall-Revue mit Songs über die Probleme, die jeder hat, über die Geschichte der Arbeiterbewegung, ausgedrückt in Bildern, Liedern und Szenen.

In der Vorhalle sah man unterdessen ein reges Treiben, vorbei an Info-Ständen der IGM, der DPG- und HBV-Jugend. Man konnte Diskussionsfetzen hören, ob in Polen die Diktatur des Proletariats verwirklicht ist, oder warum es sinnvoll ist, die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO aufzustellen. Bei Würstchen, Steaks, Bier und Cola konnte man auch Kritik zu diesem Nachmittag hören, etwa an den zu hohen Eintrittspreisen von 8,— DM, und daß die Probleme der Jugendlichen, die als Losung über dem Programm dieses Tages standen, mit einer gemeinsamen Aktion auch nach außen vertreten werden müßten, zum Beispiel mit einem Fackelzug durch die Stadt, um der Bevölkerung zu zeigen, wie wichtig es uns ist mit der Jugend.



Gewerkschaftsjugend macht Dampf.

DIALOG

Adieu Lackiermaschine
14 Jahre waren wir zusammen
ich bin traurig
weil wir uns jetzt verlassen

Adieu Lackiermaschine
Wir können nichts dafür
das grausame „Aus"
das kam ja nicht von hier

Adieu Lackiermaschine
Du warst mir eine Schwester
mal geliebt, mal gehaßt

Adieu Lackiermaschine
weißt Du noch? Zwei Finger
in jungen Jahren nahmst Du mir fort

Adieu Lackiermaschine
unsere Reise geht hier zu Ende
Ich bin Dir nicht mehr böse
ich verzeihe Dir gerne

Adieu Lackiermaschine
einen Wunsch habe ich noch
halte die Walzen steif
lasse Dich nicht verschrotten

MACH'S GUT!
LEB WOHL!

Streik bei Benteler

1 200 Arbeitsplätze in Gefahr

Korrespondenz aus Paderborn

Seit einiger Zeit hat die Krise im Stahl- und Röhrenbereich auch die Benteler-Gruppe erfaßt. Das Unternehmen mit ca. 15 Werken im In- und Ausland (Hauptwerke in Schloß Neuhaus/Paderborn) und 7 800 Beschäftigten bei einem Jahresumsatz 1979 von 1,5 Mrd. Mark gehört zu den großen westdeutschen Röhrenproduzenten.

Um den zunehmenden Absatzschwierigkeiten zu begegnen, versuchen die Benteler-Kapitalisten die Krisenlasten voll auf die Belegschaft abzuwälzen.

Zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen gehört die Stillegung des Werkes Krefeld mit ca. 160 Beschäftigten. Die Stillegung des Werkes wurde von den Kapitalisten ohne vorhergehende Information des Betriebsrates zum Endes des Jahres verkündet. Aus diesem Grund wird es zunächst noch einige juristische Rangeleien zwischen Betriebsrat und Benteler geben, die jedoch an der Stillegung selbst nichts ändern werden.

Weiter gehört zu diesen Maßnahmen der „Abbau" der dritten Schicht im Rohrschweißwerk Paderborn und Kurzarbeit im Warmrohrbereich und im stahlerzeugenden Betrieben (Werke Lingen/Ems und Paderwerk). Angepeilt wird die Entlassung von 15 Prozent der Gesamtbelegschaft. Auch die sogenannten Nebenbetriebe (Reparaturbetriebe usw.) sollen „angepaßt" werden, sprich Kollegen gefeuert und die übrigen mit Mehrarbeit belastet werden. 15 Prozent, das sind rund 1 200 Arbeitsplätze, die es in Zukunft bei Benteler nicht mehr geben wird.

Das Bielefelder Stammwerk der Benteler-Gruppe mit ca. 550 Arbeitern und Angestellten wird von diesen Entlassungen voraussichtlich gegenwärtig nicht betroffen. Ursache sind andere Produktionsschwerpunkte in diesem Werk (Maschinenbau, Werkzeugbau, Rohrweiterverarbeitung). Dennoch wird auch in diesem Werk die durch die Krise verschärfte Situation deutlich.

Seit einigen Wochen werden verstärkt Verwarnungen in schriftlicher Form ausgeteilt, vor allem wegen „Alkoholmißbrauchs"; einem Kollegen wurde deshalb fristlos gekündigt.

Die gewerkschaftliche Arbeit wird in zunehmendem Maße behindert. Vertrauensleute können neuerdings keine Lehrgänge der IGM mehr besuchen, da es für diesen Zweck keinen unbezahlten Urlaub mehr gibt. Den Betriebsrat versucht man kaltzustellen, durch mangelhafte Information und durch Mißachtung betriebsverfassungsrechtlicher Vorschriften.

Die Ausplünderung der Kollegen wird verschärft. So wurde z.B. in der Mitte des Jahres von Audi übernommenen Achsfertigung, den dafür eingestellten Kollegen eine Verdienstmöglichkeit von ca. 11,50 Mark im Akkord zugesagt. Nach Aufnahme der Arbeit im Akkord ergab sich jedoch ein tatsächlicher Verdienst von ca. 7,50 Mark pro Stunde! Bereits während der vorhergehenden Arbeitszeitstudien (streng wissenschaftlich, versteht sich) war von dabei anwesenden Betriebsräten auf Unkorrektheiten hingewiesen worden. Die Betriebsleitung bestand jedoch in den folgenden Gesprächen mit dem Betriebsrat auf der Richtigkeit ihrer „wissenschaftlichen Studien".

Unter den Kollegen, insbesondere in der mechanischen Abteilung, der die Achsfertigung angeschlossen ist, rief dies Verhalten einhellige Empörung hervor. Am 17.11. legten sie um 13.00 Uhr mit dem Beginn erneuter Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat, geschlossen die Arbeit nieder. Dieser beispielhafte Akt der Solidarität von überwiegend deutschen Facharbeitern mit einem sehr kleinen Kreis ausländischer Kollegen dehnte sich unerwartet auch auf den Beginn der Spätschicht bis ca. 16.00 Uhr aus.

Trotz dieser Aktion lehnte die Betriebsleitung jedoch eine Änderung ihres Verhaltens nach wie vor ab. Rückendeckung erhielt sie dazu direkt vom Arbeitgeberverband, der bei der nächsten Verhandlung mit am Tisch saß.

Der Betriebsrat und die betroffenen Kollegen beschreiten nun zunächst den Weg über ein Verfahren vor der Einigungsstelle und den Weg der sogenannten Leistungsklage.

Damit ist die Lösung des Problems zunächst einmal verschoben. Auswirkungen der Aktion der Kollegen in der mechanischen Abteilung sind jedoch auch in den anderen Abteilungen deutlich zu spüren. Sie fand teilweise große Zustimmung und wurde als beispielhaft im Kampf gegen die Angriffe der Benteler-Kapitalisten empfunden.

Die Kollegen in der mechanischen Abteilung wurden alle schriftlich verwarnt. Zwei Kollegen aus der Achsfertigung wurde fristlos gekündigt, weil ihnen nachgewiesen werden konnte, daß sie zu Beginn des Streiks das Licht ausgeschaltet haben.

Die griechische Oligarchie mordet das Volk!

Korrespondenz aus Thessaloniki

Liebe Genossen!

Wie es euch vielleicht schon bekannt ist, ehrt unser Volk am 17. November den heroischen Aufstand vom November 1973, als sich die Studenten und das Volk gegen die faschistische Junta erhoben.

Vor einiger Zeit proklamierte die Regierung die Politik des „milden Klimas" und versuchte, unser Volk mit Worten zu beruhigen. Bei diesem Versuch wurde sie von der sozialdemokratischen und revisionistischen Opposition unterstützt, die bei der Verbreitung der Regierungspolitik mithalf und das Volk belog, die Regierung mache „positive Schritte" und versuche, die nationale Unabhängigkeit zu sichern. Dabei verkauft die einheimische Oligarchie das Land an die ausländischen Imperialisten. Die Faschisierung geht voran, neue faschistische Gesetze werden angewendet, man versucht, mit arbeiterfeindlichen Gesetzen den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu fesseln, Demokraten und Kommunisten werden verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Wegen dieser Unterdrückung und aus Anlaß des November-Aufstands von 1973 ging unser Volk auf die Straße und demonstrierte gegen die Faschisierung und die Aufhebung seiner demokratischen Rechte.

Einige Tage zuvor verbot die Regierung den zweiten Teil der Volksveranstaltung. Die sozialdemokratische und revisionistische Opposition machte einen krummen Rücken und unterwarf sich dem Verbot. Doch die außerparlamentarische Organisationen der Maoisten und Trotzkisten, aber auch einfache Demokraten lehnten dieses Verbot ab und erklärten ihre Entschlossenheit, den Marsch durchzuführen. Das Wesentliche liegt aber in der Tatsache, daß sie ihre Anhänger nicht darauf vorbereiteten, daß vielleicht die Polizei angreifen würde, und so gingen sie unorganisiert und unvorbereitet zur Demonstration. Während des Marsches, bei dem sich Anhänger der Oppositionsparteien dem außerparlamentarischen Block anschlossen, griff die Polizei an. Die Sondereinheiten der Polizei — MAT — gingen voll Haß gegen 5 000 Demonstranten vor. Der Zusammenstoß war voll Gewalt, voll Blut. Zwei Menschen kamen ums Leben, eine junge Arbeiterin und ein Student aus Zypern.

Hunderte mußten in die Krankenhäuser gebracht werden.

Und einige Stunden nach dieser Schlacht trat der Führer der Sozialdemokratie, Papandreu, vor, und erklärte, die „Gewalttaten" seien von „Anarchisten" und „Provokateuren" verursacht worden, und die Regierung müsse die Schuldigen beispielhaft bestrafen. Ebenso sprachen die Revisionisten.

Aber der Angriff des Faschismus kam nicht nur „von außen", sondern auch „von innen", von provokateurischen Elementen, die von der Polizei gesandt waren, um die Demonstration zu unterwandern. Anarchisten, die sogenannten „Autonomen", raubten Waren aus den Läden, während die Polizei das Volk schlachtete. Diese kleine Zahl von Provokateuren gab der Regierung und der Opposition den Vorwand zu ihrer Erklärung, die Demonstranten, die gegen die MAT kämpften, seien Provokateure und Anarchisten. Die Opposition wälzt die Verantwortung von sich ab und ruft die Regierung auf, die dafür Schuldigen

wer sind die Schuldigen? Keiner von denen, die raubten, kein Provokateur oder Anarchist wurde verhaftet.

Die Marxisten-Leninisten ziehen aus diesen Ereignissen die Lehren. Der Angriff der Polizei gegen die Demonstranten gibt ihnen vor allem auf tragische Weise recht. Sie hatten mehrmals erklärt, daß die Faschisierung rasch vorangeht und daß die Volksbewegung Widerstand leisten muß. Aber auch auf den zweiten Punkt hatten sie die Aufmerksamkeit gelenkt. Die Strömung der Anarchisten und „Autonomen", die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus ablehnen und ihre individuelle Revolution „hier und jetzt" machen wollen, verursachen der Volksbewegung großen Schaden.

Schließlich muß sich die Volksbewegung den Rücken frei halten. Sie muß sich organisieren und ihre Veranstaltungen und Demonstrationen schützen, sie muß immer bereit sein, den Angriff der Polizei oder des Staates zu widerstehen und ihre Reihen von Provokateuren frei halten. Diese Aufgabe werden nur die Marxisten-Leninisten richtig erfüllen.

Unsere Toten zeigen uns den Weg!

Nur die Volksbewegung kann den Faschismus zerbrechen!

Mit revolutionären Grüßen
eine Genossin aus Griechenland

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees unserer Partei referierte der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, über die Situation in der Bundesrepublik nach den Bundestagswahlen. Er analysierte die Faktoren, die zu einer Vertiefung der kapitalistischen Krise in den 80er Jahren führen werden und erläuterte die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben unserer Partei. Nachstehend veröffentlichen wir den ersten Teil der Rede des Genossen Ernst Aust. Der vollständige Text des Referats erscheint in der nächsten Ausgabe unseres Funktionärsorgans „Der Kommunist".

Nach den Wahlen

Referat des Genossen Ernst Aust zur wirtschaftlichen und politischen Lage der Bundesrepublik und den Aufgaben der Partei

Nach den Wahlen kommt das Zahlen — auch für die Beschäftigten des SPD-eigenen Druckhauses Deutz. Die SPD will den Betrieb schließen.



Ernst Aust

Genossinnen, Genossen, bevor wir auf unserem heutigen Plenum, dem ersten nach der Bundestagswahl 1980, die wirtschaftliche und politische Lage der Bundesrepublik analysieren und daraus folgernd die Aufgaben der Partei bestimmen, laßt uns noch einmal kurz die zurückliegende Wahl und ihr Ergebnis einschätzen.

Was hat sich geändert? Im Grunde genommen natürlich nichts. Denn wie wir als Marxisten-Leninisten wissen, dienen Wahlen im Kapitalismus lediglich dazu: den Unterdrückten in mehreren Jahren einmal zu gestatten, „darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll".

Dennoch dürfen wir die Bedeutung der bürgerlichen Wahlen, wie uns Lenin lehrte, auch nicht unterschätzen. Etwa nach dem Motto: was geht's uns an. Denn solange das Proletariat, die werktätigen Massen, noch nicht reif sind für ihre Selbstbefreiung, solange sie in ihrer großen Mehrzahl noch parlamentarische Illusionen hegen bzw. die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig für sie mögliche betrachten, ist es die Pflicht der Kommunisten, sich am Wahlkampf zu beteiligen, um die Massen in ihrem Sinne aufzuklären und bestehende Widersprüche im bürgerlichen Lager zu nutzen und zu verschärfen.

Das tat die Partei, als sie im Herbst vergangenen Jahres beschloß, den Wahlkampf der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, ihre „Stoppt-Strauß-Kampagne" zu unterstützen. Den Kampf gegen Strauß, diesen von den reaktionärsten Kräften des westdeutschen Finanzkapitals bevorzugten Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers. Ein Kampf, der sich auf breite Kreise der Werktätigen stützte.

Er endete, wie bekannt, mit einem Erfolg der fortschrittlicheren Kräfte unseres Volkes und einer Niederlage der Bourgeoisie, eben ihres reaktionärsten, aggressivsten und revanchistischen Teils. Schließlich hatte man den Strauß ja nicht aus Jux und Dollerei zum Bundeskanzleranwärter gekürt, hatte man versucht, ihn mit massivster Unterstützung durch Presse, Kirche, Rundfunk und Fernsehen durchzuboxen.

Die hinter ihm stehenden reaktionären Kreise des Finanzkapitals, vor allem die Rüstungsindustrie, versprachen sich von seiner Kanzlerschaft eine beschleunigte Militarisierung und Faschisierung im Leben der Bundesrepublik, Unterdrückungsmaßnahmen, die vor allem unsere Partei, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften betroffen und die Kampfbedingungen des Proletariats bestimmt verschlechtert hätten. Im übrigen, man stelle sich vor: ein Bundeskanzler Strauß in engster Kumpanei mit dem US-Präsidenten Reagan, ein dritter Weltkrieg wäre zweifellos näher gerückt.

Dieser Erfolg kam zustande ohne die Bereitschaft der SPD-Führung, ihre Mitglieder in voller Breite und Härte gegen den Strauß zu mobilisieren. Die SPD-Führung empfahl ihnen sogar ein Leisetreten, eine vornehme Zurückhaltung gegenüber diesem Erzreaktionär. Nur der Mobilisierung eines Teils der Werktätigen, vor allem der Jugend eben durch die Anti-Strauß-Kampagne, hat es die SPD, die einen Teil ihrer Wähler auch noch an die FDP abgeben mußte, zu verdanken, daß sie keine Wahlniederlage erlitt. Mancher, der es sonst nicht mehr getran hätte, wählte so zum allerallerletzten Mal die SPD.

An diesem „Erfolg" hat die VOLKSFRONT, man denke nur an ihre hunderttausend wirkungsvollen Anti-Strauß-Plakate, ihren nicht unbeträchtlichen Anteil. Nur eben, daß er sich nicht in Stimmen für die VOLKSFRONT niederschlug. Sie erhielt kaum mehr Stimmen, als auch die Partei bei entsprechendem Wahleinsatz erhalten hätte. Praktisch hat die Stoppt-Strauß-Kampagne, wenn man so will, der SPD die Hasen in die Küche getrieben. Daran konnte auch die Losung „Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen" nichts ändern.

Damit hat sich die Einschätzung der Partei über den Umfang der parlamentarischen Illusionen bei den Massen als richtig erwiesen. Eher hat man sie noch unterschätzt. Der Beweis hierfür ist das starke Stimmensplitting, der starke Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen bei der VOLKSFRONT, aber auch bei den Grünen u.a. Er zeigt, daß viele Wähler trotz Sympathie mit den Zielen der VOLKSFRONT, mit ihren Kandidaten, ihre Zweitstimme, und dort, wo es keine Direktkandidaten gab, beide Stimmen der SPD gaben. So gibt denn auch das Stimmenergebnis nicht den bereits bestehenden politischen Einfluß der VOLKSFRONT voll wieder. Er geht über das Wahlergebnis hinaus.

War auch die Wahlniederlage von Strauß ein Erfolg, so heißt das noch lange nicht, daß er und die hinter ihm stehenden Kreise damit geschlagen sind. Der Widerspruch im Lager der Bourgeoisie besteht fort. Immerhin gelang es der CDU/CSU, 44,5 Prozent der Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Darüberhinaus hat die Kanzlerkandidatur Strauß' eine politische Polarisierung bewirkt. So wie es starke antifaschistische Kräfte gab, die zu seinen Versammlungen kamen, um ihre Meinung zu sagen, gab es auch solche, bei denen nur noch fehlte, daß sie in den Jubelruf „Wir danken unserem Führer" ausbrachen. „Sportpalaststimmung" charakterisierte den Geist seiner geschlossenen Veranstaltung. Mehr und mehr nehmen seine CSU wie auch die Junge Union den Charakter faschistischer bzw. profaschistischer Massenströmungen an, deren rechtes Spektrum über engste Kontakte und Verbindungen zu terroristischen Kreisen im In- und Ausland verfügt.

Strauß und sein Programm sind nicht gestorben. Sie haben den offen auftretenden faschistischen Kräften Auftrieb verliehen. Sein Einfluß reicht über die Reihen der CDU/CSU hinaus und bewirkt auch in den anderen Parteien wie SPD und FDP eine stärkere Polarisierung, ein Wachsen der Widersprüche. Auch hier versuchen die rechten, die reaktionären Kräfte zunehmend Einfluß zu erlangen. Schneller als jemals zuvor heißt es: Nach den Wahlen kommt das Zahlen. Kaum war der Wahlkampf vorüber, riefen Wehner und Bundestagspräsident Stücklen (CSU) zur Gemeinsamkeit auf, forderten sie, einen Schlußstrich unter den Wahlkampf zu ziehen. SPD-Fraktionsvorsitzender Wehner forderte ein Zurückkehren zur sachlichen Zusammenarbeit, gegenseitige Achtung und Toleranz und sagte: „Vieles, daß uns allen gemeinsam ist", sollten „wir hüten und pflegen". Und so begab sich denn in gemeinsamer Treue zur westlichen Führungsmacht, dem USA-Imperialismus, Bundeskanzler Schmidt als erster Regierungschef zum Rapport beim künftigen US-Präsidenten Reagan.

Aktionen gegen die Sparpolitik der neuen Bundesregierung wurden in den letzten Wochen vor allem von der Jugend durchgeführt.

Blut, Schweiß und Tränen

Gemeinsam waren sich Regierung und Koalitionsparteien darin einig, angesichts der auf die westdeutsche Wirtschaft zukommenden „ungewöhnlich harten Zeiten, wachsenden Wettbewerbsdrucks und knapper werdenden Energie- und Rohstoffreserven" vom Proletariat verstärkte Opferbereitschaft zu fordern. „Ist es denn so schlimm", fragte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, „wenn man den Gürtel ein Loch enger schnallen muß?" Natürlich wolle man keine „Politik von Blut, Schweiß und Tränen", „wohl aber etwas mehr Bescheidenheit und etwas mehr Anstrengung aller".

Aller? Ein Hohn! Es sind ganz einfach die Arbeiter, die Werktätigen, die ihren Gürtel ein Loch enger schnallen sollen, während man die Reichen, die Kapitalisten sorgsam schont. In geradezu schamloser Weise werden wir zur Kasse gebeten. Was da auf uns zukommt, heißt rigoroser Lohnabbau, Verschlechterung unserer Lebenslage, heißt eben doch in der Perspektive: Blut, Schweiß und Tränen! So wurde beschlossen:

Höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Anhebung der Krankenkassenbeiträge. Ab 1. Januar 1981 zahlen Arbeiter und Angestellte mehr Beitrag für die Rentenversicherung, erhalten dafür aber im Alter laut Bonner Regierungsplänen weniger Rente. Streichung der Beihilfe für Studenten, die keinen dicken Scheck von zu Hause bekommen. Streichung der Sparförderung von 14 Prozent. Kürzung der Bausparprämien um 22 Prozent für 12 Millionen Bausparer. Verlängerung der Bausparverträge von 7 auf 10 Jahre. Da lohnt sich kein Sparen mehr. Ohne zu sparen aber können sich die Werktätigen keine größeren Anschaffungen leisten, es sei denn, sie nehmen eine höhere Verschuldung und die damit verbundenen Wucherzinsen in Kauf. Streichung der staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vor allem im sozialen Bereich. Streichung der Beihilfen, die dazu dienten, durch bessere Ausbildung der Ungelernten die Facharbeiterlücken zu schließen (die meisten, fast 60 Prozent der Arbeitslosen sind Ungelernte).

Voll schlägt auch die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer, bei Benzin um 8 Pfennig, bei Diesel (das trifft vor allem die Bauern und Fischer) um 3 Pfennig zu Buch. Zur Zeit wird ein Liter Benzin mit 57,3 Pfennig vom Staat belastet. Sollte es zu einer Umlegung der KFZ-Steuer auf den Benzinpreis kommen, kämen noch einmal 14 Pfennig hinzu. Doch auch ohne Umlegung der KFZ-Steuer wollen Bonn und die Ölmultis einträchtig den Spritpreis auf die 1,50-DM-Marke zutreiben.

Wen das vor allem trifft, ist klar. Von den 21 Millionen Autofahrern werden vor allem die betroffen, die Tag für Tag als Pendler -zig Kilometer zur Arbeit fahren müssen, werden die betroffen, für die der sonntägliche Ausflug mit der Familie eine Abwechselung, eine Erhohlung vom täglichen Streß der Woche ist. Und damit die Pendler nicht etwa umsteigen auf die Bundesbahn, soweit sie das trotz Stillegung von Tausenden Bahnkilometern überhaupt noch können, ist für sie ab Mitte Januar 1981 eine saftige Preiserhöhung von 8 Prozent vorgesehen.

Die Großen kassieren jedoch kräftig weiter. 11,2 Milliarden erhalten die Unternehmer aus dem Bonner Steuertopf für Ölbohrungen, den Bau von Flugzeugen usw. Für die Schiffahrt und Werften zahlt Bonn Subventionen von 362 Millionen Mark. Hinzu kommen noch mal 176 Millionen als Zuschuß für den Bau technisch anspruchsvoller Schiffe. Weitere Subventionen bzw. Steuervergünstigungen erhalten die Ärzte mit 2 700 Millionen, Unternehmer im sogenannten Zonenrandgebiet mit 1 175 Millionen, die Luftfahrttechnik 410 Millionen, die Kleinbetriebe für Forschung 318 Millionen, der Berlin-Verkehr 659 Millionen, die Baulöwen für den Bau neuer Wohnungen, die dann keiner bezahlen kann, 5 420 Millionen Mark.

Den größten Brocken aber schluckt zweifellos die Aufrüstung. Eine Aufrüstung, auf der die neue amerikanische Reagan-Regierung nachdrücklich besteht. Schon fordern die Amerikaner einen 10-Milliarden-Betrag zu ihren Stationierungskosten, weitere Milliarden für den Aufbau ihrer bis 1983 in Europa zu stationierenden Mittelstreckenraketen kommen hinzu. Um real drei Prozent soll der bundesdeutsche Rüstungsetat angehoben werden. Rund 90 Milliarden Mark plant Bundeskriegsminister Apel für die nächsten zwei Jahre für den Rüstungsetat und zur Modernisierung der Bundeswehr ein. 90 Milliarden Mark, eine Summe, wie sie Hitler insgesamt für die Vorbereitung des zweiten Weltkriegs ausgab.

Allein für die Ausrüstung der Bundeswehr mit dem neuen Mehrzweckkampfflugzeug Tornado ist bei einem zu kalkulierenden Endpreis von rund 100 Millionen Mark pro Stück, bei der geplanten Anzahl von 210 für die Luftwaffe und 112 für die Marine, mit einer Summe von mindestens 32 Milliarden Mark zu rechnen, die der Steuerzahler für diese, heute schon mangelhaften Maschinen aufbringen muß. Dabei müßte man doch seine Erfahrungen mit den

Fortsetzung auf Seite 10



Die Anti-Strauß-Bewegung war ein wichtiger politischer Faktor in unserem Land, der mit dazu beigetragen hat, Strauß den Weg ins Kanzleramt zu versperren.

Nach den Wahlen

Fortsetzung von Seite 9

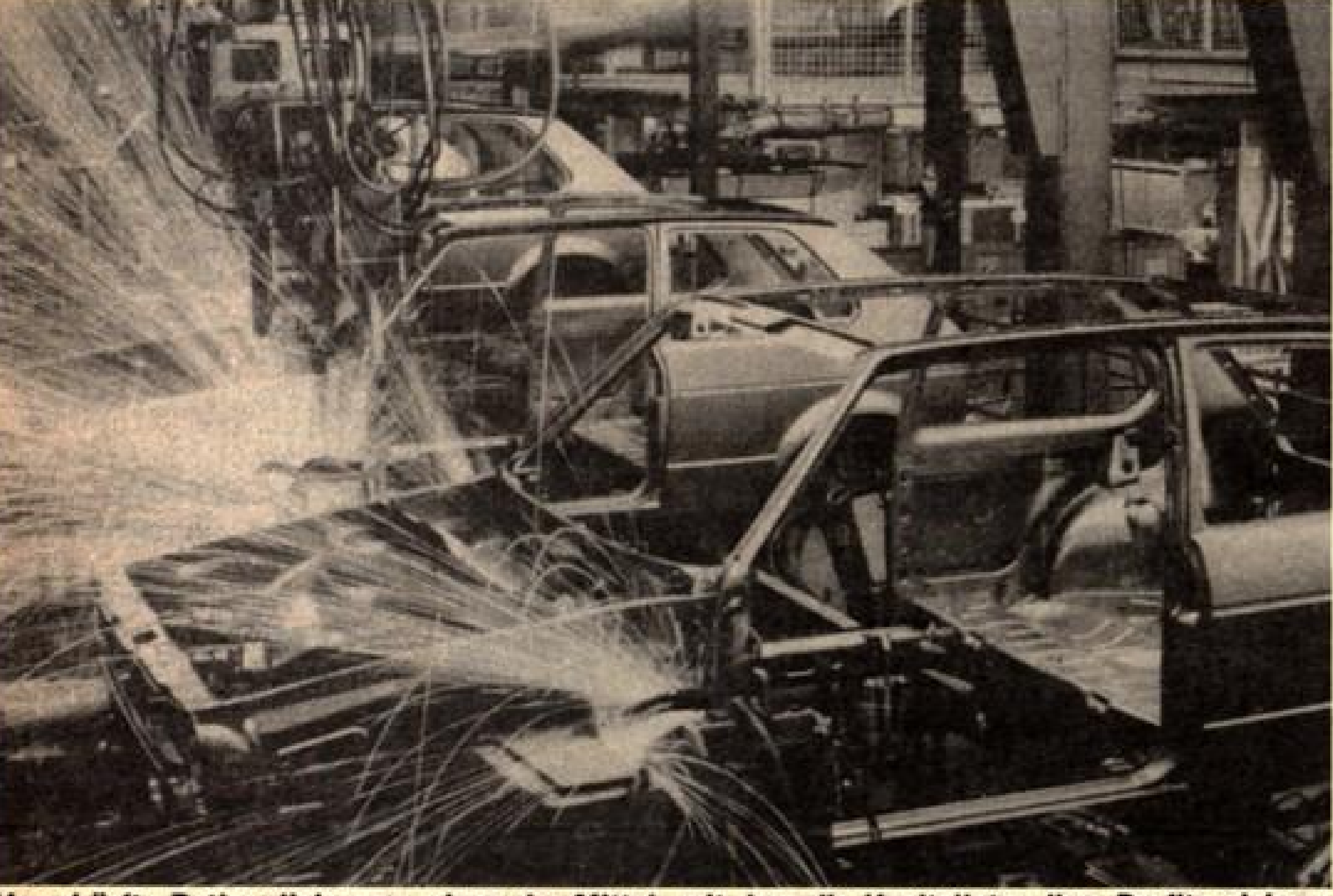
inzwischen über 200 abgestürzten Starfightern haben. Schon heute ist die Bundesrepublik die zweitstärkste Militärmacht des Westens und steht, was das Verhältnis der Militärausgaben zu den Staatsausgaben insgesamt betrifft, mit 22,3 Prozent vor den USA mit 21,5 Prozent an erster Stelle. Was hier den Werktätigen der Bundesrepublik in den kommenden Jahren zugemutet werden soll, ist die sattsam bekannte Politik:

Kanonen statt Butter

Während man die Werktätigen brutal schröpft, will Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor allem die privaten Investitionen anheizen. Die Unternehmer müßten frei bleiben von zusätzlichen Sozialkosten, und sie sollten auch nicht durch hohe Lohnsteigerungen belastet werden. Deswegen strebt der Herr Lambsdorff auch eine Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion", oder wie man sie jetzt nennt, des „Sozialen Dialogs", zwischen führenden Gewerkschaftern, Unternehmern, Bankern und der Bundesregierung an.



Massenentlassungen werden nicht kampflos hingenommen. Hier demonstrieren Dortmunder Stahlarbeiter für den Erhalt der Stahlbasis in ihrer Stadt.


Verschärfte Rationalisierung, eines der Mittel, mit dem die Kapitalisten ihre Profite sichern wollen. Unser Bild zeigt Roboter in der VW-Produktion.

Die Bundesrepublik treibt — wie wir schon auf unserem IV. Parteitag vor zwei Jahren feststellten — mit Riesenschritten auf eine tiefgehende Krise in den 80er Jahren zu. Die Staatsverschuldung in Bund, Ländern und Gemeinden wird von 26 Milliarden im Jahre 1974 auf 529 Milliarden (Planung) im Jahre 1982 steigen. Die Devisenreserven sind von 90 Milliarden Anfang dieses Jahres auf derzeit 21 Milliarden geschrumpft. Der Bundesrepublik steht eine „tiefe Rezession" bevor, mutmaßen die deutschen Sparkassen in ihrem Konjunkturbericht und auch der Bankenverband sieht schwarz in die Zukunft.

Gefördert durch Gelder aus Bonn schreitet die Rationalisierung in den Betrieben voran. In der Industrie der Bundesrepublik sank die Zahl der Beschäftigten von 1970 bis 1979 von 8,9 Millionen auf 7,6 Millionen bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität von 1970 gleich 100 auf 1979 142. Jeder siebente Arbeitsplatz wurde in dieser Zeit wegrationalisiert. Obwohl also nur 7,6 Millionen Beschäftigte in der Industrie arbeiten, stieg die Produktion um ein gutes Fünftel, pro Kopf um 42 Prozent.

Lambsdorff wie auch Gewerkschaftsboß Vetter rechnen für das kommende Jahr mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf weit über eine Million. Und das ist erst der erste bescheidene Anfang. Durch Rationalisierung, vor allem durch den Einsatz neuer Technologien wie Mikroprozessoren, Roboter, Bildschirmgeräte etc. sollen in den nächsten Jahren Millionen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Von den Investitionen der Industrieunternehmen sind derzeit allein 41 Prozent für die Rationalisierung, 25 Prozent für die Ersatzbeschaffung und nur 34 Prozent für eine Erweiterung vorgesehen und die findet sehr oft noch in sogenannten Billiglohnländern statt. Im Dienstleistungsgewerbe liegen die Prozentzahlen für die Rationalisierung noch wesentlich höher.

Allein im Geldgewerbe wird durch den Einsatz von Fernsehschirmen, Computern und Mikroprozessoren nach Berechnung der Dresdner Bank rund die Hälfte aller Bankbediensteten, weit über 100 000 in den nächsten 10 Jahren ihre Arbeit verlieren. 40 Prozent aller Arbeitsplätze im Versicherungswesen werden in den nächsten 10 Jahren wegrationalisiert und im Groß- und Einzelhandel werden insgesamt 313 000 Entlassungen erfolgen.

Schwer wird es die Autoindustrie treffen. Hier ist Japan das Land, in dem die Automatisierung am weitesten fortgeschritten ist. Im Kamige-Motorenwerk, das zum japanischen Automobilkonzern Toyota gehört, werden täglich 9 000 Motorenblöcke bis hin zur Vormontage der Zylinderköpfe ohne menschliche Handgriffe hergestellt. Mehr als 7 000 Roboter sind es, mit denen die japanische Konkurrenz die europäischen Automobilhersteler in Angst und Schrecken versetzt. In der Bundesrepublik werden derzeit nur ca. 700 dieser Industrie-Roboter eingesetzt.

Nach dem Motto „Automaten können nicht streiken" geht jetzt auch die bundesdeutsche Industrie mehr und mehr auf den neuen Rationalisierungskurs. So beschloß VW-Boß Schmücker, den Start für ein Zehnmilliarden-Programm freizugeben, mit dessen Hilfe bis zum Jahre 1983 sämtliche inländischen VW-Werke auf den von Japan bestimmten letzten Stand der Fertigungstechnik gebracht werden sollen. Und sicher werden Daimler, BMW, Ford, Opel bald folgen. Jeder neue Roboter in einem Automobilunternehmen beseitigt fünfmal soviel Arbeitsplätze wie er neue schafft. Und der konsequente Einsatz solcher Apparate würde die Beschäftigtenzahl in den Autofabriken auf ein Zehntel ihres derzeitigen Standes senken.

Doch nicht nur in der Automobilindustrie kommen Massenentlassungen auf uns zu, auch andere Branchen werden betroffen. So werden (lt. Baseler Prognos AG) im Baugewerbe der Bundesrepublik 409 000, in der Landwirtschaft 241 000, in der eisenschaffenden Industrie 68 000, im Druckereigewerbe 46 000, in Chemie und Mineralölverarbeitung 45 000 weitere Arbeitsplätze durch Rationalisierung und technischen Fortschritt verloren gehen. Ja selbst die GEW schätzt, daß bis zum Jahre 1985 über 100 000 Lehrer arbeitslos sein werden. Hinzu kommt, daß im kommenden Jahrzehnt durch die geburtenstarken Jahrgänge rund eine Million zusätzlicher Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen.

Mittelfristig ist mit einem Arbeitsplatzverlust für einen Großteil der Werktätigen, rund 9 bis 12 Millionen gleich 50 Prozent zu rechnen. Wie viele davon einen neuen Arbeitsplatz erhalten können, ist nur schwer vorauszusagen. Doch führt der Einsatz neuer Technologien im Kapitalismus nicht nur zur Massenarbeitslosigkeit, er stellt auch an die, die ihre Arbeit behielten meist völlig neue und vermehrte Anforderungen. Einerseits schaffen sie wenige neue Arbeitsplätze für hochqualifizierte Spezialisten, andererseits reduzieren sie die Arbeitsplätze der Facharbeiter. An ihre Stelle tritt ein Heer angelernter Kräfte.

So führt die Standardisierung und Formalisierung der Arbeitsvorgänge zu einer Dequalifizierung der Arbeiter und Angestellten. Die Spezialisierung der Tätigkeiten führt zum Abbau von Arbeitsinhalten und Einseitigkeit in der Belastung. Es kommen hinzu: Verstärkte Leistungskontrolle durch Maschinen, zunehmender Zeitdruck, weitere Arbeitsintensivierung, verstärkter Leistungsdruck, Zunahme von Konzentrationsschwierigkeiten, Zunahme zentralnervöser Belastungen und psychosomatischer Erkrankungen usw. usf. Schon heute ist die Lebenserwartung der Werktätigen im Durchschnitt von 71 Jahren im Jahr 1970 auf 69 Jahre im Jahr 1980 gesunken. Ein Trend, der weiter anhält. Je niedriger das Einkommen, je schlechter die Berufs- und Schulbildung desto stärker die Gefährdung der Gesundheit.

Schon heute nutzen die Unternehmer die Jugendarbeitslosigkeit, den Mangel an Lehrstellen brutal aus, indem sie mit dem Versprechen bei Eignung eine Lehrstelle zu erhalten, den Jugendlichen eine „Probearbeit", natürlich ohne Bezahlung, anbieten. Die Kinderarbeit steigt. Trotz Jugendarbeitsschutzgesetz, das ein Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher von 15 Jahren festsetzt (Ausnahme die Landwirtschaft, hier dürfen Kinder ab 13 Jahren bis zu drei Stunden täglich arbeiten) kommt es laufend zu Verstößen: Neunjährige schweißen im Akkord bis sie krank sind; mindestens 300 000 Kinder arbeiten regelmäßig. Davon 20 000 in der Gewerblichen Produktion, 30 000 in Handel und Verkehr, 10 000 im Dienstleistungsgewerbe, 70 000 im Zeitungs- und Zeitschriftenhandel, 50 000 in der Heimarbeit, 100 000 in der Landwirtschaft, 20 000 im Darbietungsgewerbe (Sport und Kultur sowie in der Kinderprostitution).

Eine wahrhaft erschütternde Bilanz für einen der angeblich reichsten Industriestaaten der westlichen Welt. Reich sind nur die Unternehmer, die Herren der Monopole und Banken. Sie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten eine goldene Nase verdient und versuchen jetzt, wo sich die Krisenanzeichen beträchtlich mehren, wie üblich alle Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen. Denn es sind ja nicht nur die Folgen der verschärften Rationalisierung, der Einführung neuer Techniken, die unsere Arbeitsplätze bedrohen, die Arbeitshetze und Ausbeutung verschärfen, dazu steht noch eine klassische Überproduktionskrise ins Haus. Wie zuletzt anläßlich der Rezession von 1967 und 1975 sind die Läger des Groß- und Einzelhandels wie auch die Produktionszentren randvoll mit Waren. Für 19 Milliarden Mark zusätzlicher Vorräte warten auf Käufer, die infolge sinkender Kaufkraft und Arbeitslosigkeit nicht mehr wie bisher kaufen können. Hinzu kommt eine rückläufige Tendenz auch bei den Exporten.

Alles in allem, wir steuern im Laufe der achtziger Jahre auf eine Krise zu, wie wir sie in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt haben. Nicht nur die relative, auch die absolute Verelendung der Arbeiterklasse wird wieder wachsen. Abwälzung der Lasten der Krise auf die Werktätigen, verstärkte Aufrüstung und Militarisierung, verstärkter Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, zunehmende Faschisierung stehen auf dem Programm des Finanzkapitals. Und es findet dabei willige Helfer in der Schmidt/Genscher-Regierung und in den Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie. Die Wiederbelebung der „Konzertierten Aktion" des arbeiterfeindlichen Dreibunds von Kapital, Staat und Gewerkschaftsspitze ist ein Anzeichen hierfür.

Schon reden die Metallunternehmer von höchstens einem Prozent Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr und Lohnabschlüssen von höchstens 2,5 Prozent. Schon versucht Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff gemeinsam mit den Unternehmerverbänden im Hinblick auf die kommenden Lohnrunden einen massiven Druck auf die Arbeiter, auf die Gewerkschaften auszuüben. Schon drohen Zeitungen wie Springers „Welt": „Deutsche leben über ihre Verhältnisse" und der „Spiegel": „Gewerkschafter werden sich nicht der Einsicht verschließen können."

Welcher Einsicht? Daß Arbeiter und Angestellte den Gürtel enger schnallen sollen, während die Kapitalisten weiter verdienen? Früh wie nie zuvor, mit einem Aufwand ohnegleichen, stiegen die Unternehmer von „Gesamtmetall" in die kommende Lohnrunde ein, vergatterten sie ihre Mitglieder auf Lohnerhöhungen von höchstens drei Prozent, die lange nicht die zu erwartenden Preissteigerungen decken. Sie drucken farbige Broschüren in Hunderttausender Auflage, um ihre Führungskräfte in der Metallindustrie u.a. mit Lohnverzichtsargumenten zu versorgen. In der „heißen Phase" der Tarifrunde will man sich mittels Informationsschriften in Millionenauflage dann auch an die Metaller wenden, um sie davon zu überzeugen, wie edel und segensreich es ist, zugunsten ihrer „Brotherren" auf eine Lohnerhöhung zu verzichten. Von einem niedrigen Abschluß im ersten regionalen Tarifvertrag 1981 bei der IG Metall verspricht man sich — wie die Erfahrung zeigt — eine Art Vorbild für die folgenden Abschlüsse in anderen Branchen.

Um es klar zu sagen: von den Gewerkschaftfsbonzen wie Döding NGG, Kluncker ÖTV, Loderer IG Metall u.a.m. ist kein konsequenter Widerstand gegen die Offensive der Kapitalisten, gegen den Angriff auf unseren Lebensstandard zu erwarten. Sie werden sich wie eh und je als die treuen Diener ihrer Herren erweisen. Und so lobte Bundeskanzler Schmidt denn auch: „Unsere Gewerkschaftskollegen sind sich darüber im klaren, daß wir kein Geld für zusätzliche Leistungen zur Verfügung haben." So steht denn für die Partei wie auch für die Genossen in der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition als wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre, den Angriffen, der Offensive der Kapitalisten, den geschlossenen Angriff, die Offensive der Arbeiterklasse entgegenzusetzen!


Kanonen statt Butter — im Rüstungshaushalt wird nicht gestrichen, sondern wieder einmal kräftig zugelegt.

Das war 1980


Bruch in der Wüste: So scheiterte das Überfallkommando der USA-Imperialisten auf den revolutionären Iran. So scheiterten die fieberhaften Versuche der USA im Iran einen Putsch zu organisieren.


Krieg am Golf: Einen Blitzkrieg hatte sich der irakische Staatspräsident Hussein ausgerechnet. Sein Angriff im Dienste des Imperialismus scheiterte ebenfalls, an der Einheit des Irans.


Volksaufstand in Südkorea: In Kwangju erhoben sich die Werktätigen und die studentische Jugend gegen die Militärdiktatur. Der Aufstand wurde mit US-Hilfe blutig niedergeschlagen, jetzt terrorisiert der Geheimdienstgeneral Chun das Land. Aber gegen Ende des Jahres gab es bereits den ersten offenen Widerstand im Kampf um das Leben Kim Dae Yungs.


Putsch auch in Bolivien: Proamerikanische Rauschgifthändler aus dem Generalstab organisierten nach dem Wahlsieg der Sozialisten den blutigen Terror, aber der Widerstand der Arbeiterbewegung geht weiter.

Seit über sieben Wochen

Hungerstreik in nordirischen Gefängnissen

Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik

BELFAST.— Seit dem 27. Oktober befinden sich sieben politische Häftlinge, Mitglieder der IRA, im H-Block des Gefängnisses von Long Kesh im Hungerstreik. Drei Frauen aus dem Gefängnis von Armagh haben sich ihnen angeschlossen. Die IRA-Mitglieder setzen damit die Gefangenenaktionen, die seit 1976 durchgeführt werden, fort. Ihr Ziel ist es dabei, jene „Reform" die die Labour-Regierung 1975 durchführte, die ihnen den Status der politischen Gefangenen nahm, rückgängig zu machen.

Kübel voll Schmutz werden gerade auch in der westdeutschen Presse über diese Aktion ausgeladen. So wurde unter anderem behauptet, die Gefangenen beschmierten ihre Wände mit Kot. Tatsache ist, daß ihnen verweigert worden war, ihre Toilettenkübel auf dem Fluhr in der vorhergesehenen Weise auszuleeren, weil sie dazu keine Gefängniskleidung tragen wollten. Die Abschaffung der Gefängniskleidung ist eine der zentralen Forderung der politischen Gefangenen in den nordirischen Gefängnissen. Weiter werden gefordert die Abschaffung des Arbeitszwangs, die Vereinigungsfreiheit im Gefängnis, die Wiederherstellung des Begnadigungsrechts und verbesserte Besuchsregelungen. Alles dies waren Rechte, wie sie die Gefangenen vor der Änderung von 1975 besaßen, die sie nun wiederfordern.

Der Hungerstreik, den die Gefangenen bereit sind, bis zur letzten Konsequenz durchzusetzen, ist ein neuer Markstein im Freiheitskampf Nordirlands gegen das britische Besatzungsregime. Diese neue Aktion hat bereits zu einer der größten Demonstrationen in Belfast seit langer Zeit geführt: rund 20000 Menschen beteiligten sich daran und unterstützten die Forderungen der Gefangenen.

Auch international findet dieser Kampf Unterstützung: mehrere große Parteien in Frankreich und Belgien unterstützen die Forderungen, in den Niederlanden wurde in den Medien relativ ausführlich berichtet.

Auch in der Bundesrepublik fanden verschiedene Veranstaltungen mit einer nordirischen Delegation statt, wobei sich in Hamburg 350 Menschen versammelten.

Die offizielle Reaktion der westdeutschen Medien und Parteien allerdings ist straff ablehnend. Dies liegt darin begründet, daß die Bundesrepublik zu den wichtigsten Helfern und Nutznießern des britischen Kolonialregimes gehört. Die ständigen Anzeigen in westdeutschen Zeitungen über das Investitionsparadies Irland und Nordirland sind davon ein Ausdruck. Die britischen Besatzungstruppen haben im westfälischen Raum eine ihrer wichtigsten Nachschubstationen: Die reaktionäre UDA hat enge Verbindungen zu westdeutschen Nazis.

Die britische Regierung, die britischen Behörden versuchen jetzt, nachdem sie zuerst rundweg alles ablehnten, durch einige kleine Zugeständnisse diese Bewegung abzuwürgen. Versprechungen für die Zukunft werden gemacht — aber alles dies reicht nicht aus, dem Kampf die öffentliche Unterstützung zu nehmen.

Die Solidarität im In- und Ausland wächst an, und sie muß auch in der Bundesrepublik gestärkt werden.

Erfüllung der berechtigten Forderungen der irischen politischen Gefangenen!

Nach der abermaligen Ausweisung zweier Bürgermeister

Israelische Besatzer in Schwierigkeiten

HEBRON.— Die erneute Ausweisung zweier arabischer Bürgermeister aus dem Westjordanland durch die israelischen Besatzungsbehörden haben in den letzten Tagen zu den größten Unruhen seit langem in dieser Gegend geführt. Am Beginn einer ganzen Welle von Protestaktionen stand ein Schulstreik.

Seit Samstag, dem 6. Dezember, schwillt die Welle von Protestaktionen immer mehr an. In mehreren Orten fanden große Demonstartionen statt, nahezu alle Schulen im gesamten Westjordanland wurden bestreikt.

Dabei kam es zu Vorfällen, die die Entschlossenheit der arabischen Bevölkerung nur weiter verstärkten. So als israelische Besatzungssoldaten das Feuer auf eine Demonstration einer Mädchenschule eröffneten und mehrere Mädchen schwer verletzten. Die Werktätigen reagierten mit spontanen Streikaktionen in der ganzen Region.

Alle Proteste richten sich gegen die rassistische und kolonialistische Siedlungspolitik der Begin-Regierung, die nach wie vor in erster Linie von den „Gush Eumunim"-Terroristen betrieben wird, unter Begins Schutz. Diese waren es auch, die die Attentate auf die palästinensischen Bürgermeister organisiert hatten.

Durch seinen brutalen, blutigen Kurs isoliert sich Begins Likudblock immer mehr. Er stößt nicht nur auf den Widerstand der Araber, sondern auch in Israel selbst wächst der Widerstand gegen dieses Vorgehen.

Immer deutlicher wird es für die Araber, daß eine friedliche Lösung des Konflikts unmöglich ist, während es den Werktätigen in Israel immer spürbarer wird, daß sie die Zeche für den zionistischen Kurs bezahlen müssen. Und auch international wird die Position der Zionisten schwächer: Bei der gegenwärtigen UNO-Debatte haben mehr Staaten als je die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf einen eigenen Staat gefordert.

Das war 1980


Revolutionärer Entscheidungskampf in El Salvador: Mit dem Mord am Erzbischof Romero zu Beginn des Jahres wurde eine neue entscheidende Phase des Freiheitskampfes eingeleitet, die oppositionellen Kräfte schlossen sich zusammen und begannen mit einer Offensive. Wie in Bolivien gehören auch in El Salvador die USA und die Bundesrepublik zu den letzten Stützen des Regimes.



Anti-NATO-Demonstrationen in ganz Westeuropa: Über eine viertel Million Menschen demonstrierten in verschiedenen Ländern im Laufe des Oktobers und Novembers gegen NATO und Atomrüstung. Ein Höhepunkt des Kampfes für den Frieden, der im letzten Jahr erstarkte.



Massendemonstration gegen den Faschismus in Paris: Hunderttausende protestierten gegen die Mordwelle der Faschisten in Europa, die in der Bundesrepublik und in Frankreich ihre schaurigen Höhepunkte hatte. In Frankreich organisierten die Gewerkschaften diese Massenaktionen.


Streik in Polen — die Arbeiter lösten sich aus der Zwangsjacke der revisionistischen staatlichen Gewerkschaften und erreichten zahlreiche Verbesserungen für Lebenslage und Arbeit. Die Organisierung der von der revisionistischen Partei unabhängigen Gewerkschaft Solidarität war ein wichtiger Erfolg im demokratischen Kampf, der von den Arbeitern gegen alle Übernahmeversuche verteidigt werden muß.

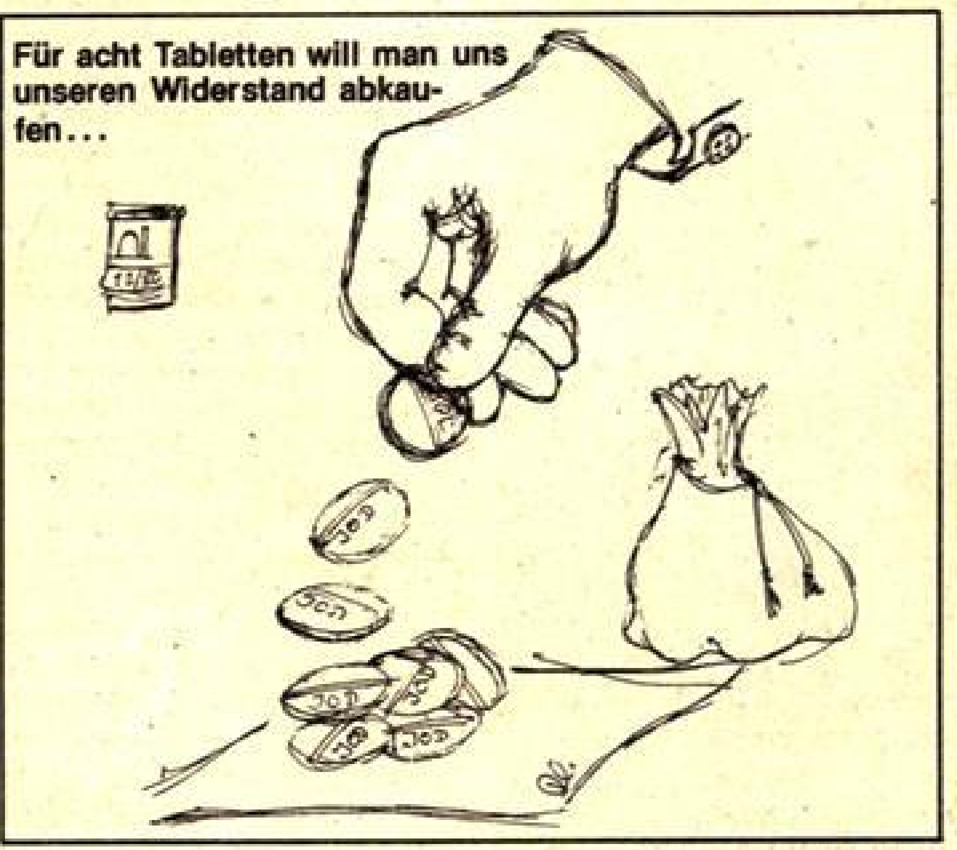


Hesse müßte man sein...

Da sage noch einer, bei uns würde nicht alles zum Schutz vor Unfällen in AKWs getan. Mal ganz davon abgesehen, daß solche Unfälle natürlich gar nicht passieren; aber hier offenbart sich ja gerade der unübertroffene Edelmut der Politiker...

Richtungweisende Maßnahmen hat das hessische Innenministerium ergriffen. An alle (!) — alle Bürger, die im Umkreis von zehn Kilometern um eins dieser sicheren Stationen sauberer Energie wohnen — werden jetzt je 8 (in Worten: acht) Jodtabletten verteilt. Das ist eine „Vorsorgemaßnahme für den Fall einer Störung in kerntechnischen Anlagen", so der FDP-Staatssekretär Otto Dockhorn. Es habe sich nämlich als „problematisch" erwiesen, die Medikamente erst im Bedarfsfall zu verteilen.

Moment mal! „Als problematisch **erwiesen**" — wo doch nie was passiert... Sicherlich sind hier ministerielle Denkspiele gemeint. Wirtschaftsminister Lambsdorff jedenfalls forderte inzwischen nachdrücklich die Serienfertigung von AKWs nach französischem Vorbild für das gesamte Bundesgebiet. Aber sicherlich werden sich die anderen Ministerien der weisen Maßnahme aus Hessen anschließen, so daß wir ganz beruhigt sein können.


Für acht Tabletten will man uns unseren Widerstand abkaufen...



Samstag, 20. Dezember, 23.15 Uhr, ZDF
Der dritte Mann. Carol Reeds Film aus dem Jahre 1949 über einen skrupellosen Penicillin-Schieber, besticht vor allem durch die dichte atmosphärische Gestaltung der unmittelbaren Nachkriegszeit in Wien.
Mit Orson Welles und Joseph Cotten.

•

Montag, 22. Dezember, 23.00 Uhr, ARD
Nordlicht in Dakota. John Hanson und Rob Nilsson zeigen in ihrem Spielfilm den amerikanischen Westen ohne die sonst übliche Legendenbildung. Es geht um den Kampf der kleinen Farmer in Nord-Dakota gegen Konzerne und Banken im Jahre 1915.

•

Dienstag, 23. Dezember, 22.00 Uhr, ZDF
Ein neues Leben blüht aus den Ruinen. Bericht von Robert Hartmann und Michael Lentz über das Ruhrgebiet im Film

•

Mittwoch, 24. Dezember, 13.25 Uhr, ARD
Weihnachtsoratorium. Das Weihnachtsprogramm beider Anstalten ist wie jedes Jahr von schwerverdaulichem Schmalz geprägt. Eine wirkliche Alternative zu Heino, Karel Gott und süßlichen Hollywood-Filmchen bieten immerhin einige musikalische Meisterwerke. Darunter auch das Weihnachtsoratorium von Bach mit den Regensburger Domspatzen und dem Collegium St. Emmeran. (Leider ist das Oratorium auf sechs Sendetermine verteilt, die nächsten sind: 25.12., 10.55 Uhr und 26.12., 14.00 Uhr.)

•

Donnerstag, 25. Dezember, 12.15 Uhr, ARD
Der Nußknacker. Das Ballett von Peter Tschaikowsky wird in einer Aufführung des Moskauer Bolschoi-Theaters gezeigt.

•

Donnerstag, 25. Dezember, 17.35 Uhr, ZDF
Die Reise im Ballon. Spielfilm von Albert Lamorisse über eine Ballonfahrt durch Frankreich. Sehenswert vor allem wegen seiner schönen Landschaftsaufnahmen.

•

Donnerstag, 25. Dezember, 18.45 Uhr, Südwest III
Don Giovanni. Oper von W.A. Mozart. In einer Aufführung des Königlichen Theaters Drottningholm, Stockholm

Nach subventionierter Kalbfleisch-Einlagerung:

Östrogen-Mißbrauch steigt weiter an

DORTMUND.— Der Mißbrauch von Östrogen in der Kälbermast hat bundesweit wieder zugenommen. Das ergaben die im November entnommenen Stichproben: in 506 Fleischproben von 12.171 wurden entsprechende Rückstände entdeckt — also über vier Prozent positive Befunde.

Einen Anteil von 4,5 Prozent hatten die östrogenhaltigen Proben auch in Nordrhein-Westfalen. NRW-Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer äußerte den Verdacht, daß die verstärkte Verwendung des krebserregenden Stoffes auf die von der EG mit Zustimmung von Landwirtschaftsminister Ertl beschlossene Einlagerung des Kalbfleisches, das auf dem Markt nicht abzusetzen ist, zurückgeht. Vor diesem geradezu kriminellen Akt auf Kosten der Steuerzahler waren die Östrogen-Funde erheblich zurückgegangen.

Eine Erweiterung des Arzneimittelgesetzes forderte der Berliner Professor Arpad Somogyi vor der Arbeitsgruppe privater Schlachthöfe und Fleischmärkte in Hannover. Somogyi ist Leiter der Abteilung Arzneimittel, Tierernährung und Rückstandsforschung des Bundesgesundheitsamtes. Um für ein Arzneimittel die Zulassung zu erlangen, muß nach seinen Worten die Vorlage von ausreichenden Nachweisverfahren zwingend vorgeschrieben werden.

Der Wissenschaftler unterstrich die Warnung vor der Verwendung der sogenannten Beta-Blocker, die die Erregung von Schlachtschweinen herabsetzen soll. Wird nach Verabreichung der Medikamente nicht eine drei Tage dauernde Wartezeit bis zur Schlachtung eingehalten, so sind vor allem Asthmatiker und Menschen mit Herzschwäche „akut gefährdet".

Inzwischen häufen sich die Giftfunde auch in anderen Lebensmitteln. In tiefgefrorenen Kaninchenteilen wurden in NRW erhebliche Mengen des Pflanzenschutzmittels HCH gefunden — und das in 22 Fällen bei 24 Stichproben! Die Ware soll zum größten Teil aus China kommen.

Aus Hamburg kommt die Meldung, daß der Genuß von in der Elbe gefangenen Brassen stark gesundheitsschädlich ist — sie enthalten in hoher Konzentration Quecksilber und andere Schwermetalle. Zur Verseuchung der Elbe tragen Fabriken aus Westdeutschland und aus der DDR bei.

Es mehren sich auch die Nachrichten von Verseuchung des Grundwassers durch Firmen wie Buderus in Wetzlar/Hessen, deren riesige Cyanid-Schlammhalden ins Grundwasser gewaschen werden.

Alle diese Beispiele machen deutlich, daß die Ursache der Gesundheitsgefährdung die kapitalistische Profitsucht ist, die von unseren Politikern gegen entsprechende Schmiergelder in jedem Fall geschützt wird.

HBV enthüllt:

Verfassungsschutz speichert Daten über Betriebsräte

Das Bundesamt für Verfassungsschutz speichert persönliche Daten von Betriebsräten! Darüber informierte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in ihrer Mitgliederzeitschrift „Ausblick".

Geschildert wird ein Fall aus dem Betriebsrat der Hauptverwaltung von Rank Xerox. Die Daten eines Betriebsrates gelangten in die Verfassungsschutz-Computer, weil er im Juni 1977 „einen Kindertransport in die DDR" begleitet hatte. Herausgekommen war das allerdings auch nur durch einen Zufall. Der Betriebsrat von Rank Xerox hatte beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz angefragt, ob Daten von Betriebsratsmitgliedern vom Verfassungsschutz gesammelt würden. Er erhielt eine ausweichende Antwort; das Verfassungsschutz-Bundesamt mache aus „grundsätzlichen Erwägungen" von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Durch ein Versehen der Behörde, erhielt der Betriebsrat mit dieser Antwort auch den Entwurf eines internen Schreibens an den Verfassungsschutz, in dem der Datenschutzbeauftragte eine Speicherung der genannten Daten „möglichst nur auf Zeit" anregte.

Ein HBV-Sprecher bezeichnete diese Überprüfungspraxis als unerträglich und forderte erneut, die systematische Überwachung von Betriebs- und Personalräten zu beenden.

Eine derartige Praxis ist in der Tat ein Skandal. Sie entlarvt eindeutig die Behauptung, die Tätigkeit des Verfassungsschutzes diene der „Sicherung der Demokratie", wie sie gerade in diesem Jahr anläßlich seines 25jährigen Bestehens von Politikern und beschämenderweise auch von ÖTV-Gewerkschaftsfunktionären erhoben wurden, als Lüge. Der Verfassungsschutz ist ein Geheimdienst gegen die Werktätigen und alle Demokraten. Er spielt wie das BKA, der MAD usw. seine Rolle bei der „Krisenplanung" des kapitalistischen Staates gegenüber dem wachsenden Unmut der werktätigen Bevölkerung gegen ihre sich gerade heute verschärfende Ausplünderung.

Polizei wertet Leserbriefe aus

„1984"

„Der totale Überwachungsstaat, wie im Roman von George Orwell ‚1984' geschildert, nimmt konkrete Formen an." Das schreibt der UZ-Leser G. Gleising in einem Brief an die DKP-Zeitung. Und er hat allen Anlaß zu dieser Behauptung.

Der Bochumer Polizeipräsident leitete unter der Anzeigen-Nummer 2384/80 ein Verfahren gegen ihn ein, bei dem es nach Angaben der Polizei um einen in der WAZ veröffentlichten Leserbrief geht, in dem Gleising die milde Behandlung der Neonazis in Bochum beklagt und die Frage stellt, ob die Justiz auf dem rechten Auge blind sei.

Wörtlich schrieb er: „Unter den Augen der Kriminalpolizei können NPD-Mitglieder Hetzschriften im Gerichtsflur auslegen, in denen es wörtlich heißt: ‚Jeder, der heute noch die Lügen über die Gaskammern und die sechs Millionen verbreitet, müßte sofort wegen Volksverhetzung angezeigt werden.'"

Statt also die Faschisten zu verfolgen, dehnt die Polizei die Bespitzelung der Bundesbürger nun schon so weit aus, daß sie die Leserbriefspalten in Zeitungen nach mißliebigen Äußerungen durchforstet! „Es ist dringend nötig, diesen antidemokratischen Maßnahmen entgegenzutreten", meint G. Gleising. Das muß man voll unterstützen.

„Überdurchschnittlich"

Hiermit erkläre ich, daß ich mit den überdurchschnittlichen Sozialleistungen zufrieden bin und weder einen Betriebsrat noch eine gewerkschaftliche Organisation im Betrieb wünsche.

Diesen Revers sollen die 43 Arbeiter und Angestellten des LH-Dentallabors in Lüdinghausen nach dem Willen der Geschäftsleitung unterschreiben, die damit die Einrichtung einer betrieblichen Interessenvertretung verhindern will!

Türkische Junta schnüffelt in deutschen Betrieben

HANNOVER.— Nach den Namen türkischer Betriebsräte und Dolmetscher sowie nach Wohnheimen mit türkischen Arbeitern erkundigte sich in einer Umfrage bei Unternehmen der Arbeits- und Sozialattaché des türkischen Generalkonsulats in Hannover. Dieser Versuch, die durch die faschistische Militärjunta in der Türkei vollzogene Beseitigung gewerkschaftlicher Grundrechte auf die Bundesrepublik zu übertragen, muß scharf zurückgewiesen werden! Auch der DGB-Kreisvorstand hat unterstrichen, daß er hinter den angegebenen „statistischen Zwecken" dieser Umfrage die Bemühungen vermutet, mit Hilfe der aus ihr gewonnenen Daten das demokratische und gewerkschaftliche Engagement der türkischen Kollegen zu unterdrücken.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 34, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Das Paket des lieben Gottes



Erzählung von Bertolt Brecht

Nehmt eure Stühle und eure Teegläser mit hier hinten an den Ofen und vergeßt den Rum nicht. Es ist gut, es warm zu haben, wenn man von der Kälte erzählt.

Manche Leute, vor allem eine gewisse Sorte Männer, die etwas gegen Sentimentalität hat, haben eine starke Aversion gegen Weihnachten. Aber zumindest *ein* Weihnachten in meinem Leben ist bei mir wirklich in bester Erinnerung. Das war der Weihnachtsabend 1908 in Chicago. Ich war Anfang November nach Chicago gekommen, und man sagte mir sofort, als ich mich nach der allgemeinen Lage erkundigte, es würde der härteste Winder werden, den diese ohnehin genügend unangenehme Stadt zustande bringen könnte. Als ich fragte, wie es mit den Chancen für einen Kesselschmied stünde, sagte man mir, Kesselschmiede hätten keine Chancen, und als ich eine halbwegs mögliche Schlafstelle suchte, war alles zu teuer für mich. Und das erfuhren in diesem Winter 1908 viele in Chicago, aus allen Berufen.

Und der Wind wehte scheußlich vom Michigansee herüber durch den ganzen Dezember, und gegen Ende des Monats schlossen auch noch eine Reihe großer Fleischpackereien ihren Betrieb und warfen eine ganze Flut von Arbeitslosen auf die kalten Straßen.

Wir trabten die ganzen Tage durch sämtliche Stadtviertel und suchten verzweifelt nach etwas Arbeit und waren froh, wenn wir am Abend in einem winzigen, mit erschöpften Leuten angefüllten Lokale im Schlachthofviertel unterkommen konnten. Dort hatten wir es wenigstens warm und konnten ruhig sitzen. Und wir saßen, solange es irgend ging mit *einem* Glas Whisky, und wir sparten alles den Tag über auf für dieses eine Glas Whisky, in das noch Wärme, Lärm und Kameraden mit einbegriffen waren, all das, was es an Hoffnung für uns noch gab.

Dort saßen wir auch am Weihnachtsabend dieses Jahres, und das Lokal war noch überfüllter als gewöhnlich und der Whisky noch wäßriger und das Publikum noch verzweifelter. Es ist einleuchtend, daß weder das Publikum noch der Wirt in Feststimmung geraten, wenn das ganze Problem der Gäste darin besteht, mit einem Glas eine ganze Nacht auszureichen, und das ganze Problem des Wirtes, diejenigen hinauszubringen, die leere Gläser vor sich stehen hatten.

Aber gegen zehn Uhr kamen zwei, drei Burschen herein, die, der Teufel mochte wissen woher, ein paar Dollars in der Tasche hatten, und die luden, weil es doch eben Weihnachten war und Sentimentalität in der Luft lag, das ganze Publikum ein, ein paar Extragläser zu leeren. Fünf Minuten darauf war das ganze Lokal nicht wiederzuerkennen. Alle holten sich frischen Whisky (und paßten nun ungeheur genau darauf auf, daß ganz korrekt eingeschenkt wurde), die Tische wurden zusammengerückt, und ein verfroren aussehendes Mädchen wurde gebeten, einen Cakewalk zu tanzen, wobei sämtliche Festteilnehmer mit den Händen den Takt klatschten. Aber was soll ich sagen, der Teufel mochte seine schwarze Hand im Spiel haben, es kam keine rechte Stimmung auf.

Ja, geradezu von Anfang an nahm die Veranstaltung einen direkt bösartigen Charakter an. Ich denke, es war der Zwang, sich beschenken lassen zu müssen, der alle so aufreizte. Die Spender dieser Weihnachtsstimmung wurden nicht mit freundlichen Augen betrachtet. Schon nach den ersten Gläsern des gestifteten Whiskys wurde der Plan gefaßt, eine regelrechte Weihnachtsbescherung, sozusagen ein Unternehmen größeren Stils, vorzunehmen.

Da ein Überfluß an Geschenkartikeln nicht vorhanden war, wollte man sich weniger an direkt wertvolle und mehr an solche Geschenke halten, die für die zu Beschenkenden passend waren und vielleicht sogar einen tieferen Sinn hatten.

So schenkten wir dem Wirt einen Kübel mit schmutzigem Schneewasser von draußen, wo es davon gerade genug gab, *damit er mit seinem alten Whisky noch ins neue Jahr hinein ausreichte.* Dem Kellner schenkten wir eine alte, erbrochene Konservenbüchse, *damit er wenigstens ein anständiges Servicestück hätte*, und einem zum Lokal gehörenden Mädchen ein schartiges Taschenmesser, *damit sie wenigstens die Schicht Puder vom vergangenen Jahr abkratzen könnte.*

Alle diese Geschenke wurden von den Anwesenden, vielleicht nur die Beschenkten ausgenommen, mit herausforderndem Beifall bedacht. Und dann kam der Hauptspaß.

Es war nämlich unter uns ein Mann, der mußte einen schwachen Punkt haben. Er saß jeden Abend da, und Leute, die sich auf dergleichen verstanden, glaubten mit Sicherheit behaupten zu können, daß er, so gleichgültig er sich auch geben mochte, eine gewisse, unüberwindliche Scheu vor allem, was mit der Polizei zusammenhing, haben mußte. Aber jeder Mensch konnte sehen, daß er in keiner guten Haut steckte.

Für diesen Mann dachten wir uns etwas ganz Besonderes aus. Aus einem alten Adreßbuch rissen wir mit Erlaubnis des Wirtes drei Seiten aus, auf denen lauter Polizeiwachen standen, schlugen sie sorgfältig in eine Zeitung und überreichten das Paket unserm Mann.

Es trat eine große Stille ein, als wir es überreichten. Der Mann nahm das Paket zögernd in die Hand und sah uns mit einem etwas kalkigen Lächeln von unten herauf an. Ich merkte, wie er mit den Fingern das Paket anfühlte, um schon vor dem Öffnen festzustellen, was darin sein könnte. Aber dann machte er es rasch auf.

Und nun geschah etwas sehr Merkwürdiges. Der Mann nestelte eben an der Schnur, mit der das »Geschenk« verschnürt war, als sein Blick, scheinbar abwesend, auf das Zeitungsblatt fiel, in das die interessanten Adreßbuchblätter geschlagen waren. Aber da war sein Blick schon nicht mehr abwesend. Sein ganzer dünner Körper (er war sehr lang) krümmte sich sozusagen um das Zeitungsblatt zusammen, er bückte sein Gesicht tief darauf herunter und las. Niemals, weder vor- noch nachher, habe ich je einen Menschen so lesen sehen. Er verschlang das, was er las, einfach. Und dann schaute er auf. Und wieder habe ich niemals, weder vor- noch nachher, einen so strahlend schauen sehen wie diesen Mann.

»Da lese ich eben in der Zeitung«, sagte er mit einer verrosteten, mühsam ruhigen Stimme, die in lächerlichem Gegensatz zu seinem strahlenden Gesicht stand, »daß die ganze Sache einfach schon lang aufgeklärt ist. Jedermann in Ohio weiß, daß ich mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun hatte.« Und dann lachte er.

Und wir alle, die erstaunt dabeistanden und etwas ganz anderes erwartet hatten und fast nur begriffen, daß der Mann unter irgendeiner Beschuldigung gestanden und inzwischen, wie er eben aus diesem Zeitungsblatt erfahren hatte, rehabilitiert worden war, fingen plötzlich an, aus vollem Halse und fast aus dem Herzen mitzulachen, und dadurch kam ein großer Schwung in unsere Veranstaltung, die gewisse Bitterkeit war überhaupt vergessen, und es wurde ein ausgezeichnetes Weihnachten, das bis zum Morgen dauerte und alle befriedigte.

Und bei dieser allgemeinen Befriedigung spielte es natürlich gar keine Rolle mehr, daß dieses Zeitungsblatt nicht wir ausgesucht hatten, sondern Gott.



Graphik von George Grosz



Des deutschen Volkes Weihnachtsbaum

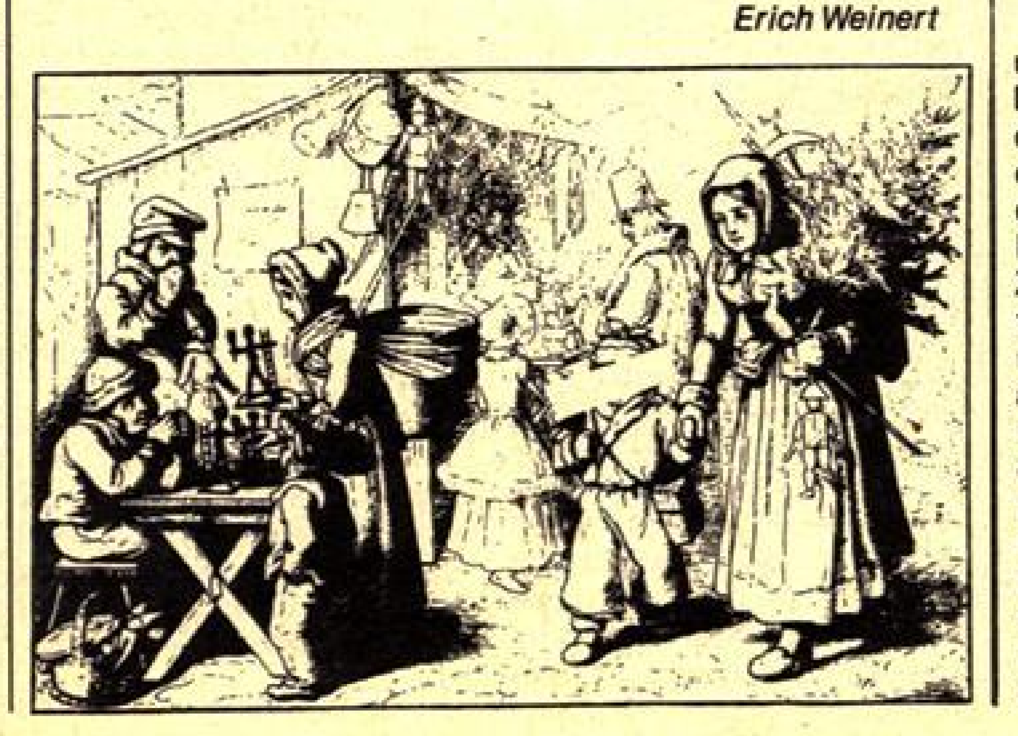
Wenn die glocken wieder Eintracht bammeln,
Sieht man den Regierungsweihnachtsmann
Seine Lieben um sich her versammeln:
Und die heben sanft zu singen an:
„Wer hat dich, du schöner Baum,
Aufgebaut so hoch da droben?"
Ein Choral braust durch den Raum:
„Laßt uns die Regierung loben!"

Und nun drängeln sich die Vaterländer,
Vorneweg die Herrn von Schlot und Halm,
Fürsten, Pensionäre, Dividendler;
Und sie singen einen Dankespsalm:
„Heil dem deutschen Weihnachtsmanne,
Der an seine Lieben denkt!
Jedem hat er an die Tanne
Ein Geschenk nach Wunsch gehängt!"

Aber draußen, vor den hellen Fenstern,
Steht das Volk, das nicht hineingehört,
Weil es sonst den respektablen Wänstern
Die intime Weihnachtsstimmung stört.
Und die reich Bescherten denken:
„Wozu glotzt der Menschenschwarm?
Auch dem Volk noch was zu schenken,
Dazu sind wir doch zu arm!"

Doch das Volk bestaunt die guten Gaben,
Denkt: „Was die da an die Zweige tun,
Ist ja, was sie *uns* gestohlen haben!
Und damit bescheren sie sich nun!
Kurze Zeit, ihr Speckgesichter,
Und es rüttelt am Portal!
Unser Sturm verlöscht die Lichter,
Und wir stehn bei euch im Saal!"

Erich Weinert



Das Elsaß ist als Ursprungsgegend des heutigen Weihnachtsbaums anzusehen. Schon in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts berichtet der Chronist Balthasar Beck aus Schlettstadt im Elsaß, daß in seiner Heimatstadt am Christtagabend Tannenbüsche oder -bäume aufgerichtet und mit leichtem Backwerk (ostien) und Äpfeln (öpfflin) verziert wurden. Die zweitälteste, ausführliche Schilderung von geschmückten Bäumen findet sich wieder im Elsaß. Sie ist von einem Unbekannten in einer Art Reisetagebuch aus dem Jahr 1605 aufgezeichnet worden: »Auff Weihenachten richtt man Dannenbäume zu Strassburg in der Stubben auf, daran henckett man rossen aus vielfarbigem Papier geschnitten, Äpfel, Oblaten, Zischgold, Zucker. Man pflegt darum einen viereckigen Rahmen zu machen...«



Ein berühmter Theologe und Prediger, Johann Konrad Dannhauer aus Straßburg, der sich in den 40er Jahren des 17. Jahrhunderts gegen diese neue »Unsitte« wandte, lieferte ein weiteres frühes Zeugnis für den geschmückten, aber kerzenlosen Weihnachtsbaum im Elsaß: »Unter anderen Lappalien, damit man die alte Weihnachtszeit oft mehr als mit Gottes Wort begeht, ist auch der Weihnacht- oder Tannenbaum, den man zuhause aufrichtet, denselben mit Puppen und Zukker behängt und ihn hiernach schüttelt und abblümen läßt.«

Verschneiter Weg

Es ist ein Schnee gefallen
Und ist es doch nit Zeit,
Man wirft mich mit den Ballen,
Der Weg ist mir verschneit.

Mein Haus hat keinen Giebel,
Es ist mir worden alt,
Zerbrochen sind die Riegel,
Mein Stüblein ist mir kalt.

Ach Lieb, laß dich's erbarmen
Daß ich so elend bin,
Und schleuß mich in dein Arme!
So fährt der Winter hin.

(Nach einer Handschrift von 1467)

Bratapfel-Rezept

Zutaten: 6 säuerliche schöne große Äpfel, 12 Stück Würfelzucker, 1 Teelöffel Butter oder Margarine, 2 Eßlöffel Rosinen, 2 Eßlöffel Rum, 2 Eßlöffel Preiselbeeren, 2 Eßlöffel Mandelsplitter oder gehackte Walnüsse, 1 Päckchen Vanillesoßenpulver.

Zubereitung: Zuerst den Backofen auf 250 Grad C (Gas 6-7) vorheizen, dann Äpfel waschen und trocken reiben, mit Ausstechmesser das Kerngehäuse ausstechen, so daß ein großes Loch entsteht. Butter oder Margarine auf dem Backblech verstreichen, Äpfel daraufsetzen und folgendermaßen füllen: In jeden Apfel kommt erst ein Stück Zucker, danach Mandelblättchen oder Nüsse, Preiselbeeren und Rosinen. Darüber wird der Rum geschüttet, und zuoberst wird noch ein Zuckerstück aufgesetzt; oben festdrücken. Nun schiebt man das Backblech auf die zweite Leiste von oben und läßt die Äpfel ungefähr 30 Minuten braten. Inzwischen läßt sich die Vanillesoße nach Vorschrift zubereiten. Bratäpfel schmecken im Dezember am besten.

Punsch, Grog & Glühwein

Hier einige Rezepte für heiße Sachen — das Richtige an kalten Winterabenden. Für einen zünftigen **Punsch** braucht man:

500 Gramm Zucker
1/4 Liter Wasser
2 Flaschen guten Rotwein
1/2 Liter Arrak

Zucker und Wasser werden zusammen so lange gekocht, bis sich der Zucker völlig aufgelöst hat. Dann den Rotwein dazugeben, alles heiße werden lassen, aber nicht kochen. Vom Feuer nehmen und den Arak dazugießen.



Glühwein kann man aus rotem oder weißem Wein machen. Man nehme pro Person:

3 bis 4 Zuckerwürfel
1 Streifen Zitronenschale
2 bis 3 Gewürznelken
1 bis 2 Stückchen Zimtrinde
1/4 Liter Wein

Alles zusammen erhitzen, aber keinesfalls kochen. Kurz vor dem Aufkochen (man erkennt den Zeitpunkt daran, daß der weiße Schaum verschwindet) vom Feuer nehmen. Durch ein Sieb in vorher angewärmte Gläser, in denen ein Silberlöffel steht, gießen.

Der **Grog** wird aus drei Bestandteilen gemacht. Und dafür gibt es kein anderes Rezept als die alte Seemannsregel: „Wasser kann, Zucker soll, Rum muß sein."

Himmlische Weihe

Als der liebe Gott den Kaufmann geschaffen hatte, fragte er ihn nach seinen Wünschen. „Ich wünsche mir", war die Antwort, „ein schönes Geschäft, in dem ich schöne Geschäfte machen kann, und jedes Jahr ein Fest, an dem ich besonders gute Geschäfte machen kann."

Da schuf Gott das Weihnachtsfest.

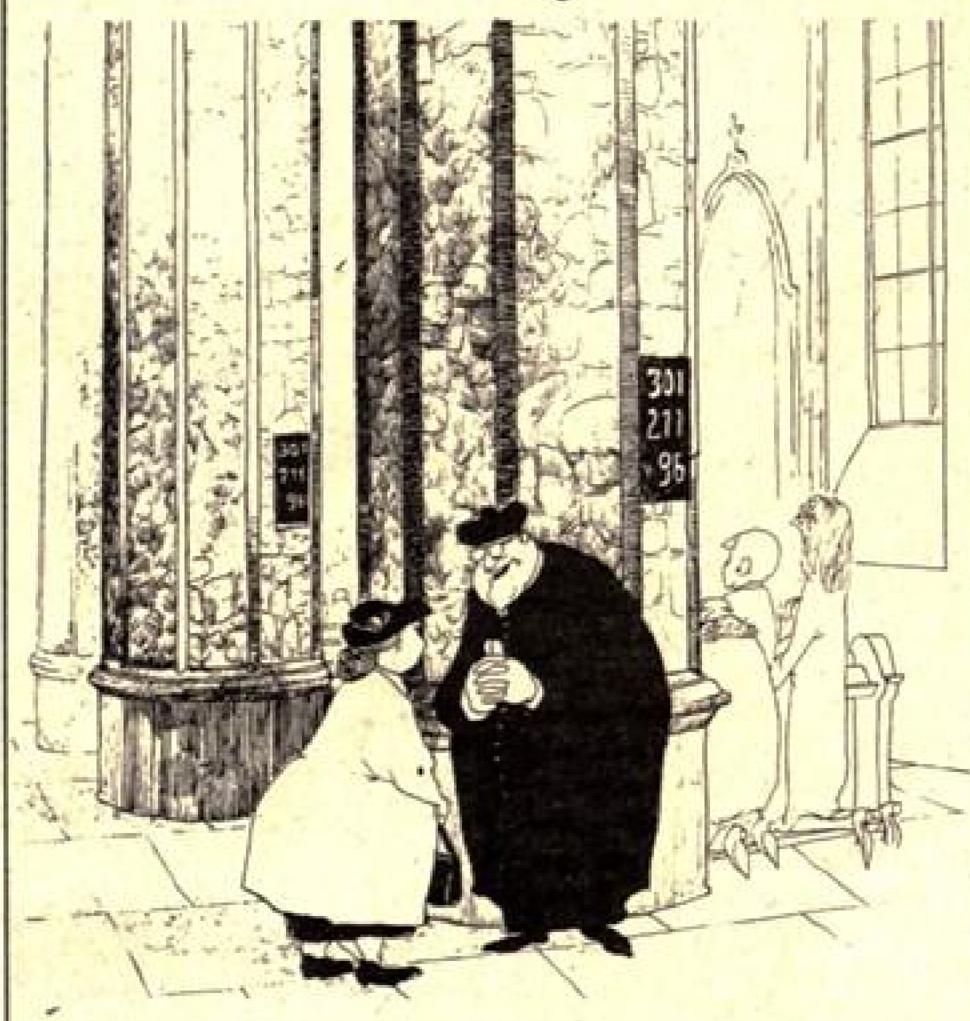
Da bat ihn der Kaufmann, das Geschäft einzuweihen. Und Gott wandelte durch den Laden und freute sich über die vielen Angebote und Sonderangebote. Schließlich nahm er sich ein Marzipanschwein und aß es. „Sehr gut", lobte er, „noch einen Wunsch?"

„2,35 DM!" sagte der Kaufmann.

Zahltag

„Der Glaube hat sich nicht ausgezahlt", jammerte der brasilianische Farmer Antonio, dem sein Gläubiger eben zur Deckung seiner Schulden seinen Acker abgenommen hatte.

„Oh, doch, der Glaube hat sich ausgezahlt", widersprach ihm Bischof Cruzeiro. Er war der Gläubiger.



„... aber nein, Sie brauchen Ihre Sparmaßnahmen nicht auf den Opferstock auszudehnen!"

Die Uhr von Loewe

Gestatte mir, Ihnen die Ballade »Die Uhr von Loewe« vorzutragen mit Zitherbegleitung. Ich begleite mich selbst. Gott sei Dank kann ich mich selbst begleiten. Neulich hab ich mich selbst nach Hause begleitet, das hat furchtbar dumm ausgschaut, wie ich so allein neben mir gegangen bin. — Die Uhr von Loewe — aber die Hauptsache ist eben, daß man sich selbst begleiten kann, da bin ich meinem Vater noch dankbar, daß er mich so streng musikalisch erzogen hat. Ich hab als Kind zu Haus nur mit der Stimmgabel essen dürfen, gschlagen hat mich mein Vater nach Noten. — 's Schönste war, wie mir mei Vater 's Zitherspielen lernen hat lassen, da hat er mir eine ganz alte Zither gekauft, bei einem Tändler um zwei Mark, auf dieser Zither war keine einzige Saiten mehr drauf, also nicht amal a einzige, aber mei Vater hat gsagt, zum Lernen tut's die auch. — Die Uhr von Loewe. Ich schicke voraus, daß der Loewe kein Uhrmacher war, sondern Komponist. Die Uhr von Loewe. Sehn Sie, weil wir grad von einer Uhr reden, mein Urgroßvater, der lebt nämlich noch, und dem habn 's vor vierzehn Tag d' Uhr gstohln, und durch den Diebstahl is er jetzt wieder jünger geworden, denn jetzt is er wieder Großvater. — Die Uhr von Loewe. Ich hab auch amal was Dummes erlebt mit einer Uhr. Da hab ich mir bei einem Uhrmacher eine Taschenuhr gekauft, mit dieser Uhr bin ich drei Wochen rumgelaufen und hab mir nichts gedacht, wieviel Uhr daß is, weil kein Zifferblatt dran war und keine Zeiger, koane Zeiger, kein Zoager net, und das ist doch die Hauptsach von einer Uhr. Aus lauter Wut, weil ich mich mit dieser Uhr nicht ausgekannt hab, hab ich die Taschenuhr an d' Wand hingschmissen, hab ich mir gedacht, vielleicht wird dann wenigstens eine Wanduhr draus, daweil hab ich s' zu tausend Scherbn gschmissen, und wie ich die Scherben hab ich rausgefunden, daß ein Zifferblatt dabei war und Zeiger auch, aber jedenfalls war das innen drin. Dann bin ich aber sofort zu dem Uhrmacher hin und hab ihm alles gsagt. »Ja«, sagt der, »da hätten Sie doch bloß den Sprungdeckel aufmachen solln.« — »So«, sag ich, »das sagen Sie mir jetzt, weil ich die Uhr daworfen hab.« — Die Uhr von Loewe. Und über den Uhrmacher, sehn S', da hab ich heut noch eine Wut, weil er mir das nicht gsagt hat mit dem Sprungdeckel. Dann hab ich mir aus Rache bei ihm eine wirkliche Wanduhr gekauft, so a altmodische mit Ketten und Perpendikel, hab mir mit einem Hammer einen kleinen Nagel in die Brust geschlagen und die Uhr hingehängt. Ich sag Ihnen, da wäre ich bald wahnsinnig geworden. Wie ich das erstemal mit dieser Wanduhr spazierengegangen bin, sind mir immer die Gewichte zwischen d' Füß neinkommen — und der Nagel hat mir weh getan. — Die Uhr von Loewe: Ich trage, wo ich gehe, stets eine Uhr bei mir, wieviel ... Sehn S', wenn man's richtig nimmt, paßt eigentlich diese Ballade gar nicht für Zitherbegleitung, weil es heißt, ich trage, wo ich gehe, stets eine Uhr bei mir, ich geh aber jetzt nicht, ich sitz ja, und zweitens hab ich gar keine Uhr, die ich versetzt.

Hochgeehrtes Auditorium — nachdem ich unterm Zitherspielen nicht gehen kann und außerdem meine Uhr versetzt hab, ist es mir leider nicht möglich, Ihnen die Uhr von Loewe zum Vortrag zu bringen.

(Aus: „Alles von K. Valentin".)



„Für so was ist immer Geld da — aber die Erzeugerpreise für Hammelfleisch sind seit drei Jahren nicht angehoben worden."

Weihnachten

Vor dem Baum
fragt sein Sohn:
Wer war Jesus?
Ein Revolutionär,
sagt B.
Was ist aus ihm
geworden?
Er predigte die Liebe,
antwortete B., und
nach einer Pause:
zu allen.
Auch zu seinen Feinden?
Ja.
Was geschah?
Sie legten ihn aufs Kreuz.

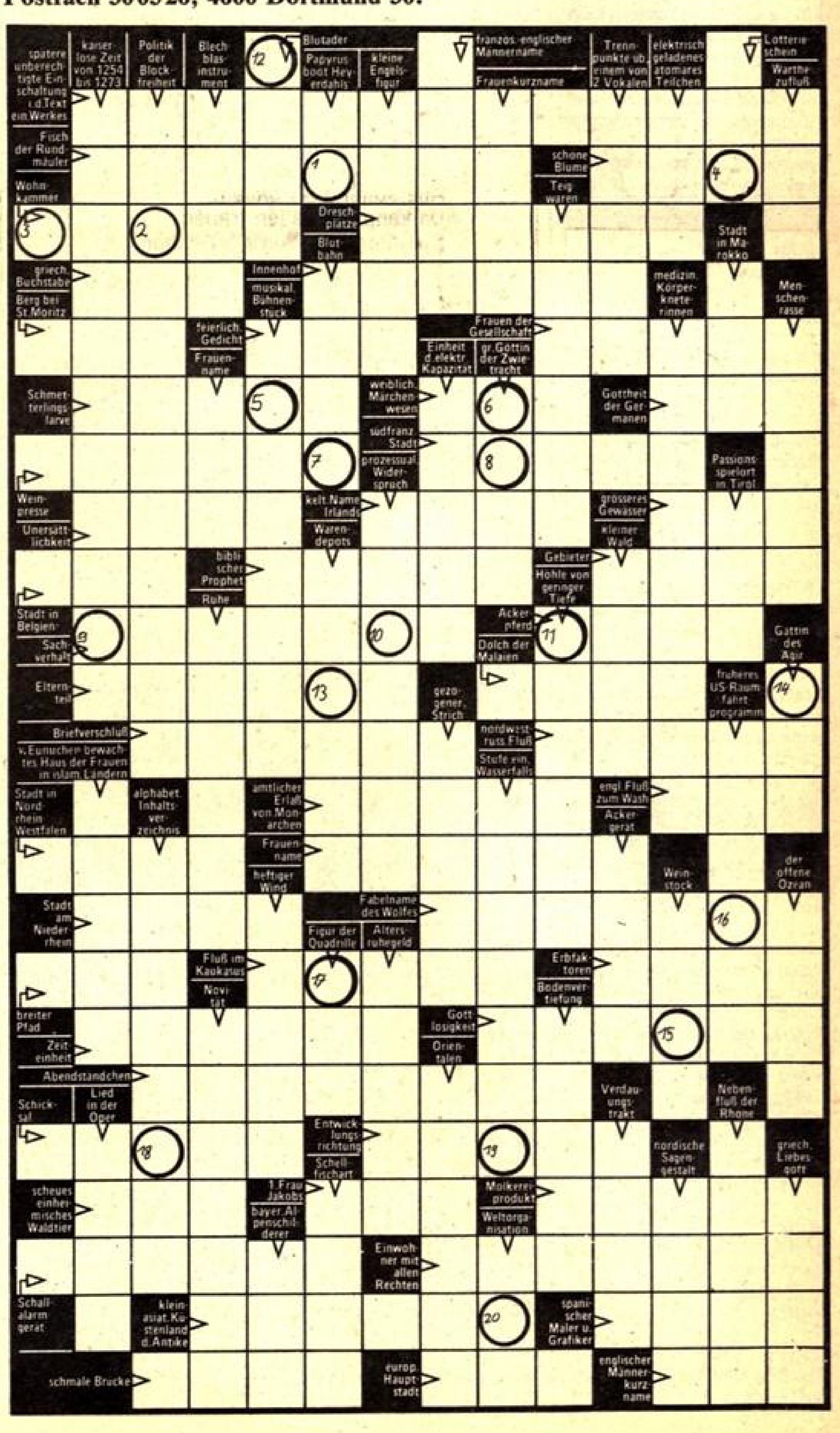
Peter Maiwald

Preisrätsel

Die eingekreisten Felder von 1 bis 20 ergeben eine aktuelle Kampfparole. Wer uns bis zum 10. Januar 1981 (Datum des Poststempels) das richtige Lösungswort zuschickt, kann die Langspielplatte „Neue Deutsche Volkslieder" von Hanns Eisler nach Texten von Johannes R. Becher gewinnen. Drei Platten sind als Preis ausgeschrieben; bei mehr als drei richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist dabei ausgeschlossen.



Einsendungen an: Redaktion Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



Kinderseite

Snoopy



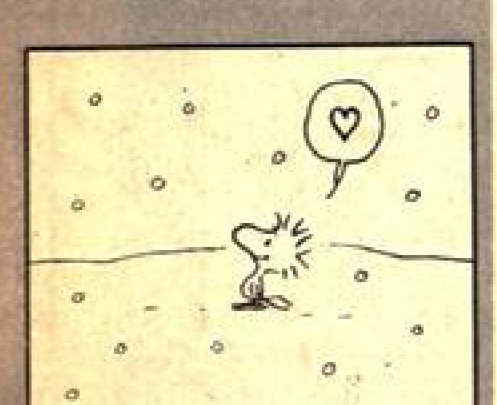






★ ★ ★













Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber soll man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner sollt müssen töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen's erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht

Zwei Kinder

Sie spielten als Kinder vom selben Haus
Verstecken und Greifen im Hofe.
Dann trug der eine Zeitungen aus,
der andre bekam eine Zofe.

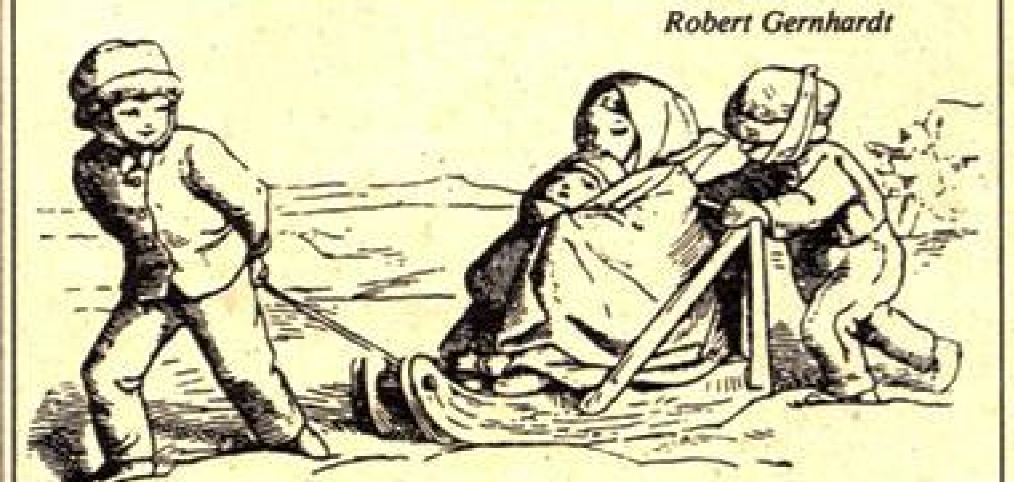
Der eine hatte die Hüll und die Füll
des Flitterkrams und des Süßen!
Der andre war immer verträumt und still
und ging ohne Schuh an den Füßen.

Und lag noch der eine im süßen Traum,
schürt jener schon Kohlen zu Flammen.
Sie wurden größer und begrüßten sich kaum —
was sollten die zwei auch zusammen!

Ratenzahlung

Hört mal zu, Kinder. Neues von Karlchen.
Dieter hat mir sein Schwesterchen verkauft.
Ich zahle es in Monatsraten zu 20 Pfennig ab.
Wenn ich 25 bin, gehört mir Dieters Schwesterchen.
Dann werde ich es heiraten oder gebraucht
weiterverkaufen.
Außerdem stottere ich einen Fußball, einen Roller
und einen Dauerlutscher ab.
Manchmal gehe ich sorgenvoll zu Bett.
Aber Vati hat es bis jetzt auch immer geschafft.

Robert Gernhardt



Morgen wolln wir Schlitten fahren,
morgen um halb neune
spann ich meine Schimmel ein,
fahr ich ganz alleine.
Ganz alleine fahr ich nit, da nehm ich meine Gretel mit.

WEIHNACHTEN 1929

Die Geschichte, die ihr hier lesen könnt, hat Irma Thälmann erzählt. Irma war die Tochter von Ernst Thälmann. Vielleicht haben euch eure Eltern schon mal was von ihm erzählt. Ernst Thälmann war früher der Vorsitzende unserer Partei. Als die Faschisten in Deutschland an der Macht waren, haben sie ihn in ein Gefängnis geworfen und ermordet. So sehr haßten sie Ernst Thälmann, die KPD und die Arbeiter.

Unsere Geschichte spielt vor mehr als fünfzig Jahren. 1929 war ein sehr hartes Jahr für die einfachen Menschen und auch für die Kinder. Viele Väter waren ohne Arbeit; und das Geld reichte zuhause nicht für Geschenke, ja oft nicht einmal für einen Weihnachtsbaum ...

Im Jahre 1929 schrieb ich an Mutter und Vater einen Weihnachtswunschzettel. Er war sehr klein, aber quer über den ganzen Zettel stand: „Ich wünsche mir zu Weihnachten: einmal Auto zu fahren.“ Mutter sagte dazu kein Wort.

Endlich war der Heiligabend da, Vater kam von Berlin, aber zu mir sprach kein Mensch von Weihnachten. Am Nachmittag sagte Vater in meinem Beisein zu Mutter: „Ich gehe jetzt noch einmal zum Parteibüro, dort habe ich zu tun, dann besuche ich einen arbeitslosen Genossen, der Kinder hat. Dem möchte ich eine kleine Freude bereiten.“

Ich war schon dem Weinen nahe: Weihnachten, und niemand denkt an meinen Wunschzettel. Als Vater gehen wollte, sagte die Mutter zu ihm: „Na, willst du denn Irma nicht mitnehmen?“

Vater lächelte und meinte: „Wie kann man nur so einen Wunsch haben? Dazu ist jetzt keine Zeit.“

Mit standen die Tränen in den Augen. Darauf redete Mutter auf Vater ein: „Ach, nimm sie doch mit.“ Und Vater forderte mich auf, schnell den Mantel anzuziehen und mitzukommen. Als wir an der nächsten Ecke waren, hielt er eine Taxe an, und wir stiegen ein. Ich war selig. Mitten im Zentrum der Stadt, vor einem Sportgeschäft, ließ er halten und kaufte mir dort einen roten Sportdreß. Dann sagte er zu dem Chauffeur: „Nun, Kollege, bringe mal mein Mädel bis an die Ecke Martinistraße und setzte sie da ab.“ Zu mir sagte er: „Von dort läufst du nach Hause!“ Freudestrahlend kam ich bei Mutter an. Mutter fragte ganz trocken: „Na, was hast du nun davon?“ Ich erwiderte: „Das war wunderschön!“

Am selben Abend sagte Mutter zu Vater: „Ernst, mach doch mit Irma den Weihnachtsbaum zurecht. Ich muß noch etwas besorgen.“ Mutter ging weg, und Vater forderte mich auf, mit in den Keller zu kommen, um den Baum zu holen. Dort erzählte mir Vater die uralte Geschichte des Tannenbaums. Er sprach davon, daß die Menschen auch schon vor vielen hundert Jahren Weihnachten gefeiert hätten, jedoch als Sonnenwende. „Sie sind auf die Berge gestiegen“, berichtete der Vater, „haben gemeinsam Holz zusammengetragen und ein Feuer angezündet, das weit ins Land leuchtete. Jung und alt sprang über die Flammen, es wurde getanzt, und alle waren fröhlich; denn die Sonne hatte



Ernst Thälmann

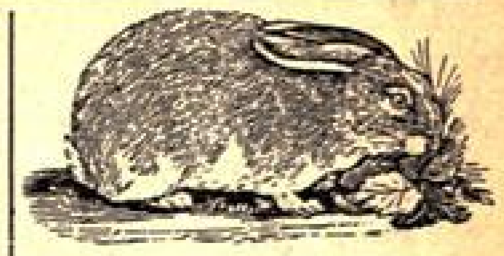
sich gewendet. Jeder freute sich wieder auf die langen Tage, auf die Sonne und auf die Wärme.“

Vater machte eine kleine Pause, dann fuhr er fort: „Da war ich doch heute bei dem Genossen B. Der hat für seine Kinder keinen Weihnachtsbaum und nicht einmal Holz, um die Stube zu heizen. In Hamburg und in der ganzen Welt, außer in der Sowjetunion, herrschen Arbeitslosigkeit und Not, und sowohl in unserer Stadt als auch in ganz Deutschland haben Tausende von Kindern keinen Weihnachtsbaum und keine warme Stube. Wie schön wäre es, wenn alle Kinder einen Weihnachtsbaum und dazu eine warme Stube hätten!“

Mich machte das sehr traurig und den Vater auch. Da sagte ich: „Weißt Du Vater, dann wollen wir auch keinen Weihnachtsbaum. Wenn andere Kinder frieren müssen, kann ich ihn nicht mehr sehen. Wollen wir ihn zerhacken und das Holz dem Genossen bringen, bei dem du heute warst? Vielleicht können sie ihre Stube damit heizen, wenn mir Mutter noch ein bißchen Holz und Kohlen dazugibt.“

Vater lachte, aber dann sprach er sehr ernst: „Es ist dein Baum; wenn du damit einverstanden bist, dann schlage die Spitze ab.“

Das tat ich mit Freuden. Den Stamm zerhackte Vater, und diese Arbeit machte uns Spaß. Alles wurde in einen Sack gestopft, den wir noch mit etwas trockenem Holz und einigen Kohlen füllten und in die Küche schleppten. Als Mutter kam, schaute sie uns erstaunt an. Aber wir beide waren gar nicht verlegen. Mutter sagte: „Wann wollt ihr denn endlich den Baum schmücken? Was habt ihr bloß in der ganzen Zeit getan?“ Ich antwortete vergnügt: „Den Weihnachtsbaum haben wir zerhackt, und bis jetzt hat mir Vater von Weihnachten erzählt.“



Möcht wohl wissen, wer das ist, der immer mit zwei Löfeln frißt.

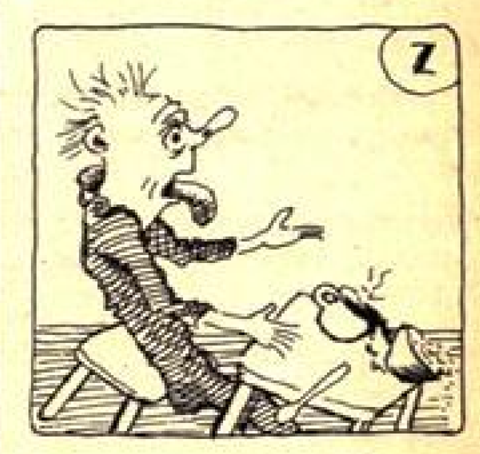
Schüttel-Rätsel

Diese vier Bilder mußt ihr schütteln, bis sie in der richtigen Reihenfolge untereinander sind. Dann könnt ihr an den Buchstaben ablesen, was im Kaffee war.









Der goldene Schlüssel

Zur Winterszeit, als einmal ein tiefer Schnee lag, mußte ein armer Junge hinausgehen und Holz auf einem Schlitten holen. Wie er es nun zusammengesucht und aufgeladen hatte, wollte er, weil er so erfroren war, noch nicht nach Haus gehen, sondern erst Feuer anmachen und sich ein bißchen wärmen. Da scharrte er den Schnee weg, und wie er so den Erdboden aufräumte, fand er einen kleinen goldenen Schlüssel. Nun glaubte er, wo der Schlüssel wäre, müßte auch das Schloß dazu sein, grub in der Erde und fand ein eisernes Kästchen. »Wenn der Schlüssel nur paßt!« dachte er, »es sind gewiß kostbare Sachen in dem Kästchen.« Er suchte, aber es war kein Schlüsselloch da, endlich entdeckte er eins, aber so klein, daß man es kaum sehen konnte. Er probierte, und der Schlüssel paßte glücklich. Da drehte er einmal herum, und nun müssen wir warten, bis er vollends aufgeschlossen und den Deckel aufgemacht hat: dann werden wir erfahren, was für wunderbare Sachen in dem Kästchen lagen.

Brüder Grimm

1980 in der Karikatur



Ein bekannter bayrischer Politiker konnte den Herrgott persönlich für seinen Wahlkampf verpflichten. Die frohe Botschaft wurde allerdings von den gottlosen Menschen glatt überhört.

Graf Lambsdorff profilierte sich auch in diesem Jahr als äußerst erfindungsreicher Politiker. In der Arbeiterschaft wurden seine Talente jedoch nicht richtig gewürdigt.



„Im Kampf gegen die japanische Konkurrenz sind wir keineswegs machtlos, wenn wir uns nur auf die alten deutschen Traditionen besinnen!"



Ein anderer bekannter Politiker hatte mehr Glück. Bei den Wählern bedankte er sich auf seine Weise.

Eine sportliche Glanzleistung demonstrierte zum Ende des Jahres ein besonders sitzfester Bonner Politiker.



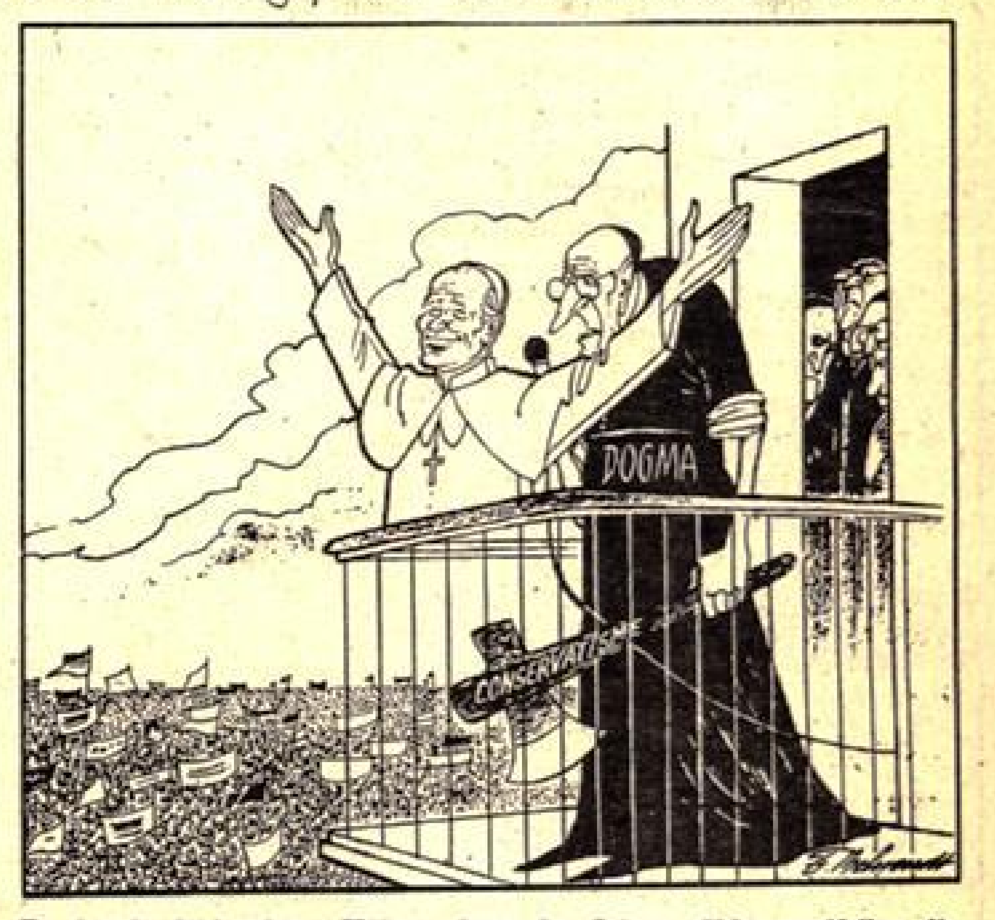


In Sachen Entwicklungshilfe zeigte sich die Bundesregierung sehr großzügig.

Das kleinste Postpaket des Jahres schnürte der Postminister höchstpersönlich. Leider versäumte der Empfänger die Rücksendung.



* Bei Nichtgefallen an den Absender zurück.



Zu den beglückendsten Höhepunkten des Jahres zählte zweifellos die Dauertournee des Herrn Wojtyla. Leider hatte er in Deutschland nicht immer ausverkaufte Häuser.

„Kannst du Polnisch? Heißt das nicht ‚Hilfe!' oder so ähnlich?"

In rührender Weise bemühte sich die Sowjetarmee darum, gewisse Verständnisschwierigkeiten gegenüber den westlichen Nachbarn auszuräumen.

Immer diskussionsfreudig zeigten sich die Grünen — eine echte Alternative.



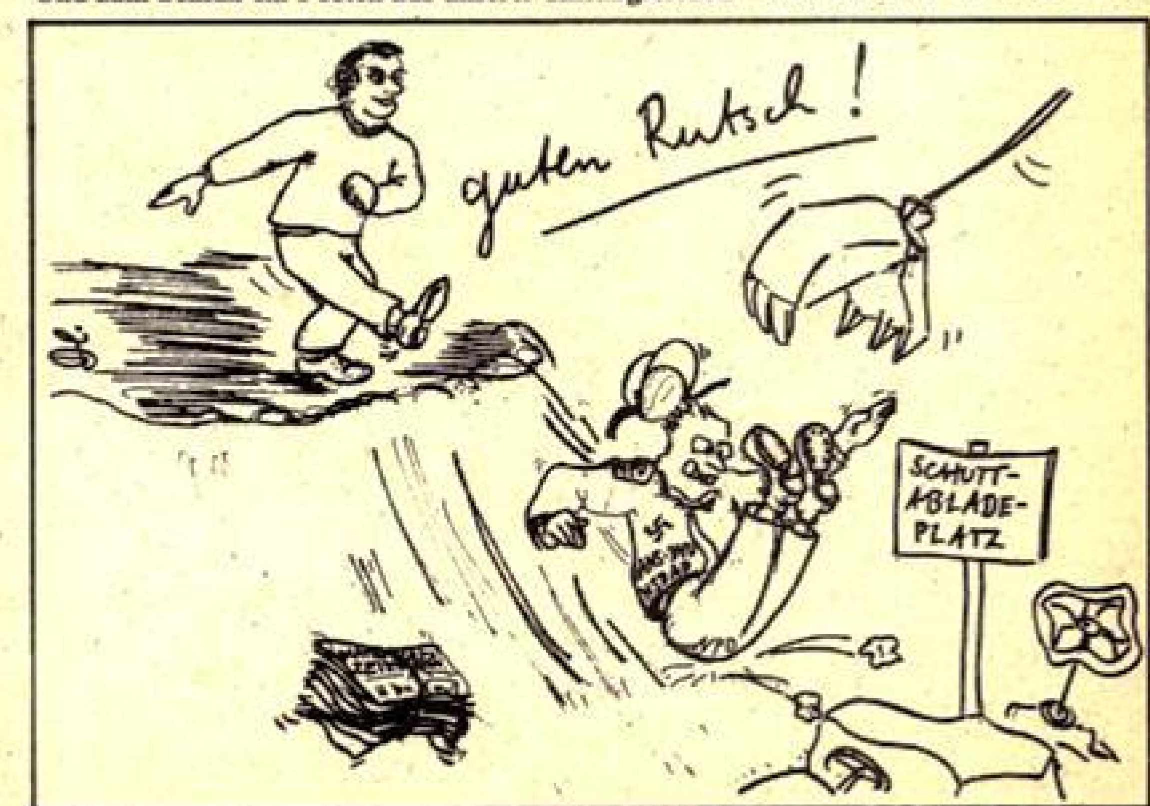
„Bist du sicher, daß diese Arche unsere Rettung ist?"

Mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit bereitet sich der künftige amerikanische Präsident auf sein Amt vor.



Was würde John Wayne wohl tun?

Und zum Schluß ein Posten aus unserer umfangreichen Wunschliste für das neue Jahr.



Brief aus dem Gefängnis

Rosa Luxemburg an Sophie Liebknecht

BRESLAU, MITTE DEZEMBER 1917

... Jetzt ist es ein Jahr, daß Karl in Luckau sitzt. Ich habe in diesem Monat oft daran gedacht und genau vor einem Jahr waren Sie bei mir in Wronke, haben mir den schönen Weihnachtsbaum beschert... Heuer habe ich mir hier einen besorgen lassen, aber man brachte mir einen ganz schäbigen, mit fehlenden Ästen — kein Vergleich mit dem vorjährigen. Ich weiß nicht, wie ich darauf die acht Lichtlein anbringe, die ich erstanden habe. Es ist mein drittes Weihnachten im Kittchen, aber nehmen Sie es ja nicht tragisch. Ich bin so ruhig und heiter wie immer. Gestern lag ich lange wach — ich kann jetzt nie vor ein Uhr schlafen, muß aber schon um zehn ins Bett — dann träume ich verschiedenes im Dunkeln. Gestern dachte ich also: wie merkwürdig das ist, daß ich ständig in einem freudigen Rausch lebe — ohne jeden besonderen Grund. So liege ich zum Beispiel hier in der dunklen Zelle auf einer steinharten Matraze, um mich im Hause herrscht die übliche Kirchhofstille, man kommt sich vor wie im Grabe, vom Fenster her zeichnet sich auf der Decke der Reflex der Laterne, die vor dem Gefängnis die ganze Nacht brennt. Von Zeit zu Zeit hört man nur ganz dumpf das ferne Rattern eines vorbeifahrenden Eisenbahnzuges oder ganz in der Nähe unter den Fenstern das Räuspern der Schildwache, die in ihren schweren Stiefeln ein paar Schritte langsam macht, um die steifen Beine zu bewegen. Der Sand knirscht so hoffnungslos unter diesen Schritten, daß die ganze Öde und Ausweglosigkeit das Daseins daraus klingt in die feuchte dunkle Nacht. Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen schwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters — und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen unbekannten inneren Freude, wie wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüßte, das alles Böse und Traurige Lügen straft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt. Und dabei suche ich selbst nach einem Grund zu dieser Freude, finde nichts und muß wieder lächeln über mich selbst. Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes, als das Leben selbst, die tiefe nächtliche Finsternis ist so schön und weich wie Sammet, wenn man nur richtig schaut. Und in dem Knirschen des feuchten Sandes unter den langsamen schweren Schritten der Schildwache singt auch ein kleines schönes Lied vom Leben — wenn man nur richtig zu hören weiß. In solchen Augenblicken denke ich an Sie und möchte Ihnen so gern diesen Zauberschlüssel mitteilen, damit Sie immer und in allen Lagen das Schöne und Freudige des Lebens wahrnehmen, damit Sie auch im Rausch leben und wie über eine bunte Wiese gehen. Ich denke ja nicht daran, Sie mit Asketentum, mit eingebildeten Freuden abzuspeisen. Ich gönne Ihnen alle reellen Sinnesfreuden. Ich möchte Ihnen nur noch dazu meine unerschöpfliche innere Heiterkeit geben, damit ich um Sie ruhig bin, daß Sie in einem sternbestickten Mantel durchs Leben gehen, der Sie vor allem Kleinen, Trivialen und Beängstigenden schützt. (...)



Ach, Sonitschka, ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt; auf dem Hof, wo ich spaziere, kommen oft Wagen vom Militär, voll bepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und Hemden, oft mit Blutflecken..., die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt, statt mit Pferden mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum erstenmal in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgebogenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz schwarz mit großen sanften Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen... die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, daß es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, bis daß für sie das Wort gilt „vae victis"... An hundert Stück der Tiere sollen in Breslau allein sein; dazu bekommen sie, die an die üppige rumänische Weide gewöhnt waren, elendes und karges Futter. Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen und gehen dabei rasch zugrunde. — Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, daß die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstiels loszuschlagen, daß die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte! „Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid!" antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete... Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen. Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still erschöpft und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen, wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll ... ich stand davor und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter — es waren *seine* Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar, verloren die freien, saftigen, gründen Weiden Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier — Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier — diese fremde, schaurige Stadt, der dumpfe Stall, das ekelerregende muffige Heu mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen, und — die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt...

O, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. —

Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die schweren Säcke ab und schleppten sie ins Haus, der Soldat aber steckte beide Hände in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und pfiff leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei...

Schreiben Sie schnell, ich umarme Sie, Sonitschka.

Ihre Rosa

Sonuscha, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd — trotz alledem.

Gebet für die Gefangenen

Herrgott!
Wenn du zufällig Zeit hast, dich zwischen zwei Börsenbaissen
und einer dämlichen Feldschlacht in Marokko auch einmal um
die Armen zu kümmern;
Hörst du siebentausend Kommunisten in deutschen Gefängnissen
wimmern?

Kyrie eleison — !

Da sind arme Jungen darunter, die sind so mitgelaufen,
und nun sind sie den Richtern in die Finger gefallen;
auf sie ist der Polizeiknüppel niedergesaust,
der da ewiglich hängt über uns allen ...

Kyrie eleison — !

Da sind aber auch alte Kerls dabei, die hatten Überzeugung,
Herz und Mut —
das ist aber vor diesen Richtern nicht beliebt,
und das bekam ihnen nicht gut ...

Kyrie eleison — !

Da haben auch manche geglaubt, eine Republik zu schützen —
aber die hat das gar nicht gewollt.
Fritz Ebert hatte vor seinen Freunden viel mehr Angst
als vor seinen Feinden — in diesem Sinne: Schwarz-Rot-Gold!

Kyrie eleison — !

Herrgott! Sie sitzen seit Jahren in kleinen Stuben
und sind krank, blaß und ohne Fraun;
sie werden von Herrn Aufseher Maschke schikaniert und angebrüllt,
in den Keller geschickt und mitunter verhaun ...

Kyrie eleison — !

Manche haben eine Spinne, die ist ihr Freund;
viele sind verzankt, alle verzweifelt und sehnsuchtskrank —
Ein Tag, du Gütiger, ist mitunter tausend Jahr lang!

Kyrie ...

Vielleicht hast du die Freundlichkeit und guckst einmal
ins Neue Testament?
Bei uns lesen das die Pastoren, aber nur sonntags —,
in der Woche regiert das Strafgesetzbuch und der Landgerichtspräsident.

... eleison — !

Weißt du vielleicht, lieber Gott, warum diese Siebentausend
in deutsche Gefängnisse kamen?
Ich weiß es. Aber ich sags nicht. Du kannst dirs ja denken.

Amen

Kurt Tucholsky
1924

Tannennadeln

Nein, bitte nicht, laßt!
Keine Weihnachtstanne.
Nein, schickt den Vater nicht
in den Wald!
Mißtraut dem Wald
und dem bösen Manne,
der hinterm Wald Granatfäuste ballt.

Nein, es geht nicht.
Den Putz in blitzblanken Flittern
wollen wir heut
nicht in Watte betten.
Weil sonst Getroffne,
von tödlichen Splittern
Verwundete dort keine Watte hätten.

Nein, keine Kerzen.
Entsagt den Lichtern.
Vom Weltmeer steigen
die eisernen Drachen,
drin lauern Menschen
mit bösen Gesichtern,
ob Lichtlein in unsern Fenstern wachen.

Nein, sagt nicht,
der Weihnachtsmann solle kommen
mit seinem Sack
voll prächtiger Sachen.
Die Fabrik hat den Mann
in Beschlag genommen,
die Fabrik, wo sie Pulver und Kugeln machen.

Nein, keine Musik
wird diesmal erschallen.
Wie soll denn der armlose Musiker
fiedeln?
Bruder Flötist
ist im Felde gefallen,
so mußt er ins Himmelreich übersiedeln.

Nicht weinen. Was hilfts denn?
Verzieht nicht das Mündchen!
Bald wird die dunkle Welt
sich entschleiern.
Bald muß alles anders werden,
ihr Kindchen.
Dann werdet ihr fröhliche Weihnachten feiern.

Ein Tannenbäumchen wird dastehn,
ein mächtiges,
behängt mit Schmuckzeug
im Überfluß.
Das wird ein Fest sein,
ein wunderprächtiges,
ergötzlich — fast bis zum Überdruß.



Wladimir Majakowski
geschrieben 1916, im dritten Jahr des ersten imperialistischen Weltkrieges

Der Führerschein

Im Haufen verdächtiger Zivilpersonen, den die Japaner zusammengetrieben und in einem Haus in Schanghai eingesperrt hatten, stand ein regloser kleiner Mensch, besser gekleidet als die meisten. Sein Gesicht unterschied sich beinahe durch nichts von den Gesichtern im Keller: Das erwartete Urteil hatte sie alle einander ähnlich gemacht.

Ein Offizier trat mit seinen Soldaten ein. Alle Gefangenen starrten ihn an, sein Blick glitt geschwind über alle, blieb an dem Kleinen hängen. Er gab einen Befehl, der Mann wurde vor ihn hingestoßen, ein paar Hände suchten an ihm herum. Weder die Griffe noch die Fragen, die man ihm stellte, brachten den Mann aus der Ruhe. Es gab eine Stockung; denn man fand ein Papier in seinem Rock. Darauf war aber nur verzeichnet, was er bereits geantwortet hatte: Er ist Wu Pei-li, der Chauffeur des Kaufmanns Zang Lo-fei.

Wu Pei-Li wurde darauf in den Hof geführt und durch den Häuserblock in einen größeren Hof zu den Garagen. Dort mußte er zwischen Gewehrkolben warten.

Zwei Zivilpersonen befahlen ihm, eins der Autos aus der Garage zu fahren. Der eine nahm neben dem Führersitz Platz, der andere in Wu Pei-lis Rücken. Mit den Revolvern tippten sie zu ihren Befehlen auf seine Schläfe und seinen Hinterkopf. Sie fuhren durch ein paar Straßen, sie hielten vor einem Haus der japanischen Kommandantur. Zwei Generalstäbler mit ihrer Ordonnanz stiegen zu. Man breitete eine Geländekarte aus, man zeichnete den Weg ein. Die Gedanken des Chauffeurs Wu Pei-li wandten sich von dem Tod, der ihm eben noch unvermeidlich erschienen war, dem roten Endpunkt auf der Geländekarte hinter dem Weg zu den Werften zu. Es hieß: „Fahr, was das Zeug hält!" Er hupte; das war das verrückte Hupen der japanischen Militärautos, das ihn seit Tagen und Wochen rasend machte. Sie sausten durch Tschapei, durch die zerstörten, von den Geschossen aufgerissenen Straßen, wimmelnd von ratlosen Menschen. Sie fuhren längs des Kanals, er spürte die Mündungen der Pistolen, hart, schon nicht mehr kalt; sie befahlen ihm jede seiner Bewegungen. Aber seine Gedanken entgingen ihnen. Sein Auftrag und sein Entschluß.

Bei der Wendung am Brükkenkopf begriff der Chauffeur Wu Pei-li, was jetzt von ihm verlangt wurde. Er drehte das Steuer, und er fuhr das Auto mit den zwei Generalstäblern und ihrer Ordonnanz und den zwei Zivilpersonen und sich selbst in einem kühnen, dem Gedächtnis des Volkes für immer eingebrannten Bogen in den Fluß.

Anna Seghers

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 51/52 19 Aralik 1980 Yil: 14 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



15 000 kişi Federal HÜKÜMET'in gerici tasarruf politikasına karşı yürüdü. Bugün Federal Almanya bir dizi mücadele eylemleri yaşamaktadır. Bu mücadelelerle çıraklar, öğrenciler ve öğretmenler yeni Federal Hükümet'in eğitim giderlerinin kısılması planlarını protesto etmektedirler. Geçen perşembe günü Bremen'de (yukardaki resim) 7000 ve Hannover'de 8 000 insan eğitim ve öğrenim alanında planlanan tasarruf önlemlerine karşı yürüdü. Bununla beraber her iki şehirde de sürekli yükseltilen savunma (silahlanma) giderleri de protesto edildi.

Erdal Eren idam edildi!

KAHROLSUN ASKERİ FAŞİST CUNTA!

KPD'nin çagrısı: Faşist cuntaya karşı yürüyüşe katılalım!

Erdal Eren geçen Cumartesi günü sabaha karşı faşist cunta tarafından Ankara Kapalı Cezaevinde idam edildi. Faşist diktatörlüğün idamları Türkiye halkının bağımsızlık, demokrasi ve sosyalizm mücadelesini durduramayacak. Bu halk birgün faşist cellatları; Evren'leri, Hitler'in, Somoza'nın, Şah'ın, ... gittiği yere gönderecektir.

Faşist generaller çetesi yönetime bütünüyle el koyduktan bugüne kadar üç devrimci idam sehbasında katledildi. Erdal Eren'den önce Necdet Adalı ve Serdar Soyergin de idam edilmişti. Cuntanın faşist askeri mahkemeleri daha onlarca devrimci ve anti-faşist hakkında idam kararı alarak, onaylanması için Yargıtay'a göndermiştir.

Onlarca ve yüzlerce değil, bugün Türkiye'de onbinlerce devrimci, demokrat ve anti-faşist cezaevlerine doldurulmuştur Anti-faşist insanlar cuntanın cezaevlerinde ve işkence tezgahlarında en adi ve insanlık dışı vâhşi işkencelere tabii tutulmakta ve katledilmektedirler. Henüz onsekiz yaşını doldurmamış genç anti-faşistler dahi idam edilmekte, insanlar sokak ortalarında kurşuna dizilmektedirler.

Batı Avrupa devletleri ve NATO, bu vahşeti alkışlamakta ve hayranlıklarını belirtmektedir. Tabii ki, bunların içinde en büyük alkışı tutan da Bonn Hükümeti: O, ülke içinde bütçe tasarruf programları yapmakta; emekçilerin mücadeleyle kazandıkları sosyal hakları yok etmekte, diğer taraftan da Türkiye'deki faşist cuntayı her yönüyle finanse etmektedir. Türkiye-Yardımı'nın demokrasinin yeniden kurulmasında yardımcı olacağını propaganda ederek, bu paraların katliamlarda ve estirilen faşist terörde kullanıldığını gizlemeye çalışmaktadır. Bu cunta, bir Federal Hükümet'in şimdiye kadar en çok desteklediği ve en büyük para babalığını yaptığı ilk cuntadır. Federal Hükümet, Arap ülkeleri ve Güneydoğu Avrupa için Türkiye'yi bir saldırı merkezi olarak kullanmak isteyen ve ülkeyi sayısız askeri üslerle donatan ABD emperyalizminin emirleriyle bunu yapmaktadır.

Federal Hükümet, Maliye Bakanı Matthöfer eliyle faşist cuntanın kasalarına yüzmilyonları pompalarken, ABD yeni üslerle Türkiye'yi bir baştan diğer başa kadar donatırken, bağımsızlık ve demokrasi için, toprak ve özgürlük için, iyi bir yaşam için mücadele eden emekçi halktan insanlar katledilmekte, en vahşi baskılarla karşı karşıya bırakılmaktadırlar. Ulusal bağımsızlık için mücadele eden ve ulusal özelliklerini korumak isteyen Kürt halkı toplu işkencelere ve katliamlara tabii tutulmaktadır.

Kahrolsun askeri faşist diktatörlük!

"Türkiye-Yardımı"na derhal son verilmelidir!

Yürüyüşün başlayacağı yer: Köln-Ebertplatz
Gün ve saat: 20.12.1980, 10.30

(„Nieder mit der türkischen Militärjunta", RM: 51/52, Seite 1)

Erdal Eren Mahkemede



"... Bugün siz devrimcileri ve onların bir parçası olan beni yargılayabilir ve ölüme mahkum edebilirsiniz. Ama bu ilelebet sürmeyecektir. Bir gün gelecek mutlaka, sizin oturduğunuz yerde halkımız olacak, sizi ve kurduğunuz düzeni yargılayacak ve doğru kararı verecektir."
Erdal Eren, Nisan 1980

Demokratik İşçi Dernekleri Birleşiyor

DİDF Kuruldu

KÖLN. — Batı Almanya'da Türkiyeli işçilerin içinde örgütlendikleri 19 dernek ve beş dernek kurma komitesinden 75 delege altı Aralık'ta Köln'de "Almanya'da Türkiyeli Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu" (DİDF)'i kurdular.

DİDF, Türkiyeli işçilerin ülkemizde yabancı işçi olmalarından kaynaklanan sorunlarının çözümü için kurulan demokratik bir kitle örgütüdür. Batı Almanya burjuvasinin özellikle yabancı işçiler üzerinde gittikçe yoğunlaşan baskılarının sürdüğü günümüzde, bu baskılara karşı mücadelede DİDF'in kuruluşu ileri bir adımdır.

DİDF, Türkiyeli işçilerin konut, sağlık, çocuklarının eğitimi, eş ve çocuklarının çalışma vb. sorunlarının çözümü için; seçme ve seçilme hakkı, vizenin kaldırılması için ve iltica'lı işçiler üzerindeki baskılara son verilmesi için mücadele edecektir.

DİDF'in 1. Kuruluş-Kongresi'ne katılan dernekler, bu sorunları sadece Türkiyeli işçilerin sorunları olarak değil, ülkemizdeki bütün yabancı sorunları olarak değerlendirmektedirler.

Federasyonun kuruluşu, Türkiyeli işçiler ile Alman ve diğer uluslardan işçiler arasındaki dayanışmanın daha çok güçlenmesine katkıda bulunacak, Alman burjuvazisinin, ülkemiz işçi sınıfının birliğini parçalamak için milliyet ayrılıkları kışkırtmasına karşı mücadele daha da yükselecektir.

DİDF, en önemli görevlerinden biri olarak da, Türkiye'deki bağımsızlık ve demokrasi mücadelesini desteklemeyi görmektedir.

(„DIDF gegründet", RM: 51/52 Seite 1)

İGM Sendika Ağaları ihanet içinde

FRANKFURT. — Kapitalistler aylardan beri önümüzdeki ücret turlarında en fazla yüzde üç ücret zammı verebileceklerini söylemektedirler. Bu yılın gerçek fiat artışlarına baktığımızda, yaklaşık olarak yüzde on arttığın görmekteyiz. Yüzde üç değerinde bir ücret zammı, gerçek ücretlerin feci bir şekilde düştüğünü ifade etmektedir.

İGM (Metal İşçileri Sendikası) Yönetimi gizliden gizliye işverenlerin oynadığı kirli oyunlara katılmaktadır. Onlar, yüzde beş ücret zammıyla toplu sözleşmeleri imzalamak görüşündedirler. Çeşitli işletmelerdeki işçiler ve işyeri sendika temsilcileri en azından yüzde 10-15 arasında ücret zammı talep etmektedirler.

İşçiler gerçek ücretlerin yükseltilmesi için mücadele ederken, sendika ağalarının ihanetlerine karşı da mücadelelerini yükseltmektedirler. ("81 Ücret turları" 3. Sayfada)

Moskova baskisi siddetleniyor

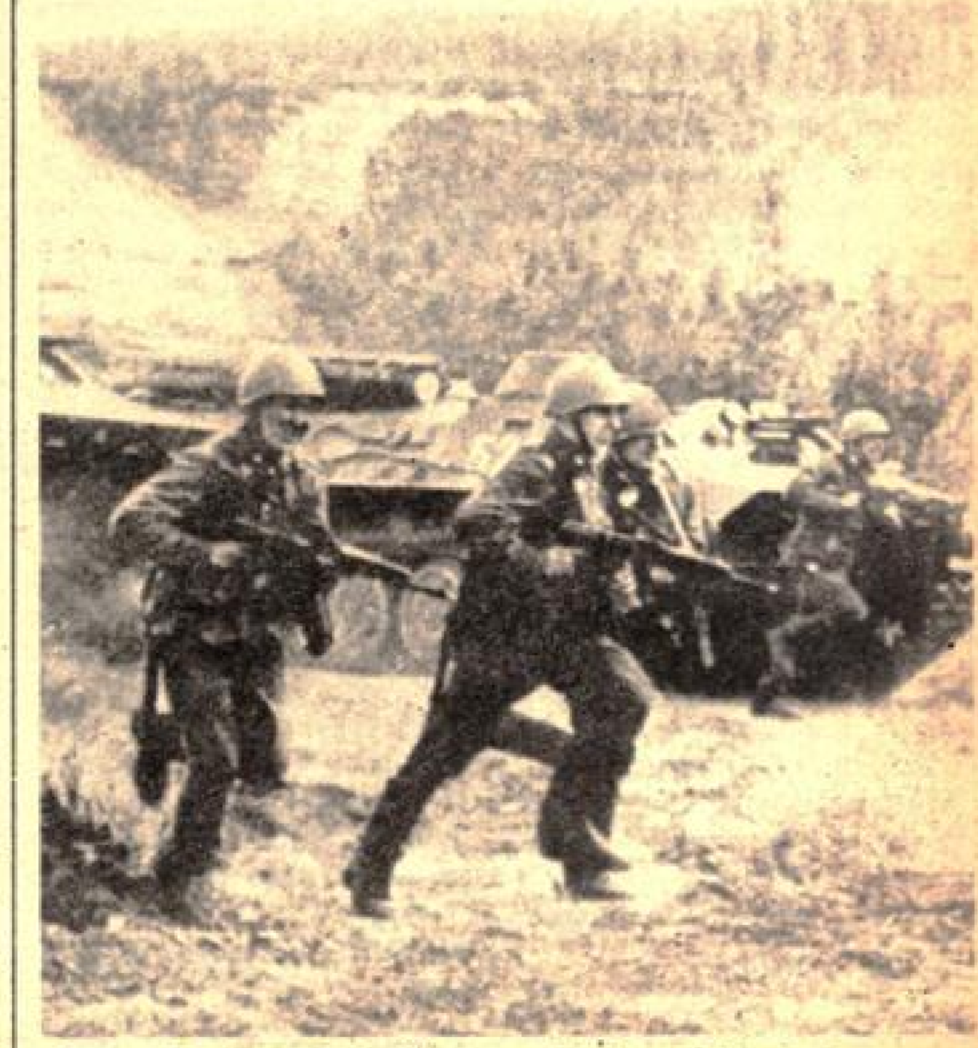
Polonya halkı boyun eğmeyecek!

NATO Müdahaleden geri durmuyor

VARŞOVA. — Her zaman olduğu gibi Polonya'da durumlar gergin. kania-Rejimi'nin kendisi bile, Polonya'da halkın en önemli yiyecek ihtiyaçlarının güvence altında olmadını kabul etmek zorunda kalıyordu. Tamamen sıkıntılı bir kış Polonya halkını tehdit etmektedir.

Bu arada Sovyet-Sosyal emperyalistleri Polonya üzerine baskılarını adi bir biçimde gittikçe şiddetlendiriyorlar. Polonya'da emekçilerin mücadeleci eylemlerinin gün geçtikçe yükselmesi, diğer revizyonist ülkelerdeki emekçilerin ayağa kalkmasına örnek olmakta ve Varşova Paktı rejimlerini zayıflatmaktadır. Tabii ki, Sovyet-Sosyal emperyalistleri bu duruma tahammül edememekte ve askeri bir müdahaleyle ülkeyi işgal edip, emekçilerin mücadelesini kanla boğmaya çalışmaktadırlar. Onlar, böyle bir işgalin en kısa zamanda tamamlanabilmesi için bütün hazırlıkları tamamlamış durumda.

Batılı emperyalistler, Brüksel'de yapılan NATO toplantısında Sovyetler Birliğine ikazda bulunarak, askeri bir işgal halinde kesin önlemlerle karşı koyacağını söylüyorlardı. İngiltere Hükümeti Şefi Bayan Thatcher daha açık konuşarak; böyle bir durumda askeri önlemlerin alınması gerektiğini vurguluyordu. Batılı emperyalistlerin amacı, Polonya emekçilerinin çıkarlarını ve onun uzun mücadeleler sonucu kazandığı ekonomik, demokratik ve sendikal hakları korumak değil, kendi emperyalist "haklar"ını savunmakta, Polonya'ya müdahale ederek, var olan etki alanlarını genişletmeye çalışmaktadırlar. Batılı emperyalistler, Polonya'daki konumunu kaybetmek istemeyen ve acil durumda bunu tanklarla güvence altına almaya hazır olan sosyal-emperyalistler gibi, Polonya sorununda tehlikeli bir ateşle oynamaktadırlar. Ama, Polonya halkı emperyalist oyunlara boyun eğmeyecektir!



Sovyet Tankları: Sosyal emperyalistler tehditlerini artırıyor

2. RGO-Kongresi kapanış toplantısına katılalım!

18 Ocak 1981 günü saat 13.00'de Dortmund, Westfalenhalle'de 2. RGO-Kongresi büyük kapanış toplantısı yapılacaktır.

RGO (Devrimci Sendika Muhalefeti), Alman Sendikalar Birliği(DGB) içinde ve dışında devrimci ve sınıf bilinçli işçiler tarafından oluşturulan, işçi sınıfının düşmanı patronlara ve sendika ağalarına karşı mücadele veren ve DGB sendikalarını işçi sınıfının mücadele örgütleri yapmak için faaliyet gösteren devrimci bir muhalefettir.

Devrimci Sendika Muhalefeti, ikinci kongresinde geçen bir yılın çalışmalarını, işyeri işçi temsilcileri ve sendika seçimlerindeki başarılarını, RGO gruplarının içinde yer aldığı çok sayıda mücadeleleri ve çalışmalarındaki hataları ve eksiklikleri değerlendirecek.

Devrimci Sendikacılar, kapitalizmin gün geçtikçe derinleşen krizinin işçi sınıfına getireceği çok yönlü görevleri bu kongrede hazırlayacak. Kongre kapanış toplantısında RGO Başkanı Thomas Scheffer ve Hoesch işyeri işçi temsilcisi Hartmut Siemon konuşacaklar.

Thomas Scheffer 2. RGO-Kongresi'nde alınan sonuçlar üzerine ve Hartmut Siemon ise rasyonalizasyona ve işyerlerinin tahrip edilmesine karşı verilecek mücadele üzerinde konuşacak. Toplantıya Arnavutluk Sendikalar Birliği'nden bir delegasyon ve diğer ülkelerden devrimci sendikacılar misafir olarak katılacaklar. Program iki bölümden oluşacak. Her iki bölümde de zengin kültürel programlar ve politik kabaralar (müzikli tiyatro, taklit vb.) yer alacak. Toplantıya giriş 5,- Mark'tır.

"Roter Morgen" Türkçe de çıkıyor

Sevgili okurlarımız!

Bu sayıdan başlamak üzere "Roter Morgen" iki dilden yayınını sürdürecek-13 sayfa Almanca ve üç sayfa Türkçe-.

Ülkemiz işçi sınıfının önemli bir bölümünün yabancı işçilerden oluştuğu bir gerçektir. Hatta birçok endüstri işletmelerinde yabancı işçiler çalışan personelin çoğunluğunu teşkil etmektedirler. Yabancı işçilerin içinde en yüksek rakamı oluşturan Türkiyeli işçilerdir. En son sayımlara göre bugün Almanya'da 569300 Türkiyeli işçi çalışmaktadır, bu rakama çalışmayan aile üyeleri ve çocuklar da eklenirse bir milyonu aşar.

Türkiyeli işçiler sadece sayı bakımından yabancı işçilerin en önemli bölümünü oluşturmamakta, şüphesiz onların en mücadeleci ve en bilinçli kesimini de oluşturmaktadırlar. Bunu her Alman yoldaş kendi mücadele tecrübelerinde rahatlıkla görebilmekte ve onaylamaktadır. Gerek yetmiş yıllarındaki-bağımsız veya sendikalar tarafından örgütlenen-grev mücadelerinde olsun, gerekse de faşizme karşı (özellikle "Bozkurtlar"a karşı) mücadelede olsun, Türkiyeli işçi arkadaşlar her zaman en ön saflarda yerlerini alıyorlardı. Dikkate değer bir diğer durumda, Türkiyeli işçi arkadaşların RGO(Devrimci Sendika Muhalefeti) üyelerinin önemli bir bölümünü teşkil etmeleridir.

Kısacası, Türkiyeli işçi arkadaşlarla beraber pek çok mücadele alanlarında aynı saflarda kol kola yer aldık ve alıyoruz. Ama partimizin yayın organları ve diğer propaganda çalışmalarıyla onlara gittiğimizde, daima zorluklarla karşılaşıyorduk. Öyle ki, bu arkadaşlar için Almanca yazıları ve konuşmaları anlamak oldukça zor oluyordu veya hiç mümkün değildi.Şimdi ise bu zorlukları 'Roter Morgen" ın Türkçe yayınlanacak sayfalarıyla bir dereceye kadar olsada gidermeye çalışacağız.

Biz Türkiye'deki güncel olaylarla ilgili olarak sürekli yazmaya çalışacağız. Ama bu sayfalar kardeş partimizin, Türkiye Devrimci Komünist Partisi'nin yayını için yan bir yayın organı olmayacaktır. Yazılarımızın ağırlık noktasını Batı Almanya'da sınıf mücadelesi ile ilgili tahliller ve haberler teşkil edecektir. Çünkü, Türkiyeli işçiler burada yaşadıkları halde, Batı Almanya'daki sınıf mücadelesini yeteri kadar izlememekte ve partimizin sınıf mücadelesi ile ilgili görüşlerini, dil zorluklarından ötürü, çoğunlukla kavrayamamaktadırlar. Diğer taraftan burada yayınlanmakta olan Türkçe gerici burjuva gazeteleri de Batı Almanya'daki gelişmelere hemen hemen hiç yer vermemektedirler. Yaptıkları tek şey, Türkiyeli işçiler arasında sürekli olarak şövenizmi ve gericiliği yaygınlaştırmaktadırlar.

Türkçe yayınımız somut olarak şöyle olacak: Üç sayfalık Türkçe "Roter Morgen"de yer alacak yazıların büyük çoğunluğu Almanca olarak da yayınlanan yazılardan Türkçe'ye çevri olacak. Bunun yanı sıra, ülkemizde yabancı emekçiler olarak çalışan Türkiyeli işçi arkadaşların içinde bulundukları somut koşullardan ileri gelen ve gün geçtikçe daha da artan sorunların üzerine gitmeye çaba harcıyacağız.

Biz "Roter Morgen"ın iki dilden çıkarılmasının, Türkiyeli işçiler ile Alman işçiler arasındaki mücadele birliğine katkıda bulunacağı ve bunu daha da pekiştireceği düşüncesindeyiz. Türkiyeli ve Alman okurlarımızın bazı konular üzerinde rahatlıkla konuşabilmeleri için Türkçe yayınladığımız her yazının altıda, çevirisi yapılan Almanca yazının başlığı ve sayfasını not edeceğiz.

Türkiyeli yeni okurlarımızdan ricamız, okuyucu mektuplarıyla bizi desteklemeleridir. Ayrıca gazetemizde yayınlanan yazılar hakkındaki görüşlerinizi ve bulunduğunuz yerdeki her çeşit haberi bize yazılı olarak bildirirseniz memnun oluruz.

"Roter Morgen"ın iki dilden yayınlanmasının tüm okurlarımız tarafından ilgiyle karşılandığını umuyoruz. "Roter Morgen"ı sürekli olarak geliştirmek ve eksiklerini gidermek için elimizdeki tüm olanaklarla çaba göstereceğiz.

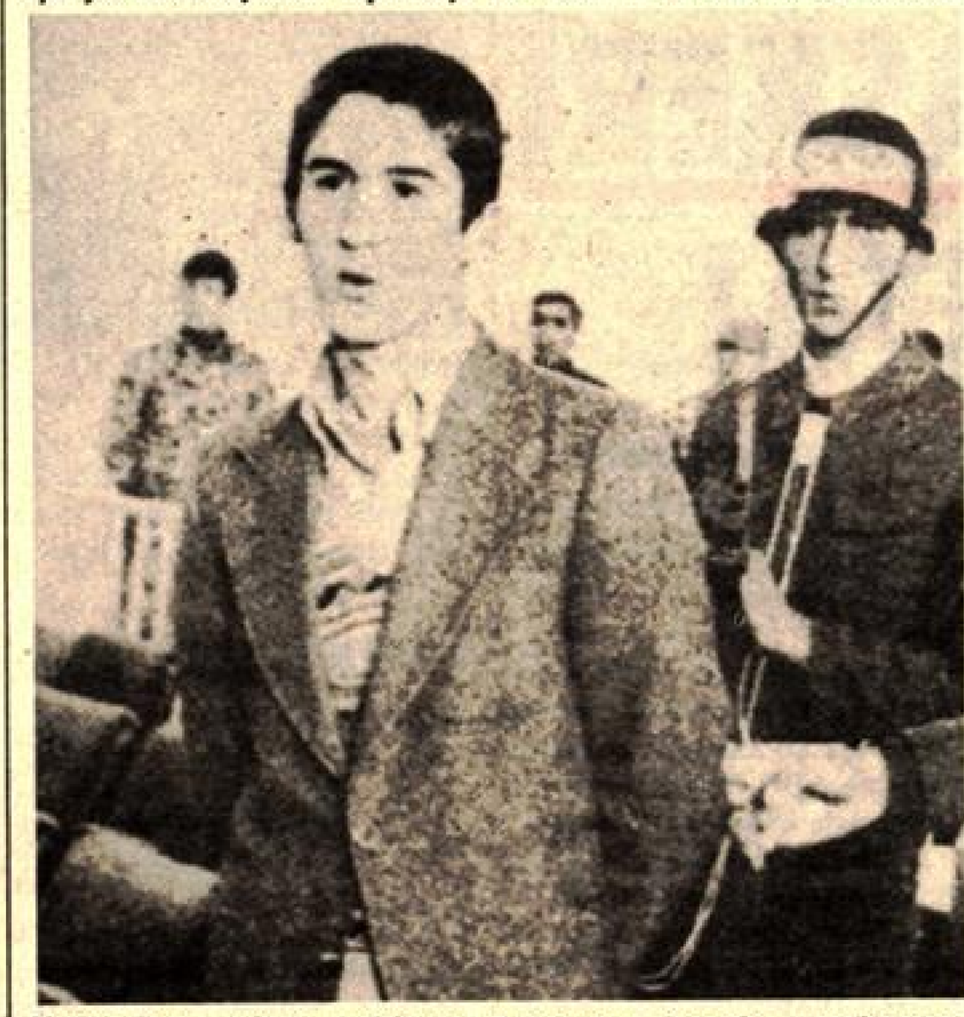
"Roter Morgen" Redaksiyonu

Bu yazı yoldaşımız Erdal Eren idam edilmeden önce kaleme alınmıştı. Biz, Erdal Eren'le Dayanışma Toplantısının idamlara ve işkenceye karşı uluslararası dayanışmanın bir örneği olduğu düşüncesinden hareket ederek, bu yazıyı yayınlamayı gerekli gördük.

Erdal Eren'le dayanışma toplantısı yapıldı

Köln-Mülheim Stadthalle'de 6 Aralıkta Erdal Erenle dayanışma toplantısı yapıldı. Toplantıya binin üzerinde Türkiyeli ve Alman anti-faşist katıldı. Anti-faşistler ve devrimciler Erdal Eren'e yeniden verilen idam kararını protesto ederek, idamın durdurulmak zorunda olduğunu vurguladılar. — Toplantıyı "Roter Morgen"dan bir muhabirimiz izledi.

Toplantı salonuna girdiğimde her taraf tıklım tıklım dolmuştu,1050 kişilik salonda oturmak için yer bulamayanlar toplantıyı



Erdal Eren askeri mahkeme tarafından idamla yargılanıren (Nisan 1980)

içerde ve dış salonda ayakta dinliyorlardı. Bu dayanışma toplantısı özellikle Türkiyeli yoldaşlar ve arkadaşlar için, mücadelelerine omuz verenlerle beraber faşist cuntanın yüzündeki maskeyi parçalamak ve cuntanın kendisini de yerle bir etmek için verdikleri mücadelede güçlü bir örnek oldu.

Saat 17'de Türkiyeli bir arkaşın toplantıyı açmasıyla beraber "Erdal Eren İdam Edilemez!", "Faşizme Ölüm İdamlara Son!" sloganları gür seslerle yükselmeye başladı.

Podyumda yan yana konulan uzunca iki masanın başında Almanya, İsyanya, Danimarka ve Hollanda'dan Erdal Eren'le dayanışma komitelerinin temsilcileri yer almaktaydı. Bunların içinde Eren'le ilgili çağrıyı ilk olarak imzalayanlardan biri olan SPD Federal Parlemento milletvekili Klaus Thüsing de vardı. Toplantıya daha sonradan Uluslararası Af Örgütün'den de bir temsilci katıldı.

Her temsilci idamın yeniden onaylanması haberini nasıl aldığını, ülkesinde kamuoyu içinde yürüttükleri protesto faaliyetlerini ve bununla ilgili diğer çalışmalarını anlattılar.

İlk konuşmayı yapan Klaus Thüsing oldu. Doğrusu bir SPD milletvekilinden böyle bir konuşmayı dinlemek mümkün değil. Yaptığı konuşma kitle tarafından ilgiyle dinlendi ve sürekli alkışlandı. Belli ki, Thüsing'in bu tavırları parti yönetimi tarafından hiçte hoş karşılanmayacaktır. "Ölüm cezasının onaylanması Türk askeri hükümetinin gerçek yüzünü ortaya çıkarmıştır. Demokratlar onu başından beri bir baskı makinası olarak gösterdiler... Onlar konuştukları yalan sözlerle Türkiye'ye demokrasi getireceklerini söylüyorlardı. Ama yaptıklarıyla kendi maskelerini kendileri düşürmüşlerdir.

Bizdeki politikacılar ve basın Türkiye'deki cuntayla diğer ülkelerdeki (örneğin Şili) cuntalar arasında bir ayrım yapma çabasındadırlar. Oysa biz böyle bir ayrımı görmüyoruz! (...)

Erdal Eren için verilen ölüm cezasının kaldırılması talebini diğer çok yönlü taleplerimizle birleştirmek zorundayız. Bu talepleri, Türkiye'nin en büyük ticaret ortaklarından biri olan ve ona büyük miktarda askeri ve politik yardımda bulunan Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümeti'ne de getirmeliyiz. (...)



Köln'deki Erdal Eren'le dayanışma toplantısı

Eskiden Türkiye'de demokrasinin kurtarılmasına hizmet gerekçesiyle Türkiye-Yardımı yapılıyordu, şimdi ise demokrasinin **yeniden getirilmesi** için yapılmakta. Bu sözlere artık inanmamaktayız! Türkiye-Yardımı'nın derhal kesilmesini talep ediyoruz! Ek olarak verilen 600 milyon Marklık askeri yardımı protesto ediyoruz! Thüsing askeri yardımın derhal kesilmesi gerektiğini vurguluyordu. Ekonomik yardıma gelince, demokratik ilerlemeler açıkça görüldüğünde yapılabilir diyordu. "Şu şartla: Özgür sendikaların yeniden kurulduğu ve işçiler için grev hakkı yeniden verildiği zaman böyle bir şey üzerine konuşulabilir." Almanya'da Türk-Federasyon, İdialist-Dernekleri ve Bozkurtlar gibi faşist Türk örgütlerinin yasaklanmasını da talep eden Thüsing, "bunlar yasaklanmadığı sürece durmayacağız" diyordu. Faşist çetelerin propagandalarına son vermenin mümkün olduğunu ve bunun içinde en etkili aracın yabancıların öğrenim, konut ve çalışma koşullarının düzeltilmesi olduğunu vurguladı. Halkımız içinde yabancılara karşı düşmanlık tahrik eden Alman faşistlerine karşı da aynı şekilde mücadele verilmesi gerektiğini sözlerine ekliyordu. Toplantıdan **yumruğunu havaya kaldırarak ayrılan Klaus Thüsing'in bu sözlerini destekliyoruz. O, bu söyledikleriyle SPD ve hükümetini iyi bir şekilde eleştiriyordu. Dayanışma komitesi, Türkiyeli arkadaşlar, yoldaşlar ve Partimiz bu haklı taleplerin payata geçirilmesi ve gerçekleşmesi için bütün olanaklarını kullanacaklardır.**

Türkiyeli bir arkadaş Erdal Eren'in hayatını kurtarmak için yürütülen uluslararası faaliyetleri anlatarak, şöyle devam ediyordu: Bugün Erdal Eren'in hayatta olup olmadığını bilmiyoruz." Basına sansür konulduğundan gazetelerden pek fazla bir şey öğrenmek mümkün değil. Ama, "sürdüreceğimiz mücadele sonucu bu genç anti-faşist arkadaşın hayatını kurtarabiliriz. (...) Enternasyonal dayanışma faşist cuntayı korkutmaktadır! Bütün bunlara rağmen cunta onu idam edecek olursa bu, onun Türkiye'deki binlerce Erdal Eren'den ne derece korktuğunun göstergesi olacaktır. Arkadaşımız darağacına asılsa bile mücadelesinde boyun eğmeyecek ve cellatlara dönerek şunu haykıracaktır: "Faşizme Ölüm Halka Hürriyet!"

Yapılan konuşmalara bir süre ara verildi ve halk ozanı Mehmet Erdoğmuş devrimci marşlar ve türküler söyledi.

Daha sonra Uluslararası Af Örgütü'nün Almanya merkez yönetim kurulundan Carsten Liedke konuştu: Liedke, işkencelerin ve idam cezalarının kaldırılması için dünya çapında geniş bir kampanya yürüttüklerini belirterek, son zamanlarda Türkiye'de yedi kişi hakında idam cezası verildiğini belirterek ve bunlardan üçünün idam edildiğini , 74 sanığın yargılandığı bir mahkemede 30'u hakkında idam cezasının istendiğini anlattı. Türkiye'de her gün insan hakları ayaklar altına alınmakta ve vahşi katliamlar gerçekleştirilmektedir!" Resmi haberlere göre bugüne kadar 11500 kişi tutuklanmıştır, ama gerçek tahminler en azından 20000 kişiden sözetmektedir. Son iki ay içinde en azından sekiz insan işkence tezgâhlarında katledilmiştir.

İspanya komitesinin temsilcisi de yaptığı konuşmada, binlerce imza topladıklarını ve bunları Türk hükümeti'ne ilettiklerini açıklıyordu. **İspanya'da Segovia cezaevinde yatan politik tutukluların Erdal Eren'e verilen idam cezasını protesto eden telgrafı okunduğu sırada her tarafı alkışlar kapsadı. "Biz İKP/ML üyesi politik tutuklular olarak, insan haklarına karşı işlenmiş bu adi suçu protesto ediyoruz!" "Espana, mañana, sera republikana" (İspanya yarın bir cumhuriyet olacak), "Bütün politik tutuklular için özgürlük"** Toplantıya katılanlar bu sloganları tekrar tekrar haykırarak, İspanya halkının mücadelesiyle dayanışmalarını dile getirdiler.

Hollanda komitesinin temsilcisi, "Erdal Eren olayı Hollanda'da baskının bir sembolüdür, ama aynı zamanda Türkiye'de ve dünya'nın her yerinde anti-faşist mücadelenin de bir sembolü."

Danimarka temsilcisi de, "Erdal Eren Türkiye halkının geleceği ve onun daha iyi ve mutlu bir yaşam için verdiği mücadelede yaşayan bir semboldür." dedi.

Yapılan konuşmalarla ve okunan mesajlar salonda toplananlar tarafından alkışlarla ve mücadeleci sloganlarla karşılandı. Partimiz tarafından geceye gönderilen bir mesaj da okundu. Türkiye'deki hayatı anlatan; insanlik dışı baskıyı belgeleyen, özellikle de halkın yenilmez zafer arzularını dile getiren ve Eren'in yargılanmasını sergileyen dia göterisinden sonra diğer mesajlar okundu ve toplantı sona erdi.

Dayanışma toplantısı bütün anti-faşistler ve devrimciler için idamlara ve işkenceye karşı mücadelede canlı bir örnek oldu. Ve aynı zamanda bu mücadele içinde uluslararası dayanışmanın da bir örneği oldu.

Kahrolsun Faşist Cunta!
Faşizme Ölüm İdamlara Son!
Federal Hükümet'in Cuntaya Yardımına Son!

(„Erdal Eren muß leben", RM: Nr. 50, Seite 3)

Adalet Bakanları Konferansı yapıldı:
İltica hakkına saldırılar gün geçtikçe artıyor

FRANKFURT.— "Bu, iltica temel hakkını budamak için atılmış yeni bir adımdır." Uluslararası Af Örgütü, Kasım ayı ortalarında yapılan Federal Adalet Bakanları Konferansında "iltica dâvalarının hızlandırılması" ile ilgili kararları yukarıdaki gibi teşhir etmişti.

Hessen Adalet Bakanı Günter'in hazırladıkları, şimdi Almanya'nın bütün bölgelerinde uygulanmak istenmektedir. Bugüne kadar idare mahkemelerinde (Verwaltungsgericht) bir heyet tarafından ele alınan iltica dilekçeleri, bundan sonra "basit hallerde" bölgedeki tek hakimlere nakledilmek istenmektedir. İltica dâvalarının hızlandırılması için yapılan bu girişimler, haksız kararların daha da artmasına yol açacaktır. Ülkelerinde haksızlıklara ve politik baskılara maruz kalan insanların korunmaları için sahip oldukları yasal haklar bütünüyle ellerinden alınmak isteniyor.Ve bu insanlar gerici ve faşist rejimlere iade edilecekler.

Aynı zamanda reddedilen dilekçelere karşı itiraz hakkı da oldukça zorlaştırılmaktadır. **Temyiz veya itiraz hakkına sahip olunup olunmadığı yetkili mahkeme tarafından gönderilen kararda yazılmış olacak. Başka bir şekilde itiraz etme hakkı da söz konusu değildir. Adaletin böyle keyfi kararlarına karşı, şimdiye kadar görünüşte var olan hukukî yollar da ortadan kaldırılmış oluyor.** Federal Meclis bu planları gerçekleştirmek için-en erken 19 Aralıkta-yukarda belirtilen kararlara uygun yasa tasarısı hazırlanacak. Uluslararası Af Örgütü bütün bakanlara gönderdiği bir yazıda, alınan kararların gerçekleştirilmesinden uzak durulmasını talep etmektedir. Biz bu talebi destekliyoruz.

İlticacılar Üzerindeki Baskılara Son!

(„Asylrecht immer weiter ausgehöhlt", RM: Nr. 50, Seite 6)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı . . . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

O yıllık 60 DM **O 6 aylık 30 DM** **O Deneme sayısı**

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... **İmza:** ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücrétsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.**

1981 Yılı ücret turları

Gerçek ücretlerin yükseltilmesi için mücadele edelim!

Yüzde 3 veya 5 yalnızca bir aldatmacadır

BONN. — İşveren birlikleri yaptıkları açıklamalarda, yüzde üçten fazla ücret zammı veremeyeceklerini söylemektedirler. Federal Hükümet'in ekonomi profesörleri biraz daha merhametli: Acil durumda yüzde beş ücret zammı verebileceklermiş. Ama gerçek olan şu ki, ikisi de (yüzde 3 veya 5) gerçek ücretlerin düşürülmesi demektir. Sendikalar buna karşı gerçek ücretlerin yükseltilmesini hedeflemek zorundadır.

İşverenler, yüksek ücret artışlarının ekonomiyi mahvettiğini, buna karşın ücretlerin düşük tutulmasının krizin atlatılmasında ve işyerlerinin güvence altına alınmasında yardımcı olacağını söyleyerek, işçiler üzerinde korku yaratmaya çalışıyorlar.

Ama bu yalancı masallar göz önündeki gerçeklerle bütünüyle çelişmektedirler: Ekonomik kriz ve işsizlik, emekçi kitlelerin satınalma gücünün düşmesi ile üretimdeki yoğunlaşmanın artması arasındaki vadinin gün geçtikçe daha da derinleştiğinin açıkça göstergesidir.

Gerek araba sanayiinde, gerek demir-çelik sanayiinde ve gerekse de diğer işkollarında olsun, kapitalistler, toplu işten atmalara, kısa çalışmaya ve işletmelerin kapatılmasına gerekçe olarak; "olduğundan da fazla yükseltilmiş" ücretleri değil, sürümdeki durgunluğu, yani düşmeyen mal stoklarını gösteriyorlardı.

Gerçekten, milyonlarca emekçi insan kitlelerinin ihtiyaçlarını karşılamak için gerekli olan mallar üretildiğinde, doğal olarak her insana işte verilebilir ve fabrikalar da tam kapasiteyle çalışabilir. Örneğin ne kadar miktarda yapı demiri üretilmeli ki, her işçi ailesi için sağlığa elverişli ve içerisinde insanca yaşıyabileceği bir ev yapılabilsin? Ama kapitalizmde çalışan insanların ihtiyaçlarına göre üretim yapılmaz. Bu sistemde geçerli olan tek şey, bir avuç sömürücünün kârıdır. Her şey kâr için üretilir.

Kapitalizmin krizinin asıl nedeni, emekçi halk kitlelerinin satınalma gücünün üretilen ürünlerin kapasitesine oranla çok daha düşük oluşudur.

Bugün kapitalistler ücretlerin ve maaşların daha da düşük tutulmasını istemektedirler. Ama bu hiç bir zaman ekonomik gelişmeyi ve işyerlerının güvence altına alınmasını sağlamaz, tam tersine kapitalizmin krizinin daha da derinleşmesine yol açacaktır.

Ekonomik istikrar ve kapitalizm-bunların ikisi bir arada yürümez-ikisi de birbiriyle çelişmektedir. Bundan ötürü, işçi sınıfımız bu cinsten teorilere ve demagojilere aldanıp, haklı taleplerini savunmaktan vazgeçmemeli.

Sendikaların düşük veya yüksek ücret zammı talep etmeleri ve almaları ne kapitalizmin krizini yok edecek, ne de işsizliği kaldıracaktır. Ama düşük ücret zamları mutlaka şunu getirecek: İşçilerin yaşam koşulları bugün olduğundan daha da kötüleşecektir.

Tabii ki, sendikalar işsizliğin düşürülmesi ve işyerlerinin güvence altına alınması için mücadele etmek zorunda. Ama, bunu yaparken gerçek ücretlerin yükseltilmesinden asla vazgeçilmemeli, işyerlerinin kapatılmasına ve kitlesel işten atılmalara karşı tutarlı önlemlerle mücadele etmeliyiz.

İşçilerin ve düşük maaşlı memurların gerçek gelirlerinin düşürülmesi için girişilen sinsi çabalara karşı, sendikalar önümüzdeki ücret turlarında güçlü bir mücadeleyle sermayenin oyunlarını boşa çıkarmalıdırlar. Bu ise ücret turlarında izlenecek sınıf mücadeleci bir çizgiyle mümkündür. Bununla beraber sendika ağalarının da mücadeleyi içten, böleceklerini ve işçileri kapalı kapılar arkasında satacağını unutmamalı, onların bu sinsi girişimlerini de boşa çıkarmalıyız.

Gerçek ücretlerin yükseltilmesi için şiarımız şu olmalı: Bütün sendikal güçleri harekete geçirip, sermayenin arzularını kursağında bırakalım!

(„Löhnrunde '81", RM: Nr. 50, Seite 5)

Bazı işletmelerdeki işçilerin talepleri

Heidenheim'de Firma Voith'in IGM işyeri sendika temsilcileri **her işçi için 220 Mark talep etmektedirler. Bu, (yaklaşık olarak) düşük ücret grupları için yüzde 16, altıncı grup için yüzde13, ve onbirinci grup için yüzde on ücret zammı getirecektir.**

Mannheim'daki BBC'de işyeri sendika temsilcileri yüzde on ücret zammı talep etmektedirler. Aynı şekilde, Braunschweig VW ve Bremen'de Klöcknerhütte işyeri sendika temsilcileri kongrelerinde yüzde on ücret zammı talep edildi.

Hamburg'da HDW (Howaldt Werke — Deutsche Werft) gemi montaj bölümündeki işçiler, işyeri toplantısında **her işçi için 250 Mark** ücret zammı talep ettiler. İşçilerin dörtte biri de bunu yeterli görmeyerek, **300 Mark istediler.**

Heidelberg'de ÖTV sendikası "Rehabilitation" işyeri sendika temsilcileri konferansında işçi arkadaşlar **yüzde 10 ücret zammı ve yılda altı hafta izin talep ettiler.**

Faşist cuntanın hergün estirdiği terör (İstanbul)

Faşist cuntanın katliamlarına yardım

Bundan bir kaç hafta önce faşist cuntanın Milli Savunma Bakanı Haluk Bayülken'i iyi bir dostu ziyaret etti. Bu bay Batı Almanya Büyükelçisi Dirk Oncken idi. Ve Bonn'un bu adamı sırf "geleneksel dostluğun sıkı ittifak ortaklığı"nı övüp göklere çıkarmakla kalmadı, ona beraberinde bir de ziyaretçi hediyesi getirmişti.

Faşist cuntanın milli savunma bakanı 600 milyon marklık özel yardımı ellerini ovuşturarak memnuniyetle kabul etmişti. Bu özel yardım NATO tarafından verilen düzenli askeri yardımlara ek olarak verilmektedir. Bonn hükümeti de askeri yardım veren NATO ülkeleri arasında yer almaktadır. 600 milyon Marklık askeri yardım, Maliye Bakanı Matthöfer'in kendi bütçesinden ayırdığı ekstra bir paradır. Federal Hükümet Ankara'daki faşist müttefiğine canı gönülden destek olmaktadır. Bu yardımlar yapıldığında Maliye Bakanı Matthöfer, bütçe planlamasındaki bir sosyal yardım üzerine çizgi çekmekten de çekinmiyordu.

Milli Savunma Bakanı ve Büyükelçi özel yardım ile ilgili anlaşmayı imzaladıkları sırada, Türkiye'de devrimci demokrat sendikacılar ve anti-faşistler cezaevlerine doldurulmaktaydılar. Baylar bu fırsattan yararlanarak birbirlerini nezaket ve hoşgörü ile ağırladıkları sırada, devrimciler idam ediliyordu ve onlarcası hakkında idam kararları veriliyordu. Yeni silahların gönderilmesi onaylandığı sırada, eski silahlar faşist ordu tarafından Türkiye'nin emekçi halkına cevriliyordu. Ve bu silahlar direnişin olduğu her yerde ordu tarafından acımasız bir şekilde kullanılmaktadır.

Türkiye halkına karşı estirilen bu vahşi terör ne Alman büyükelçisini, ne Federal Başbakan Schmidt'i, ne de Maliye Bakanı Matthöfer'i tedirgin ediyordu. Faşist cuntanın gerçekleştirilmesinden hemen sonra onlar, cuntanın umut verici ve cesaretli bir girişim olduğunu açıklamışlardı. Ama bir çırpıda sendikaların dağıtılması, bütün demokratik kitle örgütlerinin kapatılması ve en ufak bir muhalefete karşı dizginsiz bir terörün estirilmesine gelince, bu onlar için olağan bir şey sayılıyordu. Kendi parti arkadaşları olan CHP'li sosyal demokrat kişilerin bir kısmı aylardan beri cuntanın cezaevlerinde yatmaktadırlar. Ama bir Schmidt veya bir Matthöfer'den cennetlerini, kâr kaynaklarını terketmeyi talepetmek elbette mümkün değildir.

Bütün bunların altında yatan gerçek şu: İran'da Şah faşist diktatörlüğünün yıkılmasından sonra batı emperyalizmi Ortadoğu'daki halk hareketlerine tahammül edememektedir. Şayet Türkiye halkları kendi arzularıyla emperyalist boyunduruğa boyun eğmeyecek olurlarsa, o zaman böyle vahşi bir terörle "huzur ve düzeni" yeniden kurmalı. Şili'de General Pinoşet, "demokrasi" ara sıra kana gerek duymaktadır dediğinde, bunlara yakın bahanelerle aynı şeyi daha açık bir şekilde formüle etmişti.

General Pinoşet bu formülasyonu korkunç bir şekilde gerçekleştirdi. General Evren ise şu sıralarda aynı şeyi gerçekleştirmeye çalışmaktadır. Ama faşist generaller çetesi, yaratmak istedikleri mezar suskunluğuna emekçi halkın sürekli boyun eğmeyeceğini çok iyi bilmektedir. Bundan ötürü faşist cunta silahlara ihtiyaç duymaktadır. Grev yapan işçiler üzerine sürmek için, Kürdistan köylerini yerle bir yapmak için tanklara ihtiyaç duymaktadır. Silah tekelleri tank üretmekte ve Matthöfer satmak için pazar aramaktadır.

Türkiye'nin sürekli olarak NATO'nun ve batı emperyalizminin boyunduruğu altında kalabilmesi için, hergün onlarca sınıf kardeşimiz işkence tezgahlarında, sokak ortalarında, operasyonlarda ve darağaçlarında barbarca katledilmektedirler. Ülkemizdeki silah tekelleri Türkiye emekçi halkının kanını paraya dönüştürerek, milyonlarına milyonlar katmaktadırlar. Ve bir diğer halka karşı yapılan bu saldırılar bizim ödediğimiz vergi paralarından ödenmektedirler. Bütün bunlara olanak tanıyan ise sosyal demokrat hükümettir. Bu hükümet, faşist cuntanın katliamlarına soğukkanlı bir biçimde yardımcı olmaktadır.

Peki, bizim bunu kabul etmemiz mi gerekir? Asla! Türkiye'de emekçi halkın üzerindeki baskıların daha da yoğunlaşması demek olan Türkiye—Yardımı'na karşı mücadele daha da güçlendirilerek sürdürülmek zorunda. Bu mücadeleyi aynı zamanda, kendi parti liderlerini bir faşist diktatörlüğü finansa eden kişiler olarak gören ve bundan nefret eden sosyal demokrat işçiler ve sendika görevlileri arasında da sürdürmeliyiz. Faşist cuntaya karşı 20 Aralık'ta Köln'de yapılacak olan yürüyüş, bu mücadelenin en önemli örneklerinden biri olmalı. Bu yürüyüşün güçlü olabilmesi için güçlerimizi seferber edelim!

Detlef Schneider

(„Roter Morgen", Seite 2/Nr. 48 „Beihilfe zum Mord")

Schmidt Hükümet Programını açıkladı:

"Emekçiler kemerleri daha da sıkmalı!"

BONN. — "Geleceğe güven", bu şiarın altında Schmidt Hükümet Programını açıklamıştı. Ama oylarıyla Federal Parlemento seçimlerinde partisinin yeniden iktidara gelmesine yardımcı olanlar için Schmidt, geleceğin pembe manzaraları yerine daha farklı şeyler getiriyordu. Hükümet Programı, evvelki sosyal demokrat hükümetlerinin getirdikleri reform vaadlerinin küçük bir bölümünü dahi kapsamıyordu. Programın bütün maddeleri, arka arkaya dizilmiş ve çabayla maskelenmiş boş sözlerden oluşmaktaydı. Ve bunların hepsi SPD ile FDP arasındakı koalisyon görüşmelerinden alınan sonuçların bilinen maddeleriydi.

Schmidt, programı açıklamasının daha başlangıcında kapitalizmin günümüzde derinleşen krizine değindi. Ama krizin esas sebepleri ile ilgili en ufak bir şey söylemedi. Her defasında krizin sebeplerinin sözde petrol fiatlarının artışındakı patlamaların, olduğunu yineleyip duruyordu. Gerçekten bu patlamalara yolaçanların, uluslararası petrol tekelleri olduğu gerçeğini sürekli olarak gizliyordu. Hükümetin karşı stratejisi olarak da o, petrol tekellerine karşı etkileyici önlemler getirmiyordu, aksine, "Enerji Tasarrufu" diye bilinen tanınmış çözümü ileri sürüyordu.

Buna bağlı olarak atom enerjisinin üretiminin giderek genişletilmesi bir defa daha belirtilmiş oldu. Diğer taraftan, Schmidt ve bakanlarının bu tasarrufun sonucu ümit ettikleri, petrol fiatlarının yükselmesiyle beraber normal emekçilerin araba sürme olanaklarının hemen ortadan kalkması demektir Schmidt Hükümeti'nin benzine litre başına yedi pfennig vergi zammı getirmeyi düşündüğünü söylemekle kalmıyor, aynı zamanda motorlu vasıta vergisinin de benzin fiatlarına ekleneceğini çok açık bir biçimde yineliyordu.

Başbakan, Hükümet Programı'nı açıklarken sarfettiği boş laflardan bir tanesi de şüphesiz, yeni Federal Hükümet'in sözde "işsizliği bütünüyle kaldırma esasları" ile ilgili görüşleriydi. Oysa burjuva ekonomi kurumları yaptıkları incelemeler sonucu; önümüzdeki yıllarda işsizliğin giderek artacağını ve işsizler sayısındaki rakamın bir milyonu aşacağı tahmin edilmektedir. Bu sahtekarca açıklamalarının yanında, böyle bir gelişmenin nasıl durdurulabileceği veya işsizlik oranını ne şekilde (biraz da olsa) düşürülebileceği hakkında her hangi bir öneri getirmedi. Bunun yerine "Ekonominin modernleştirilmesi ve gerekli değişikliklerin yapılması"nı anlatıyordu ki, bu Federal Hükümet'in kapitalistlerin rasyonalizasyon saldırılarıyla görüş birliğinde olduğundan başka bir anlama gelmemekdeir. Başbakan aynen şöyle vaadediyordu; Bu süreci (rasyonalizasyonu) Bonn Hükümeti gelecekte de bütün gücüyle maddi olarak destekleyecektir. Yani kitlesel işten atmalar desteklenecektir.

Genel olarak yapılan konuşmalar, Schmidt'in eğitim ve sosyal politika ile ilgili görüşlerini de net bir şekilde ortaya çıkarıyordu. Kendi deyimine göre, eğitim ve öğretim Federal Hükümet için, sözde "önemli bir ağırlık noktası" teşkil etmektedir. Ama bilinen gerçek şu ki — koalisyon görüşmelerinde de üzerinde anlaşmaya varıldığı gibi — ağırlık noktası dedikleri bu alana da kırmızı çizgi çekilecektir. Yani eğitim ve öğretim giderleri de oldukça kısıtlanacaktır. Ve aynı kısıtlamalar, emeklilikten tutun kiralara kadar, diğer bütün sosyal alanlar



da sürdürülecektir.

Schmidt, hükümet programını birbirinden kopuk boş laflarla birazda olsa allayıp pullamaya ugraşırken, Ekonomi Bakanı Lambsdorff Federal Parlemento oturumunda hükümet programı üzerine görüşlerini hiç çekinmeden açıktan açığa şöyle belirtiyordu; "Daha az çalışıp ve daha çok kazanılabildiği zaman artık bir süre için geçmiş durumda". Ve Lambsdorff yeni hükümetin öz olarak emekçiler için ne getireceğini şu tanınmış eski deyimle çok daha iyi ifade ediyordu: "Eğer kemerler bir delik daha sıkılmak zorundaysa, bu o kadar kötü müdür?

Schmidt, savunma giderlerini yaklaşık olarak yüzde üç artıracağı ile ilgili Washington'a verdiği sözleri, hükümet programında bir defa daha onaylamış oldu. Buna ek olarak da NATO ve ABD süper gücüne bağlılık yeminlerini içiyordu. ABD'nin en gerici kesimlerinin desteğiyle iktidara gelen ve yakında başkanlık koltuğuna oturacak olan Reagan ile yaptığı görüşmeyide anlatan Schmidt, Reagan'ın görüşleriyle Federal Hükümet'in görüşlerinin aynı yönde olduğunu söylüyordu. Reagan'ın Washington'da yaptığı tehlikeli bir maceranın dizginlerini ele geçirdiği şu sıralarda, Bonn Amerikalı savaş sürücülerini ne pahasına olursa olsun takip etmektedir.

(„Roter Morgen", Seite 2/Nr. 49 „Die Werktätigen sollen den ‚Gürtel enger schnallen'")